STO

BIBLIOTHEK
des Oekumenischen Rates der Kirchen
17, route de Malagnou, GENF

LIBRARY
World Council of Churches
17, route de Malagnou, GENEVA

Stockholm

International Review for the Social Activities of the Churches

Internationale sozial-kirchliche Zeitschrift

Revue Internationale de Christianisme social

Issued under the authority of the International Institute Commission by
Herausgegeben im Auftrage der Internationalen Institutskommission von
Publiée au nom de la Commission de l'Institut international de
Christianisme social par

D. Adolf Keller, Genève

Editor of the British Section
Principal Alfred E. Garvie D.D.
London

Deutscher Schriftleiter
Professor D. A. Titius
Berlin

Secrétaire de la partie française
Elie Gounelle, Pasteur
à St. Etienne/Loire

1929 Contents. Inhalt. Sommaire. No. 2

Seite Page

I. Editorial 103
II. Von den Grenzen sozialpolitischer Arbeit. Otto Zwiedineck von Südenhorst 106
III. La Souveraineté de l'Etat. Jean Teyssaire 116
IV. Adult Education, Religion and World Citizenship. Basil A. Yeaxlee, ... 126
V. The Just Price in the Mediaeval Economy. Ruth Kenyon, ... 134
VI. The Just Price. The Moral and Spiritual Factors. Canon A. L. Lilley, ... 144
VII. Les Relations entre Employeurs et Salariés, envisagés au Point de vue Chrétien. M. G. Fauconnier 150
VIII. Industrial peace meetings in Sweden. Manfred Björkquist 157

Continued page II. Fortsetzung Seite II. Suite p. II.

Verlag von Vandenhoeck & Ruprecht / Göttingen

London: Oxford University Press, Amen House, Warwick Square E.C.4
Chicago (Illinois): The University of Chicago Press, 5750 Ellis Avenue

Contents (Continuation)	Inhalt (Fortsetzung)	Sommaire (Continuation)	Seite Page

IX. Co-operation in the Trade Union Movement in the United States. James Myers 162
X. Die wirtschaftlichen Umschichtungen in Mitteldeutschland in ihrer Auswirkung auf das geistige und kirchliche Leben. D. Schöttler 166
XI. Youth in Britain. F. S. Livie-Noble 170
XII. Von der evangelischen Frauenbewegung in Deutschland. Paula Müller-Otfried, ... 174
XIII. Aspects de l'œuvre sociale et humanitaire internationale. Georges Thélin 184
XIV. Abstracts. Zusammenfassungen. Résumés 189
XV. Contributors. Mitarbeiter. Collaborateurs 209

Die Kommission für das Internationale Sozialwissenschaftliche Institut:
The Commission for the International Social Institute:
La Commission de l'Institut international de Christianisme social:

Professor D. Titius (Berlin), Vorsitzender der Internationalen Kommission; Pfarrer D. Adolf Keller (Genève), Generalsekretär für das Institut; Dr. Henry A. Atkinson (New York), General Secretary; Präsident F. D. J. Baltzer (St. Louis); Professor D. Beth (Wien); Lord-Bischof D. Billing (Vesterås); Principal Alfred E. Garvie D. D. (London); Pasteur Elie Gounelle (St. Etienne, Loire); Dr. Alfred Th. Jörgensen (Kopenhagen); Dr. Chas. Macfarland, Generalsekretär des Federal Council (New York); Pastor D. Philipps (Berlin); Gewerkschaftsvorsitzender Streiter (Berlin); Minister D. Slotemaker de Bruyne (Utrecht); Dr. Thélin-Flournoy (Internationales Arbeitsamt Genf); Dr. Worth M. Tippy (New York).

The International Review for the Social Activities of the Churches appears as a quarterly of 96 pages.
Annual subscription: $ 2,50 or sh 10/6 post free, single number 75 cents or 3 sh, postage to be charged extra, from all bookstores or direct from the publishers.
Die Internationale sozialkirchliche Zeitschrift erscheint in vierteljährlichen Heften von je 96 Seiten.
Bezugspreis: Jährlich 10,70 Mk. bei postfreier Zusendung, Schweiz Frs. 12,50, Schweden Kr. 9 usw. Einzelnummern 3,50 Mk. postfrei. Bezug durch jede gute Buchhandlung aller Länder oder direkt vom Verlag.
La Revue Internationale d'Etudes sociales sera publié trimestriellement.
Souscription annuelle: Franc de port 13,50 frs. suisses, une livraison 4,40 frs. suisses. Les librairies internationaux ou les libraire-éditeurs fourneront le journal franc de port.

Glockengießerei
F. W. Rincker, G. m. b. H. * Sinn (Dillkreis)
liefert:
Bronze-Glocken in jeder Größe
unter Garantie für Reinheit des Tones, der Harmonie und der Nebentöne
Internationale Musikausstellung Frankfurt a. M. 1927
Goldene Staatsmedaille
Kostenanschläge und Prospekte stehen kostenlos zur Verfügung

Druck von Hubert & Co. G. m. b. H. in Göttingen. Made in Germany.

Hirsch, Emanuel:

Jesus Christus der Herr

Theologische Vorlesungen. 2. fast unveränderte Aufl. 1929. 92 S. gr. 8°. Kart. 3 RM.

„Man könnte sagen: Die Vereinigung unbedingter Ehrfurcht und strengster Wahrhaftigkeit, womit Hirsch hier sich über Jesus Christus ausspricht, bedeutet für sich allein schon eine Christologie ... Im übrigen ist in diesem knapp zusammenfassenden feinen Buch jeder Abschnitt so inhaltreich, daß wir nur dringend zum Lesen (ich meine zum Kaufen und wiederholten Lesen) auffordern können." (Kirchlicher Anzeiger für Württemberg 1927, 9.)

Hirsch, Emanuel:

Der Sinn des Gebets

Fragen und Antworten. 2. neugestaltete Auflage. 1928. 64 S. Kart. 2,50 RM.

„Was er über erlebende und betende Frömmigkeit, über die Hemmungen des Gebets, über das Gebetsleben in Bitte und Dank und im Frieden der Gemeinschaft mit Gott sagt, endlich über den Rechtfertigungsglauben als den eigentlichsten Lebensgehalt und das Geistesgebet als den Höhepunkt des Betens, fesselt von Anfang bis zu Ende durch Wahrheit, Feinheit und Tiefe und es fesselt nicht bloß, sondern es mahnt den Leser und mehrt in ihm das Verständnis, den Ernst, die Freudigkeit des Betens." (Theolog. Litbl.) — „Es ist in den letzten Jahren kaum Feineres und Gewichtigeres zu diesem innersten Thema des glaubenden Menschen gesagt worden ..." (Landeskirchliche Blätter 1928, 25.)

Niebergall, Fr.:

Die neuen Wege kirchlicher Arbeit

Eine kleine Pastoraltheologie. (= Prakt. theolog. Handbibliothek, Bd. 28.) 1928. 88 Seiten. 8°. Steif geh. 2,80 RM.

„Das ist ein prächtiges Büchlein, das jeder Pfarrer lesen sollte; in diesen Aufsätzen wirkt N. so packend wie in seiner Jugend ..." (Protestantenblatt.) „... Es ist wahr: auf 84 S. gibt N. einen ... richtig gezeichneten Querschnitt durch den ganzen Umfang praktischer kirchlicher Arbeit ... Wahrhaftig: eine kleine, aber reich beladene Pastoraltheologie." (Literarische Mitteilungen.) „N. bleibt auf der Höhe, er geht mit der Zeit und verarbeitet das Beste, was sie an neuen Ideen bringt. Anregungen gibt das Buch jedem, der in kirchlicher Arbeit steht, in reichstem Maße ..." (Landeskirchl. Blätter.)

E. Lohmeyer:

Der Brief an die Philipper

erklärt. (Kritisch-exegetischer Kommentar über das Neue Testament, begründet von H. A. W. Meyer. IX, 1. 8. Auflage.) 192 Seiten. gr. 8°. 1928. Geh. 9 RM.

„Dieser Kommentar ist ein Musterstück modernster exegetischer Arbeit. Die philologische und geschichtliche Unterbauung ist von unüberbietbarer Sorgfalt. Die stilistische Analyse, die jedem der einzelnen Abschnitte vorausgeschickt ist, zeigt, was die „formgeschichtliche" Methode in dieser ihrer besten Ausprägung zu leisten vermag. Vielleicht ist der Text des Briefes nach dieser Seite hin noch von keinem Ausleger so gründlich und feinsinnig angesehen worden wie von Lohmeyer. Am Eindruckvollsten aber ist die Kraft, mit der der Interpret sich in das Innerste der Sache eingearbeitet hat, um die es im Philipperbriefe geht .... Insgesamt wird das Bild des urchristlichen Denkens, wie es uns aus Lohmeyers Werk entgegentritt, uns viel Neues und Ungewohntes zeigen. Aber, ganz anders als jene religionsgeschichtlichen Exegeten, die sich bei der unüberbrückbaren Fremdheit zwischen urchristlichem und modern-christlichem Denken beruhigten, läßt Lohmeyer uns die Kraft dieses Denkens, den Realismus der Christusgemeinschaft, die Lebendigkeit und mystische Tiefe des Verbundenseins dieser „Gemeinde unter dem Kreuz", die Plerophorie ihrer eschatologischen Hoffnung so gewissenbezwingend spüren, daß aus diesem streng exegetischen Werk der Theologie und der Predigt starke Impulse zur Wiedereroberung dieser Gedankenwelt für die Gegenwart kommen. Wer im persönlichen Studium oder in Gemeindearbeit (Bibelstunden) mit dem Philipperbrief beschäftigt ist, der darf sich diese neue Hilfe zu einem ursprünglichen Sachverständnis dieses Briefes nicht entgehen lassen." (Sächs. Kirchenblatt 1928, 52.)

bona 1735 fide

Verlag von Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen

„Sozialethik des Luthertums"

Von Univ.-Prof. Dr. **Joachimsen**-München.

1927. Preis RM. 1,50.

„. . . Zweierlei gewinnen wir für eine besondere evangel. Sozialität aus dem, was bei Luther ewig ist: ein Prinzip der sozialen Weltanschauung und eine Maxime für das soziale Handeln. Sehen wir die Welt mit Luthers Augen, so bleibt sie ein Schlachtfeld zwischen Gott und Teufel, der ewige Kampfplatz zwischen Gutem und Bösem. Wir wirken mehr für das Gute und kämpfen gegen das Übel, aber wir bleiben uns bewußt, daß dieser Kampf nicht aufhört. Wir träumen nicht von einem sozialen Paradies der Gleichheit und Gerechtigkeit. Wir arbeiten für ein Ziel, von dem wir wissen, daß wir es nie erreichen werden. Damit sagen wir dem Glückstreben als individuellem und sozialem Prinzip ab und setzen an seine Stelle den Begriff der sozialen Verpflichtung. Es ist dasselbe, das Luther für die Glaubensgewißheit angegeben hat: die innere Fröhlichkeit des tätigen Menschen . . ."

Der bekannte Historiker Joachimsen hat die ewigen Werte der Persönlichkeit Luthers für die soziale Arbeit der Gegenwart in ausgezeichneter Weise und richtig gedeutet.

Kirchlich-soziale Chronik

Von D. **Reinhard Mumm**, M. d. R., und Dr. **Jagow**.

1928. Preis RM. 0,50.

1. Internationales.
2. Deutscher Ev. Kirchenbund.
3. Die altpreußische Landeskirche.
4. Sozialarbeit anderer deutscher Landeskirchen.
5. Soziale Arbeitsorganisationen.
6. Kongresse und Tagungen.
7. Soziale Schulungsarbeit.
8. Die Wohnungsnot.
9. Die soziale Gesetzgebung.
10. Kirche und Arbeiterschaft.
11. Der Kampf gegen Schund und Schmutz.

*

Die bekannte jährlich erscheinende Übersicht über den Stand der Sozialarbeit der evangel. Kirche und ihrer Arbeitsorganisationen orientiert vollständig, kurz und übersichtlich.

Soeben erschien:

Dr. Helmuth Schreiner

Zur Neugestaltung der Ehe

Versuch einer evangelischen Sexualethik.

Kartoniert RM. 1,—.

Veröffentlichung des Kirchlich-sozialen Bundes, Heft 69.

Aus dem Inhalt: Der Kampf gegen die Monogamie in der Gegenwart — Die völlig neue Lage — Der Einwand der Rassenhygiene — Die bevölkerungspolitische Situation — Geburtenrückgang und Volksvergreisung — Der individualistische Protest gegen die Einehe — Zeitehe und Kameradschaftsehe — Der Sinn der Geschlechtsliebe. — Eros und Ethos — Die Dämonie der geschlechtlichen Liebe — Das Problem der Unverheirateten — Die Krisis der Ethik und das Evangelium.

Buchhandlung des Ev. Johannesstiftes
Berlin-Spandau.

Ermäßigter Subskriptionspreis vor Erscheinen

Ende April 1929 erscheint:

Luther

in ökumenischer Sicht

herausgegeben von

Professor Dr. Alfred von Martin

mit Beiträgen von

D. Johs. Albani, Geh. Rat Prof. Dr. Bigelmair, Dr. Carl Dyrssen, Prof. Dr. Ehrenberg, H. H. Ehrler, Pfarrer Fischer, Pfarrer Glinz, Pfarrer Hackl, Pfarrer Hansen, Prof. D. Heiler, Pfarrer Hettling, Superint. Leonhard, Prof. Dr. Alfred v. Martin, Geheimrat Prof. Dr. Merkle, Dr. A. V. Müller, Prof. Piper, Pfarrer Sinz, Erzbischof Söderblom, Superint. Sommer, Pfarrer Lic. R. H. Wallau.

264 Seiten gr. 8°. Geheftet Mk. 8.—, in Leinen gebunden Mk. 10.—. **Bis zum 1. Juni 1929 bestellt. Geheftet Mk. 6.80, in Leinen gebunden Mk. 8.50.**

Heute, wo das Überkonfessionelle an Luther deutlicher erkannt wird und auch wichtiger erscheint denn je, wird ein Buch wie dieses, zu dem sich **Katholiken und Protestanten in gemeinsamer Arbeit** zusammengefunden haben, berechtigtes Aufsehen erregen.

Fr. Frommanns Verlag (H. Kurtz) Stuttgart

Erziehung und Unterricht

Technikum Mittweida

Höhere technische Lehranstalt zur Ausbildung von Elektro- und Maschineningenieuren. Programm vom Sekretariat des Technikums Mittweida i. Sa.

EISENACH

HAUS FEODORA

Töchterheim und Privatschule, betreut gern evang. junge Mädchen auch aus dem Ausland

Auskunft v. d. Vorsteherin Frau Marie Bottermann

Corpus confessionum.

Ein Quellenwerk ganz neuer Art hat im Jahre 1928 zu erscheinen begonnen, betitelt: „Corpus confessionum. Die Bekenntnisse der Christenheit. Sammlung grundlegender Urkunden aus allen Kirchen der Gegenwart.“ Herausgeber ist Professor D. Cajus Fabricius in Berlin. Das Erscheinen dieses Werkes bedarf keiner Rechtfertigung. In dem teils friedlichen Austausch, teils kriegerischen Ringen zwischen den Völkern der Erde ist die christliche Religion von grundlegender Wichtigkeit: sie wirkt sich in der Politik aus, erstreckt sich auf soziale Einrichtungen, auf Wissenschaft, Kunst und beeinflußt das technisch-wirtschaftliche Leben unserer Zeit. Ebenso wie die Menschheit der Gegenwart in viele Völker geteilt, in unzählige Parteien gespalten ist, so äußert sich auch das christliche Leben in einer Fülle von großen, kleinen und kleinsten kirchlichen Gemeinschaften, Strömungen, Kulten, Sekten.

Das vorliegende Werk will alle noch heute geltenden Bekenntnisse der gesamten Christenheit in sich vereinen: Dabei werden nicht nur die großen Landeskirchen miteinbezogen, sondern auch die Gemeinschaften, Vereine und Bewegungen, die auf der Grenze zwischen Christentum und außerchristlichen Religionen stehen, und die, wie etwa die deutsche Jugendbewegung, aus dem Religiösen ins Weltliche hinüberspielen. Unter den Bekenntnissen finden außer theologischen Lehrschriften auch Glaubenskundgebungen in Kirchenordnungen, Liturgien, Liedern, Aufrufen, Programmen und geflügelten Worten Berücksichtigung, ebenso zahlreiche Katechismen, die als Grundlage des Jugendunterrichts besonders wichtige Ausdrucksformen des Geistes der verschiedenen christlichen Gemeinschaften darstellen. Die Texte werden in mehr als 20 Originalsprachen erscheinen, jedoch stets unter Beigabe deutscher Übersetzungen, so daß jeder Deutsche das Werk vollständig verstehen kann. Das Werk gehört in den Handapparat jeder öffentlichen und privaten Bibliothek, vor allem wird es sich in Schulbibliotheken als unentbehrlich erweisen, da es nicht nur für den Religions-, sondern auch für den Sprach-, Literatur- und Geschichtsunterricht überaus wertvoll ist. Der Verlag de Gruyter & Co., Berlin W 10, stellt Interessenten unentgeltlich einen großen Prospekt zur Verfügung, der den Gesamtplan des Werkes, eine ausführliche Vorrede des Herausgebers und Textproben in verschiedenen Sprachen enthält.

Um kirchliche Einheit **Stockholm, Lausanne und Rom**

Geschichtlich-theologische Darstellung der neueren Einigungsbestrebungen. Von Max Pribilla S.J. Gr. 8°. (XII u. 332 S.) 8.50 Mk.; in Leinwand 10 Mk.

Erste zusammenfassende Darstellung der neueren kirchlichen Einigungsbestrebungen von ihren Anfängen bis — einschließlich — zu den Weltkonferenzen von Stockholm und Lausanne und der Enzyklika „Mortalium animos“. Der Verfasser bleibt dem katholischen Standpunkt stets treu, dient jedoch der Verständigung; denn er erkennt alles Gute an, wo immer er es findet. Er berichtet die geschichtlichen Vorgänge auf Grund der besten Quellen und mit genauer Angabe der Belegstellen, gibt Einblick in die leitenden Ideen und Motive und behebt Unklarheiten. Die Schrift wird besonders den Mitgliedern des Katholischen Akademikerverbandes willkommen sein. Die Darstellung ist jedoch allgemeinverständlich, für Katholiken und Protestanten bedeutsam und für jeden unentbehrlich, der für die Frage der kirchlichen Wiedervereinigung oder überhaupt für die Lage der heutigen Christenheit Interesse hat.

Verlag Herder, Freiburg i. Br.

Für jeden auf dem Gebiete der

Volksmission

Arbeitenden unentbehrlich nennt das Hannov. Pfarrvereinsblatt die **Praktische Apologetik** von Pfr. Lic. R. Wielandt. Steif geh. 1,50

Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen

Wer eine

Kirchen-Orgel

bauen oder wiederherstellen läßt, bedinge bei seinem Orgelbauer, daß die

Zungenstimmen

vom ersten und ältesten Zungenspezialgeschäft

Karl Giesecke & Sohn

G. m. b. H., Göttingen (Hann.)

bezogen werden. Wirklicher fester Orgelklang, besonders bei kleinen Orgeln, ist nur möglich mit guten passenden Zungenwerken.

I.

Editorial.

Was ist die *„goldene Regel"*? Jedermann im englischen Sprachgebiet kennt diesen Ausdruck. Im deutschen weiß man kaum, was damit gemeint ist. Es ist jenes ethische Grundgesetz, das Jesus in der Bergpredigt gab und das die Grundlage aller formalen Ethik geworden ist: Alles was ihr wollt, daß euch die Leute tun, das tut auch ihr ihnen — und umgekehrt. Dieses Grundgesetz ist evangelisch biblisch und zugleich so allgemein menschlich, daß das unmittelbare moralische Empfinden es ebenso anerkennt wie das christliche Gewissen. Kein Wunder, daß man in der goldenen Regel die breite Basis erblickte, auf der sich Christen, Nichtchristen und unbewußte Christen zu notwendiger Zusammenarbeit zusammenfinden können.

In besonderer Weise ist die goldene Regel bekannt geworden durch die Veranstaltungen des *"Near East Relief"*, durch das das christliche Amerika die Kinderwelt des untergehenden christlichen Orientes nicht nur rettete, sondern erzog. Dieses Hilfswerk, das wohl zu 90 Prozent von den Kirchen getragen wurde, hat in den letzten 8 Jahren etwa 115 Millionen Dollar an Gaben und Material für den notleidenden Orient aufgebracht.

Diese Organisation, die nicht nur das größte Hilfswerk der christlichen Geschichte schuf, sondern das gleichzeitig auch eine der größten sozialen Taten war in Ländern, die von sozialer Wirksamkeit bisher kaum etwas wußten, schließt ihre Tätigkeit ab mit dem 30. Juni. Man versucht aber heute das Kapital an Hilfswille, an Vertrauen und Erfahrung, das in dieser Arbeit gewonnen wurde, hinüber zu retten in eine neue Bewegung der „goldenen Regel", die sich gegenwärtig in Amerika zu bilden beginnt.

Ein Nexus-Komitee ist gegründet worden, um eine Zusammenarbeit für die Zukunft zu ermöglichen zwischen den verschiedenen Interessenkreisen, die an der Erbschaft des *"Near East Relief"* teilhaben, nämlich zwischen der Fortsetzung der Fürsorge für die Kinderwelt, den Hilfskomitees für die östlichen Kirchen, der internationalen Sonntagsschulorganisation, dem Rate für religiöse Erziehung, der Kommission des Federal Council für die östlichen Kirchen und einigen amerikanischen Kirchen, die Missionswerke im Orient unterhalten. Jedenfalls sucht man in der neuen Bewegung das Interesse lebendig zu erhalten für zwei große Ziele: Hilfe für die Kinderwelt in weitestem Sinne, und Hilfe für die Kirchen des Ostens auf der breiten Basis eines erzieherischen und sozialen

Programms. Ein proselytierendes Missionsinteresse kann dabei nicht mehr im Vordergrund stehen, sondern der reine Wille zur Hilfe, von dem die östlichen Kirchen, abgesehen vom "*Near East Relief*", bisher wenig praktische Wirkung verspürt haben.

Hier tauchen große Aufgaben auf, für deren Lösung es ebenso viel Liebe wie genaue Kenntnis der Tatsachen und eine weitreichende internationale Zusammenarbeit erfordert. Das Interesse am Nahen Orient, an seiner sterbenden Kinderwelt und an seinen Kirchen unter dem Kreuz ist sicher in Europa nicht weniger lebendig als im fernen Amerika, und der Grundsatz der goldenen Regel ist eine sichere Basis, auf der Amerika und Europa sich wohl zu einer gemeinsamen Liebesarbeit zusammenfinden können, die zugleich auch ein Sozialwerk und ein Erziehungsprogramm größten Stils ist.

* * *

Die Fortsetzungsarbeit der Stockholmer Weltkirchenkonferenz geschieht heute hauptsächlich in der stillen Tätigkeit der Kommissionen und des Instituts. Daß die Fragen der Organisation und der Zusammenarbeit immerfort noch einen großen Platz beanspruchen müssen, kann man sich leicht vorstellen bei dem Gedanken, daß heute ein internationales soziales Zusammenwirken von Kirchen zu organisieren ist, die teils hoch entwickelte soziale Apparate besitzen, teils erst im Begriff sind, ihre sozialen freien Organisationen zu einer nationalen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, teils überhaupt die soziale Arbeit noch nicht kennen und zudem in fünf Weltteilen verstreut und in zahllose Konfessionen von verschiedener soziologischer Struktur zerspalten sind. Der Informationsdienst hat sich trotzdem durch unsere Zeitschriften, Korrespondenten und die Presse-Kommission rasch entwickeln können. In diesem Jahre wird nun auch die eigentliche soziale Forschung in Angriff genommen. Die stärksten Antriebe dafür liegen nicht nur in der Entsendung von wissenschaftlichen Mitarbeitern nach dem Institute, sondern in der Vorbereitung einer Facharbeiter-Konferenz, die nach Eisenach tagen soll, um die ersten Themata für die gemeinsame soziale Forschung zu beraten und diese überhaupt für die verschiedenen Länder in einen Zusammenhang zu bringen.

Die Bedeutung dieser Konferenz liegt in der praktischen Durchführung des Grundsatzes, daß zum sozialen Handeln auch für die christliche Kirche eine unwiderlegliche Kenntnis der Tatsachen und die nötige technische Schulung gehört. Wenn die Facharbeiter-Konferenz und die wissenschaftlichen Arbeiter dafür sorgen, daß von der Arbeit des Instituts jeder gutgemeinte Dilettantismus fern gehalten wird und auf einem neuen Gebiete eine Verbindung zwischen christlichem und wissenschaftlichem Geiste geschaffen wird, so werden die Kirchen anderseits

dafür zu sorgen haben, daß solcher Arbeit das heilige Feuer nicht erlischt: die weltüberwindende Kraft des Glaubens und der Enthusiasmus der Liebe, aus denen allein auch die christliche soziale Arbeit hervorgeht.

* * *

„Stockholm und die Gemeinde", das ist heute eines der größten Gesamtthemata der Stockholmer Bewegung, das nicht im Institut, nicht in der Zentralleitung oder im Sekretariat behandelt werden kann, sondern nur in den einzelnen Kirchen und Gemeinden selbst. Wenn die Stockholmer Bewegung nicht zu einer kirchlichen Diplomatie werden soll, die zwar auch allerlei wertvolle Verbindungen schafft und Hindernisse wegräumt oder zu einer in der Stille verlaufenden sozialwissenschaftlichen Arbeit, so müssen an vielen Orten bis in die einzelnen Gemeinden hinein Herde der Stockholmer Bewegung geschaffen werden, auf denen einzelne Gruppen, wenn sie auch klein sind, das Feuer jener Buße, jenes Glaubens und jenes Dienstwillens lebendig erhalten, an dem wir uns in Stockholm gewärmt haben.

Wenn an der Aufstellung einer eigentlichen Sozial-Ethik Theologen aller Kirchen, Sozialarbeiter und Organisatoren der verschiedensten Bekenntnisse mitarbeiten können, so haben die Gemeinden vor allem die Aufgabe, die konkrete Anwendung der Grundsätze von Stockholm im einzelnen beschränkten Gebiete zu suchen. Das Leben besteht aus bestimmten Einzelfällen, in denen gehandelt werden muß. Über den Kairos solchen unmittelbaren praktischen Handelns kann kein Komitee entscheiden. Hier ist eine einzelne Gemeinde stark und bedeutsam genug, um das Gegengewicht, aber auch die zugreifende Hand einer großen Weltbewegung zu sein.

Ein Beispiel dafür im Kleinen ist die Gründung einer Gruppe von „Freunden von Stockholm" in Genf, die aus dem Studium der Stockholmer Bewegung erwächst, und im begrenzten Gebiet von da aus die Brücke ins praktische Leben und Handeln sucht.

* * *

Die beste Art der Zusammenarbeit auch für die Gemeinden ist die gegenseitige praktische Hilfe. Allgemeine Konferenzen und Kommissionen tun es nicht. Darum hat die europäische Zentralstelle für kirchliche Hilfsaktionen auch für die Stockholmer Bewegung Bedeutung gewonnen. Sie ist nicht nur schon in Bern an der Tagung des Fortsetzungsausschusses offiziell anerkannt worden, sondern in Prag wurde beschlossen, sie an die Bewegung eigentlich anzuschließen. Darin liegt die Erkenntnis, daß praktische Hilfe, Verantwortlichkeit für einander, der Wille zum Dienst und Opfer für einander stärkere Bande der Einigung sind, als Programme und Konferenzen. Darin liegen geistige Werte, die nicht nur eine soziologische Wirkung haben, sondern aus dem

Quellort des Christentums stammen. Die Europäische Zentralstelle ist in eine neue konstruktive Phase ihrer Tätigkeit eingetreten. Ihr neues Programm und auch die Zusammenarbeit mit der Stockholmer Bewegung wird voraussichtlich eine Konferenz in Basel beschäftigen, die mit amerikanischer Hilfe möglich wird.

Der bisherige protestantische Individualismus und Konfessionalismus haben sich vielleicht nirgends so stark ausgewirkt, wie im Hilfswillen, in der Abgrenzung des Verantwortungsgefühls und im Dienst der Bereitschaft für einander. Der Anschluß der Europäischen Zentralstelle an Life and Work muß diese schmale Basis verbreitern und zu jenem Universalismus der Liebe vordringen, der grenzenlos ist und solche Grenzenlosigkeit noch viel weniger zu fürchten hat, als die Grenzenlosigkeit des Glaubens, der immerhin genötigt ist, sich durch Unterscheidung vor Erweichung zu schützen.

Abstract and Résumé s. page 189.

II.

Von den Grenzen sozialpolitischer Arbeit.

Von Prof. Dr. Otto Zwiedineck v. Südenhorst, Universität München.

Im Vordergrunde der Arbeit des Internationalen sozialwissenschaftlichen Instituts steht heute die Information. Das ist wohl zu verstehen und ganz gerechtfertigt. Aber täusche man sich doch nicht darüber, daß die Information und die soziale Forschung, die absichtlich vorerst zurückgestellt erscheint, nicht ganz voneinander getrennt werden können. Die nackten Daten, die die Information vermittelt, können nicht besonders Ziel der Arbeit sein, wenn sie nicht begleitet sind von einer Gedankenarbeit, die sie in den Dienst der letzten Ziele des Instituts stellen. Solche notwendigerweise kritische Arbeit stellt aber auch die Verbindung zwischen Information und Forschung her. Und mit diesem engen Zusammenhang sei es gerechtfertigt, wenn ich heute schon in diesen Blättern zu einem Thema das Wort ergreife, das offenkundig vor allem ein Forschungsproblem ist.

Der durchaus nicht in allen Sprachen heimische Begriff „Sozialpolitik" stellt sich inhaltlich als ein Wollen dar und es hat den Anschein, daß sich dieses Wollen einer Grenze nur im „Können" gegenüber gestellt sieht. Was ist dieses Wollens Inhalt? Eine bestimmte Gestaltung der Gesellschaft, nämlich eine solche, bei der die aufkommenden Klassengegensätze die Gesellschaft als Ganzes und ihre Funktion nicht gefährden. Die Gesellschaft als Ganzes mit ihrem Wert für alle einzelnen gilt es in der Sozialpolitik zu schützen und der Weg, auf dem dies ge-

schieht, ist die Förderung der Interessen verkürzter, unter so ungünstigen Daseinsbedingungen lebender Schichten, daß in diesen Schichten eine Feindseligkeit, ein „Ressentiment" gegen die bestehende Gesellschaft aufkommt. Die Feindseligkeit richtet sich freilich zunächst gegen irgend eine andere Schichte, die als die „verkürzende" erscheint, also insbesondere z. B. gegen die Arbeitgeber. Aber die ganze Gesellschaft wird davon betroffen, wenn die Funktionen darunter leiden, die den Angehörigen der einzelnen Schichten zufallen. Die Gesellschaft ist der ungeheure Beziehungskomplex, in dem die Menschen unter der Wirkung der Arbeitsteilung in wachsender gegenseitiger Abhängigkeit untereinander verbunden sind. Wegen dieser Verbundenheit sollte jedes einzelne Individuum seine Existenz von den Leistungen von Hunderten und Tausenden Schaffender abhängig wissen, und es wäre ein Gebot der Ratio, menschlicher Vernunft, daß keiner gegen das Interesse dieser Verbundenheit handelt. Die Gesellschaft mit der heute für sie charakteristischen Abhängigkeit der Teile voneinander ist entstanden durch immer weitergehende Arbeitsteilung, um auf diesem Wege die Leistungsfähigkeit der Gesamtheit im Interesse aller einzelnen zu steigern. Die Politik, die sich den Schutz der Gesellschaft zum Ziel setzt, ist demnach auf die Sicherung fortdauernder Erreichung der Gesellschaftszwecke gerichtet. Eine Entwicklung der Gesellschaft, die nicht allen einzelnen förderlich ist, muß danach allerdings als widersinnig erkannt werden, und so ist die Sozialpolitik notwendig letzten Endes auch auf eine Beeinflussung, auf eine Korrektur der Gesellschafts-Struktur und der Gesellschafts-Entwicklung eingestellt.

Umgekehrt ist jedes bewußte Bemühen, die Gesellschaftsentwicklung in gesunden, ihren Zwecken dienenden Bahnen zu halten als sozialpolitisch relevant anzuerkennen, gleichviel wer der Träger dieses Bemühens ist. Vornehmlich ist es ja der Staat, der mit seiner Gesetzgebung aus dem staatlichen Interesse heraus diesen Kampf zugunsten der Einheitlichkeit der Gesellschaft trägt, weil eben der Staat selbst auf die durch die Vergesellschaftung erreichte Leistungsfähigkeit der Wirtschaft nicht verzichten kann, die Leistungsfähigkeit, die wieder von dem Gesellschaftsaufbau abhängig ist.

Dadurch aber, daß der Staat — freilich auch dank seiner größten Macht, nicht nur um seines Interesses willen — der maßgebendste Träger des sozialpolitischen Geschehens ist — wir brauchen nur an die vielen Gebiete staatlicher Sozialgesetze zu denken, ohne die ein Kulturstaat heute gar nicht mehr gedacht werden kann — dadurch sind eben doch der sozialpolitischen Wirksamkeit scheinbar wenigstens Grenzen gezogen mit der Reichweite der Geltung solcher Gesetze einerseits und damit anderseits, daß eine sehr fortschrittliche Sozialpolitik eines Staates über

seine territorialen Grenzen hinaus doch nicht wirksam wird, ja im Gegenteil, daß der einseitige Fortschrittswille zur Sozialpolitik in einem Staate an dem Versagen anderer Staaten sogar scheitert, weil man in der Rückständigkeit des sozialpolitischen Geschehens geradezu einen Vorsprung im weltwirtschaftlichen Wettlauf um den Erfolg glaubt sehen zu müssen.

Diese Auffassung ist aber bekanntlich durchaus nicht so ganz Allgemeingut, vielmehr ist es eine große Gruppe von „Volkswirten" (d. h. zunächst Politikern, die berufen sind, das volkswirtschafts-politische Geschehen mitzubestimmen), die von der Überzeugung erfüllt sind, daß jeder Schritt vorwärts in der sozialpolitischen Arbeit auch der nationalen Leistungsfähigkeit zugute komme, so daß also geradezu das Zurückbleiben anderer Staaten auf dem Gebiete des sozialen Fortschrittes nur gewünscht werden könne, da dann ihre Leistungsfähigkeit eben auch zurückbleiben würde hinter der des sozialpolitisch voranschreitenden Landes.

Unter diesem Gesichtswinkel erscheint die nationale und territoriale Abgegrenztheit der sozialpolitischen Bestrebungen in ihrer Tragweite durchaus nicht so durchsichtig, wie das in der Regel angenommen wird. Wohl sind die Bemühungen um Internationalisierung des sozialpolitischen Fortschrittes so rege, daß trotz der Hemmungen, die der Ratifikation des Washingtoner Abkommens heute noch im Wege stehen, diese territorialen Grenzen allmählich an Bedeutung verlieren dürften. Nur darf man den Weg dahin nur ja nicht für glatt halten. Die sozialpolitischen Leistungen sind in den einzelnen Ländern immer noch außerordentlich verschieden und für die Länder, die, wie Deutschland und Österreich, besonders hohe sozialpolitische Aufwendungen machen, gilt ganz besonders auch die Frage, *ob es richtig ist, daß jeder Fortschritt in der Richtung sozialpolitischer Ausgleichungstendenz der Gesellschaft als Ganzen zum Heil gereicht.*

Unsere Betrachtung muß sich also anderen Fragen der Begrenztheit solchen Wollens zuwenden. Vor allem handelt es sich um folgendes: Das sozialpolitische Wollen muß bestimmte Wege gehen, muß bestimmte Mittel einsetzen und diese Mittel verursachen Kosten. *Was* sie kosten, läßt sich freilich nicht immer in Ziffern fassen. Wenn wir etwas weiter zurückgreifen und uns an die ältere Sozialpolitik erinnern, etwa die Sozialpolitik zu Beginn des 19. Jahrhunderts, so tritt uns das Wirken Robert Owen's vor Augen, das mit dem Aufkommen des Vollkapitalismus und zwar einer ungehemmten Auswirkung des kapitalistischen Prinzips zeitlich zusammenfiel. In jener Zeit des ungezähmten Verfolgens kapitalistischer Interessen begann der Kampf gegen die 14—16stündige Arbeitszeit, gegen die Verwendung von Kindern und Frauen zur Untertagsarbeit in den Bergwerken u. dgl. Dieser Kampf begann vor allem in

England, nachdem allerdings schon vorher das Interesse an einem Kinderschutzgesetz unter Maria Theresia in Österreich zu gewissen Maßnahmen geführt hatte. Man begann, wenn auch nicht allzu rasch, endlich das immer allgemeiner zu erkennen, daß die Gesellschaft namentlich durch solche Kinderarbeit gefährdet sei, und deshalb setzte dann auch hier die Arbeit ein. Aber der Begriff „Gefährdung der Gesellschaft" weitete sich immer mehr aus. Er änderte sich mit dem ethischen Urteil, änderte sich mit humanitären Idealen, änderte sich namentlich in dem Maße, als die Stumpfheit breiter Volksschichten gegenüber dem Elend, wie es ja im Mittelalter weit verbreitet war, dem regen Mitschwingen des Gefühls gewichen ist. Heute erachtet man die Gesellschaft als gefährdet nicht nur, wenn die Kinderarbeit die physische Kraft der Kinder zu dezimieren droht und ihre Ausbildung gefährdet und unterbindet, sondern man erachtet es als eine nachteilige Entwicklung, daß die einzelnen Arbeiter zu früh invalid werden, zu früh der allgemeinen Versorgung zur Last fallen und zu rasch aus der erwerbenden in die zehrende Bevölkerungsschicht zurückfallen. Heute erachtet man es als ein Interesse der Gesamtgesellschaft, als eine Notwendigkeit der Entwicklung, daß genügend Intelligente, genügend Geistesgegenwärtige und genügend frische Menschen in der Fabrik an der Arbeit sind, heute sieht man das Gesellschaftsinteresse gefährdet, wenn die Massen nicht genügend geistige Qualitäten haben, heute fordert man lebensfrohe, ja den Idealen der Rassenhygiene entsprechende Individuen, arbeitsfrohe Menschen. So ist es wohl nur begreiflich, daß die Ziele der Sozialpolitik unausgesetzt wachsen und daß die neuere Sozialpolitik andere Ziele verfolgen muß, um die Einheitlichkeit der Gesellschaft zu sichern, wie die ältere.

Ein gewaltiger Sprung vorwärts, vor allem in der sozialen Versicherung, ist bekanntlich geschehen durch die kaiserliche Botschaft Wilhelms I., mit der Bismarck die große Tat der *Sozialversicherung* eingeleitet hat. Existenzsicherung gilt heute als eine Aufgabe der Sozialpolitik, in deren Bereich allerdings auch eine Unsumme vorbeugender Maßnahmen fallen, die darauf gerichtet sind, durch Ausgestaltung des Betriebsschutzes die Lebenskraft der Arbeitenden solange als möglich zu erhalten, ein Weg, mit dessen Begehung die Sozialpolitik übrigens im höchsten Maße Wirtschaftspolitik treibt, insoferne eben die Pflege des Produktionsfaktors „Arbeit" ein ausgesprochen wirtschaftliches Problem ist. Wollen wir aber die Ziele der sozialpolitischen Bestrebungen voll erfassen, so dürfen wir nicht übersehen, daß die gesellschaftliche Einheit am meisten leiden kann durch das Gefühl des Entrechtetseins und daß demzufolge das Recht zur Wahrung des eigenen Interesses jeder Schichte der Bevölkerung gesichert sein muß. Gerade in dieser letzteren Beziehung nun scheinen sich mit der Entwicklung unserer Wirtschaft in tech-

nischer Beziehung mit dem Aufkommen großer Riesenbetriebe den sozialpolitischen Bestrebungen unüberwindliche Schranken entgegenzustemmen. Sozialpolitik konnte, wenigstens weitgehend, entbehrt werden, solange das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein unmittelbar menschliches Zusammenwirken gewesen ist, wie das etwa noch vor 50 Jahren in den Eisenbetrieben mittlerer Größe stattfinden konnte. Dank der Kleinheit der Betriebe war die persönliche Note in den Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter noch lebendig und versöhnlich wirksam.

Die ungeheuren Menschenmassen, die heute in einem Betriebe tätig sind, scheinen es unmöglich zu machen, daß diese rein menschliche Beziehung zwischen Betriebsleitung und Arbeitern lebendig bleibt. Wir müssen es verstehen lernen, daß wenigstens vorübergehend der Hausherrenstandpunkt des Unternehmers (my home my castle) zeitweilig an die Stelle solcher menschlichen Fühlung getreten war. Aber die Entwicklung steht nicht still, und es ist bezeichnend genug, daß heute gerade hervorragende Unternehmer es sind, die es als eine ganz besonders wichtige Aufgabe erkennen, jeden Weg zu gehen, durch den jeder einzelne Arbeiter des Betriebs das Gefühl bekommen kann, daß noch eine menschliche Beziehung zwischen ihm und der Betriebsleitung besteht. Eine neue Strömung ist unverkennbar in der Unternehmerschaft in der Richtung wirksam geworden, daß sie sich zum Ziele setzte, ihre Betriebsleitungen auf die Notwendigkeit solcher Pflege der Arbeiter als Menschen so eingehend als möglich hinzuweisen.

Die Hauptgefahr der Klassenscheidung liegt darin, daß die Schaffenden, die physisch Arbeitenden sich verkürzt erachten und einen größeren Anteil am Sozialprodukt immer wieder erreichen wollen und erreichen zu können glauben. Sie erachten ihre Leistungen als zu groß, ihren Anteil als zu klein. So entstehen die Maximen weniger zu leisten, also die Forderung der Arbeitszeitverkürzung, und mehr zu erhalten, also die Forderung der Lohnerhöhung, selbstverständlich Hand in Hand mit letzterer die Forderung höherer sozialer Versicherungsleistung, höherer Krankheitsfürsorge, Ausdehnung der Versicherung auf die Arbeitslosigkeit, höhere Altersrente u. dergl. mehr.

Wie stellt sich nun die Sozialpolitik zu diesen Forderungen? Kann es ihre Aufgabe sein, restlos diese Forderungen zu ihren eigenen zu machen? Die Frage ist jedenfalls nicht mit einem einfachen „ja“, aber selbstverständlich auch nicht mit einem einfachen „nein“ zu beantworten. Die Forderungen nimmt sie wohl auf, aber sie kann sie, wenn sie nicht Klassenpolitik, sondern eben Sozialpolitik sein will, wenn sie nicht bloß die Interessen einer Klasse, sondern immer auch die Interessen der Gesamtheit, der Gesamtgesellschaft im Auge behalten will, nur soweit selbst vertreten, als sie die Gesellschaft nicht schädigen und nicht ge-

fährden. Es kann für die Sozialpolitik nicht gleichgültig sein, wenn sie feststellen muß, daß die Existenz von Bergwerken, die Fortführung von Bergwerksbetrieben bedroht ist durch die Konkurrenz ausländischer Bergwerke, wenn die Kohlenzechen von Südwales ihre Beziehungen zu Frankreich oder zu den großen transatlantischen Schiffahrtsgesellschaften verlieren, weil die Streikunsicherheit wegen des Achtstundentages die Abnehmer zur Versorgung bei sicheren Quellen zu zwingen droht, wenn die Belastung mit höheren Löhnen und Versicherungsbeiträgen die deutschen Goldschmiede zwingt, gewisse Arbeiten in Italien machen zu lassen, wenn die deutsche Glasindustrie an Boden verliert, weil die belgische die Kinderarbeit in größerem Ausmaße bei der Produktion verwenden kann, die deutsche nicht. So scheinen solche und ähnliche Fälle ein nicht zu übersehendes Argument zu sein gegen die Fortführung der Sozialpolitik wie aller Maßnahmen, die den Verlust der auswärtigen Märkte herbeizuführen drohen, weil die Stellung auf diesen Märkten wegen der Verteuerung der Arbeit durch diese sozialpolitischen Maßnahmen nicht behauptet werden kann.

Freilich ließe sich gegenüber solchen Eindrücken geltend machen, daß gerade die sozialpolitisch am weitesten geschützte Industrie Englands die längste Zeit die gesichertste Weltstellung gehabt hat, nämlich die Baumwollindustrie. Es ließe sich ferner geltend machen, daß die deutsche Sozialversicherung, die in den 80er Jahren begründet wurde, ohne jede Beeinträchtigung der deutschen Wirtschaft Wirklichkeit werden konnte, obwohl sie keine geringen Lasten den deutschen Unternehmungen auferlegte. Es war wohl berechtigt, wenn Macaulay gesagt hat: wenn England jemals seine Vormachtstellung auf dem Gebiete der Industrie und des Handels an irgend eine andere Nation einmal abtreten müsse, so würde das nur eine Nation kraftvoller, gesunder Menschen sein können, nicht, wie er mit einem deutlichen Seitenblick auf die damaligen deutschen Arbeitsverhältnisse hinzufügte, ein Volk von degenerierten Zwergen. Es war berechtigt ein solches Wort zu sprechen, das wenigstens für die damalige Zeit das Problem der nationalen, der staatlichen Begrenztheit des sozialpolitischen Wollens erledigte.

Und dennoch, wirtschaftliche Gefahren bleiben bestehen. Es gibt ein Gesetz der Massenproduktion, das besagt, daß nur bei einer gewissen Mindestgröße des Absatzes vollkommene Produktionsmethoden möglich sind, und daß entsprechend diesem Gesetze auch sehr häufig der Absatz nur durch einen Export in jenem Umfange erreicht werden kann, der notwendig ist, um auf der Höhe der technischen Leistungsmöglichkeit zu bleiben, mit anderen Worten, die deutsche Industrie kann, um die Fortschritte in der Technik mitmachen zu können, in einer ganzen Reihe von Fällen nicht auf den Auslandsmarkt verzichten, und sie kann auf dem

Auslandsmarkte nur dann mit Erfolg auftreten, wenn ihre Produktionsbedingungen nicht durch sozialpolitische Maßnahmen so verteuert werden, daß ihre Erzeugnisse auf dem Weltmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

Es ist ferner zu berücksichtigen, daß, wenn durch eine sozialpolitische Belastung die Kapitalgewinne soweit beeinträchtigt werden, daß das Erträgnis des Kapitals im Inlande wesentlich geringer bleibt als im Auslande, daß dann eine Kapitalabwanderung einsetzt, was in Deutschland natürlich um so gefährlicher ist, als die deutsche Arbeiterschaft ja gerade am allermeisten darunter zu leiden hat, daß Deutschland durch den Krieg und durch die Nachkriegsverhältnisse so kapitalarm geworden ist. Eine Wirtschaftsgesellschaft kann aber nicht nur auf Kapital, sondern sie kann auch auf Unternehmerköpfe nicht verzichten. Und daß Gefahren eines Verlustes von Unternehmerköpfen bestehen, wenn die Bewegungsfreiheit derselben zu klein wird, unterliegt keinem Zweifel. Mag sein, daß sie in der Massenproduktion heute da und dort durch tüchtige Beamte ersetzt werden können, gerade für die große Zahl der arbeitsintensiven Industrien, in denen die Massen der Arbeiter beschäftigt sind, kommt das nicht in Frage.

Nicht der Wunsch entscheidet im wirtschaftlichen Kampfe, sondern es gibt eine gewisse Bedingtheit der sozialwirtschaftlichen Lebensfunktion, über die auch die energischeste Maßnahme nicht hinwegkommt. Wenn die Arbeiter in Lodz im Jahre 1905 die Fabriken und wir dürfen auch sagen, wenn die Arbeiter in Oberitalien 1920 die Betriebe, nachdem sie sie mit Gewalt in Besitz genommen hatten, den Fabrikanten zurückgeben mußten, weil sie selbst die Leitung nicht fruchtbar in Szene zu setzen vermochten, so ist das eben auch ein Symptom solcher Gesetzmäßigkeit, über die die Theorie und der Wunsch nicht hinausfinden. Übertreibungen der Sozialpolitik haben zweifellos mitgewirkt in der Richtung, in der sich die deutsche Wirtschaft in der Nachkriegszeit bewegt hat, den Ruin der deutschen Währung herbeizuführen.

Diese so wichtige Begrenztheit der Sozialpolitik durch die Kraft wirtschaftlicher Zusammenhänge ist am allerdeutlichsten in dem aktuellen Problem unserer Zeit zu erkennen, in dem Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit. Nur allzu nahe freilich liegt 1. die Behauptung, daß die Kräftigung des inneren Marktes helfen müsse, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, und daß diese Kräftigung des inneren Marktes durch nichts so leicht erreicht werden könne, als durch die Erhöhung der Löhne, und 2. daß die Arbeitslosigkeit mit Arbeitsangebot am erfolgreichsten bekämpft werden könnte durch Abkürzung der Arbeitszeit, derart, daß z. B. dort, wo 10stündig gearbeitet wird, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden die Einstellung von 20 Proz. Arbeitslosen ermöglichen müsse. Beide

Gedankengänge sind leider nicht richtig. Beide Maßnahmen, sowohl Lohnerhöhung bei gleichbleibender Leistung, als auch die Arbeitszeitverkürzung und die Einstellung von entsprechend mehr Arbeitern, also für das gleiche Produkt ein Mehraufwand an Löhnen, bedeuten eine Verteuerung der Produktion, und infolgedessen letzten Endes unvermeidlich die Einschränkung der Nachfrage auf den Märkten und namentlich der Nachfrage nach Gütern, die mit beträchtlichem Bedarf an menschlicher Arbeitskraft hergestellt werden. Die Geldlohnerhöhung bewirkt dann das Gegenteil von dem, was erreicht werden soll, statt Verminderung nur Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Das Wichtigste an der Wirkung dieser Maßnahmen ist die Unvermeidlichkeit einer Minderung der Leistung des einzelnen Arbeitstätigen, also eine Herabdrückung der individuellen Produktivität und gerade das ist der Anfang der Verarmung. Mehr Kaufkraft kann uns wohl helfen. Aber eine geldmäßige (nominelle) Lohnerhöhung bedeutet zunächst, wenn sie nicht Hand in Hand geht mit einer Steigerung der Produktion, nichts anderes als eine Kaufkraftverschiebung auf Kosten anderer Schichten, deren Kaufkraft dann eben doch infolge der Verteuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse soviel kleiner wird, daß entbehrliche Güter von ihnen nicht mehr oder nur in viel geringeren Mengen gekauft werden können und daß infolgedessen die Herstellung dieser entbehrlichen Güter oder gar der Luxusgüter immer mehr eingeschränkt werden muß.

Und nun kommt das Entscheidende! Gerade in der Produktion solcher entbehrlicher und Luxusgüter steckt zum größten Teile mehr Arbeitskraft, als in denjenigen Gütern, die Objekt des Massenkonsums sind. Zum größeren Teil ist die Produktion entbehrlicher Güter arbeitsintensiv. Tritt also Erzeugung von Massengütern an die Stelle der entbehrlichen Güter, so wird damit zu einem großen Teil Arbeitskraft freigesetzt.

Mehr Kaufkraft für den Einzelnen entsteht also, wenn das Sozialprodukt nicht größer wird, nicht durch Lohnerhöhung, sondern nur durch Vermehrung der Beiträge zum Sozialprodukt, ferner eben auch nur dann, wenn mit Beschäftigung der Arbeitslosen das Gesamtprodukt der Gesellschaft vermehrt wird, nicht aber wenn die Leistung des Einzelnen abnimmt und die Einstellung der Arbeitslosen etwa durch Verkürzung der Arbeitszeit ermöglicht werden sollte. Daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit die individuelle Produktivität ebenfalls sinken muß, bedarf keiner weiteren Begründung. Wenn man nun also feststellen muß, daß bei einer bestimmten Sachlage in einem gegebenen Augenblicke keine Lohnerhöhung, keine Arbeitszeitverkürzung vertreten werden könnte, so heißt das nicht, die Sozialpolitik in Frage ziehen. Die Antwort darauf, ob diese gerechtfertigt bleibe, kann nur ein unbedingtes „Ja!“ sein,

wenn wir die Sozialpolitik in dem Sinne verstehen wollen, wie ich das in meinen einleitenden Ausführungen gekennzeichnet habe.

Keine Sozialpolitik und insbesondere nicht die deutsche Sozialpolitik als die eines armen Landes darf an der gesamten Wirtschaftslage achtlos vorübergehen, ohne die Gesellschaft zu gefährden. Deutschlands weltwirtschaftliche Lage läßt die Grenzen der Sozialpolitik sehr deutlich erkennen. Das Reich braucht zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Dawesplan jetzt jährlich 2,5 Milliarden Mark. Es muß außerdem, um leben zu können, Rohstoffe und Halbfabrikate und zwar nicht bloß Lebensmittel, sondern auch Rohstoffe für die Industrie im Werte von ungefähr 4,5 Milliarden Mark einführen. Das sind zusammen etwa 7 Milliarden Mark. Und wenn wir diesen 7 Milliarden Mark die Tatsache gegenüberstellen, daß das gesamte deutsche Volkseinkommen zur Zeit auf etwa 45 bis 48 Milliarden Mark veranschlagt wird, so ergibt sich daraus, daß die deutsche Wirtschaft diese 7 Milliarden, also ungefähr $^1/_7$ ihres gesamten nationalen Einkommens an das Ausland hingeben muß; d. h. nichts anderes als daß die Deutschen um $^1/_7$ mehr arbeiten müssen als die Völker, mit denen sie auf dem Weltmarkte in Konkurrenz treten wollen, daß sie also ein- bis eineinhalb Stunden täglich mehr Arbeit geleistet haben müssen, um nur auf der gleichen Basis mit ihren Weltmarktkonkurrenten erst in die Produktion eintreten zu können. Kein geringerer als John Rae hat, als er sich für den Achtstundentag einsetzte, seine Landsleute davor gewarnt, daß sie in der Forderung der Arbeitszeitverkürzung zu weit gehen; wenn er in unseren Tagen leben würde, würde er ganz gewiß auch im Hinblick auf die Dichte der deutschen Bevölkerung und auf die verhältnismäßige Armut an Naturschätzen, die der deutsche Boden enthält, eine Verminderung der Arbeitszeit in der Gegenwart für untunlich erklärt haben.

Aber — die sozialpolitischen Aufgaben liegen nicht bloß im Materiellen, sondern die näheren Aufgaben der Sozialpolitik sind gegeben durch das letzte Ziel einer Abschwächung der Klassengegensätze, natürlich gewiß auch Verminderung der Spannungen zwischen den klassentypischen Lebensstandards aber nicht minder Herbeiführung eines Sichverstehens der den verschiedenen Klassen Angehörenden und all das um des *Interesses der Gesamtgesellschaft* willen. Liegt denn aber nicht gerade die Aufklärung der Arbeiter ganz besonders in der Richtung, in der dieses Ziel erreicht werden kann? Gilt es nicht die Arbeitsfreude und die Arbeitswilligkeit auch dadurch zu heben, daß falsche Phantome bekämpft werden, daß die Massen darüber aufgeklärt werden, daß sie nur dann besser leben können, wenn die gesamte nationale Arbeitskraft und das heißt natürlich einschließlich aller geistigen Arbeiter produktiver wird? Sollte es nicht wichtig sein, daß die Massen darüber auf-

geklärt werden, wieviel anders die Situation geworden ist, gerade dadurch, daß wir sozialpolitisch schon vorwärts gekommen sind, weil es ein großer Unterschied ist, ob man von dem 12- zum 10-Stundentag oder vom 9- zum 8-Stundentag, oder von der 48-Stundenwoche zur 44-Stundenwoche übergeht? Weil es ferner ein großer Unterschied ist, ob eine Lohnerhöhung auf Kosten der anderen Schichten erreicht werden kann, wenn das Verhältnis zwischen den oberen, den mittleren und unteren Schichten etwa 1 : 2 : 3 ist oder wenn es, wie es heute ungefähr der Fall sein dürfte, 1 : 9 : 90 ist? Wenn die „arbeitende" Schichte einmal ein so großer Bruchteil der Gesellschaft geworden ist, dann kann eine maßgebliche Verbesserung ihres Loses immer nur durch eine Steigerung ihrer eigenen Leistungen erreicht werden; eine Verminderung ihres Leistungsaufwandes wird immer in erster Linie ihre eigene wirtschaftliche Lage zu verschlechtern geneigt sein. Die Verbesserung der Lage der unteren Schichten wird, auch soweit sie auf Kosten der oberen, d. h. materiell besser gestellten Schichten erfolgt und in einer Einkommen-Herabdrückung in den Unternehmer- und Kapitalisten- und selbst in den Mittelstandskreisen sich auswirkt, letzten Endes zum Nachteil der Arbeitnehmer-Masse in der Wirtschaft ausschlagen, weil nicht die Lebensführung der Vermögenden dadurch zu einer Einschränkung gezwungen wird, sondern weil diese Einkommenminderung sich vor allem in einer Verminderung der Spartätigkeit auswirkt, also in einer wesentlichen Abschwächung der Kapitalbildung also in einer Veränderung jenes Wirtschaftsfaktors, der unter Umständen — nämlich dann umsomehr je kapitalärmer eine Gesellschaft ist — die wichtigste Grundlage für eine Belebung der Wirtschaft und damit für eine günstige Gestaltung des Arbeitsmarktes bildet: Kapitalkraft ist eine der wichtigsten Voraussetzungen der Möglichkeit sozialen Fortschrittes, in der Kapitalausstattung, in ihr ist vielleicht die wesentlichste *sachliche* Grenze des sozialpolitischen Wollens zu sehen, die wirksam wird trotz jener großen Elastizität der Wirtschaft, die langsames, maßvolles Beeinflussen der Wirtschaftsstruktur so oft schon ermöglicht hat ohne zu schädigen.

Solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung besteht, hat die Sozialpolitik wohl die Auswüchse dieses Systems zu bekämpfen, sie darf aber nicht die Wurzeln der wirtschaftlichen Energien untergraben, sie darf nicht den Säftestrom in dem Baum der Wirtschaft abbinden. In dem Kampf gegen die einseitige kapitalistische Interessenverfolgung *kann die Sozialpolitik zu weit gehen, wenn sie die Einschränkung des Kapitalertrages ohne Bedacht auf die Rolle des Kapitals verfolgt.* Die Gefährdung der gesellschaftlichen Wirtschaft tritt infolge Übersteigerung des sozialpolitischen Aufwandes ein nicht allein durch Beeinträchtigung der weltwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, Kapitalabwanderung, Aus-

wanderung der Unternehmer und höchstqualifizierten Arbeiter u. dgl., sondern auch wenn durch sozialpolitische Maßnahmen das Selbstverantwortlichkeitsgefühl völlig entbehrlich gemacht wird.

Wo die Grenzen für die Sozialpolitik gegenüber den wirtschaftlichen Notwendigkeiten liegen, läßt sich namentlich angesichts der Elastizität der Wirtschaft nie exakt sagen. Es ist das Schicksal der Gesellschaft, daß diese Schranken des sozialpolitischen „Dürfens" so oft nur die bittere Erfahrung zeigt. Ein Warnungszeichen ist es aber immer, wenn eine Preissteigerung auf sozialpolitische Maßnahmen zurückgeführt werden muß.

Eine Sozialpolitik darf daher *nicht bloß voluntaristisch* orientiert sein. Eine nichts als voluntaristische Sozialpolitik ist zum Scheitern verurteilt, weil und soweit sie die Wirtschaftsergiebigkeit bedroht, d. h. soweit sie die Beschaffung von Mitteln weniger erfolgreich werden läßt, als sie sein könnte. Gerade im Hinblick auf diese sachlichen Grenzen wird die Einflußnahme auf die Menschen als Aufgabe der Sozialpolitik immer wichtiger. Es gilt — wenn Lohnerhöhung und Arbeitszeitkürzung nicht mehr der Ausgleichung der Gegensätze dienen — neue Wege zu gehen, insbesondere die Jagd nach dem höchsten Ertrage zu bekämpfen ebenso wie die Maßlosigkeit im Genießen. Der Mensch muß Objekt sozialpolitischen Bemühens werden, mehr als bisher gilt es ihn zu erfüllen mit der Idee, daß Jeder der Ganzheit der Gesellschaft zu dienen hat und sich nur als ihr Funktionär zu fühlen hat, mag er einfacher Arbeiter oder Leiter eines Riesenbetriebes mit ungeheurer Verantwortung oder mag er auch nur ein armseliger Kapitalist sein. Sozialpolitik in diesem Sinne wird nie Grenzen finden.

Abstract and Résumé s. faite page 190.

III.

La Souveraineté de l'Etat.

Par M. Jean Teyssaire, Avocat à la Cour de Paris, Conférence au Comité Français de l'Alliance Universelle.

La question de souveraineté de l'Etat comporte deux faces, suivant qu'on l'étudie au point de vue public interne ou au point de vue international. Et ce qui donne au problème une singulière étendue, c'est qu'on ne peut guère séparer ces deux points de vue.

Par ailleurs, la question est capitale en droit international puisqu'elle domine toute l'organisation pacifique du monde.

Il convient donc de limiter cet exposé aux deux points suivants:

a) *Comment est née, et s'est développée la notion de souveraineté*

de l'Etat? Un aperçu historique, si bref soit-il, fait partie intégrante d'un tel sujet car, comme le dit le juriste allemand Jellineck, la souveraineté est une notion essentiellement historique.

b) *Comment se pose aujourd'hui, en droit international, la question de la souveraineté de l'Etat?*

I.

Le mot souveraineté comporte plusieurs sens. Tantôt, il signifie la manière d'être de la puissance étatique, tantôt la puissance étatique elle-même, tantôt enfin, la condition de l'organisme le plus haut dans l'Etat (terminologie allemande plus commode, Staatsgewalt, Herrschaft, etc.). Nous prendrons ce mot dans son acception la plus courante qui est le pouvoir, la puissance suprême, la volonté suprême sans autre volonté concurrente.

... L'Empereur romain qui régnait sur de vastes pays conquis et pacifiés, détenait cette souveraineté absolue. Il réalisait la conception romaine de l'Imperium.

Mais dans l'ancienne France, la question se posa tout de suite de savoir si la souveraineté serait l'apanage du prince, puis du roi, et la lutte devait être vive entre la royauté et trois autres puissances rivales, l'Empire, la Féodalité et l'Eglise.

Je ne vais pas m'étendre sur les diverses phases de cette lutte, mais simplement en rappeler quelques traits saillants.

A travers la période troublée de la Féodalité, les principes de droit romain demeurèrent dans notre ancienne France et dès l'avènement des premiers Capétiens, les légistes de la Couronne s'efforcèrent de les transposer dans la vie publique, et de reconstituer la puissance de l'Empereur au profit du Roi de France. Sous leur influence, et à mesure que va se fonder l'unité nationale, surtout sous les rois de la troisième race, la théorie de la souveraineté absolue va s'affirmer de plus en plus, comme un dogme intangible.

Dans sa lutte contre l'Eglise, la Royauté fut aidée par la Réforme. Le résultat essentiel de ce mouvement au point de vue du droit public interne et même du droit international a été l'exaltation de l'idée de l'Etat, et par là, la Réforme a contribué à la création de l'absolutisme de la souveraineté. On a dit que la Réforme avait causé la rupture de l'unité de la Chrétienté. Or, l'unité de la Chrétienté était rompue depuis longtemps par le grand Schisme et depuis le Concile de Bâle et de Constance. La Réforme accentuait peut-être la rupture, mais celle-ci était déjà réalisée. Ce qu'elle consacrait essentiellement au point de vue politique, c'était la liberté de l'Etat contre l'Eglise. Toujours au point de vue politique, elle était caractérisée par ce viel esprit gibelin violemment anticlérical, mais respectueux du Gouvernement laïque et de la puissance publique de l'Etat.

La Royauté eut un autre appui constant et solide: les jurisconsultes et les publicistes français.

C'est Beaumanoir qui, le premier, fondera sa doctrine de la *Monarchie de Droit Divin*. C'est lui d'ailleurs qui porte la responsabilité d'une grave confusion faite à cette époque et qui demeura après lui; dans son désir de déterminer les vraies marques de la souveraineté du Roi, il confondit deux notions différentes: celle de la souveraineté et celle de l'Etat. (La souveraineté n'est pas une marque essentielle de l'Etat, elle est indépendante de la consistance de l'Etat.)

C'est plus tard Loyseau qui voit dans le Roi l'Officier du peuple et le Lieutenant de Dieu.

C'est Le Bret qui écrit son *Traité de la Souveraineté du Droit*, et enfin *Bossuet* qui s'affirme le théoricien de la Monarchie catholique de droit divin.

La souveraineté absolue de la Royauté apparait en France aux XVII^{e} et XVIII^{e} siècles comme un fait accompli, et en 1770, Louis XV pourra prononcer, en plein Parlement, cette formule définitive: "Nous ne tenons notre couronne que de Dieu. Le droit de faire des lois par lesquelles nos sujets doivent être conduits et gouvernés nous appartient à nous seuls, sans dépendance et sans partage."

Ainsi a-t-on pu dire de cette époque de notre ancienne France: "Le royaume de France est la monarchie la mieux établie qui soit et qui ait jamais été établie au monde", étant en premier lieu une monarchie royale et non pas seigneuriale, une souveraineté parfaite à laquelle les Etats n'ont aucune part.

Le juriste L'Hommeau, dans ses *Maximes générales du droit français*, rapporte un incident tout à fait caractéristique. Il arriva à un avocat du Parlement de Paris de dire en plaidant *que le peuple de France avait donné la puissance au roi*. C'est alors, rapporte le récit, "que Messieurs" "les gens du roi se levèrent et demandèrent, en pleine audience, que ces" "mots fussent rayés du plaidoyer de l'avocat remontrant que jamais les" "rois de France n'ont pris leur puissance du peuple; sur quoi, la Cour" "fit défense à l'avocat de ne plus user de tels propos et discours et, de" "regret, l'avocat ne plaida oncques causes."

* * *

Quand survint la Révolution française, la foi, la croyance au dogme de la souveraineté étaient telles qu'au milieu des bouleversements sociaux, le principe demeurait intact. La souveraineté était, comme par le passé, une, indivisible, inaliénable. Cette conception se conciliait d'ailleurs à merveille avec la theorie politique de J. J. Rousseau, avec les idées des philosophes de l'époque, avec les doctrines des législateurs révolutionnaires. Seulement, le Roi a disparu; c'est *la Nation* qui l'a remplacé;

on ne dira plus la *souveraineté royale*, on dira: la *souveraineté nationale*.

La Déclaration des droits de l'homme, de 1789, la Constitution de 1792, proclameront que "le principe de toute souveraineté réside essentiellement dans la nation". Avec la Révolution, le dogme de la souveraineté nationale revêt d'ailleurs une certaine grandeur; il tire son prestige de la longue tradition monarchique et de l'enthousiasme d'un peuple qui vient de naître à la liberté.

"Comme elle avait l'air de tendre à la régénération du genre humain plus encore qu'à la réforme de la France, la souveraineté a allumé une passion que, jusque là, les révolutions politiques les plus violentes n'avaient jamais pu produire ... Par là, elle est devenue elle-même une sorte de religion nouvelle, religion imparfaite, il est vrai, sans Dieu, sans culte et sans autre vie, mais qui néanmoins, comme l'islamisme, a inondé toute la terre de ses soldats, de ses apôtres et de ses martyrs" [1]).

Je passe sur la Révolution de 48 faite au nom de la souveraineté nationale qui fera apparaître le suffrage universel, égalitaire et majoritaire.

Que l'on parle de la souveraineté du Roi, de la souveraineté nationale ou de la souveraineté de l'Etat, la force extraordinaire du principe reste la même; la France tout entière est, dès le début du XIX^{e} siècle, conquise par le dogme qui exerce sur les peuples d'Europe, d'Amérique et même d'Asie son impérieux et irrésistible attrait.

Mais dès le milieu du siècle, ici et là, en Angleterre, en Amérique, en France, en France surtout, dans les Assemblées politiques, dans l'opinion publique, dans les écrits des publicistes et des philosophes, apparaissent les premières attaques, d'abord voilées, timides, puis plus précises, contre le principe de la souveraineté de l'Etat jusque là intangible et sacré.

Déjà en 1831, le député français Royer-Collard avait osé prononcer à la tribune de la Chambre ces fortes paroles:

"La majorité des individus, la majorité des volontés quelle qu'elle soit, est-ce le souverain? S'il en est ainsi, il faut le dire bien haut, la souveraineté du peuple n'est que la souveraineté de la force et la forme la plus absolue du pouvoir absolu. Les sociétés ne sont pas des rassemblements numériques d'individus et de volontés; elles ont un autre élément que le nombre; elles ont un lien plus fort, *le droit privilégié de l'humanité et les intérêts légitimes qui naissent du droit* ... La volonté d'un seul, la volonté de plusieurs, la volonté de tous, ce n'est que la force plus ou moins puissante; il n'est dû à aucune de ces volontés, à ce seul titre, de volonté, ni obéissance ni le moindre respect."

---

[1]) De Tocqueville: L'ancien régime et la Révolution.

Voici que peu à peu une philosophie nouvelle s'élabore; certains sophismes du Contrat social sont nettement rejetés et la critique pénétrante de l'Ecole positive dirige ses traits contre le principe politique de la souveraineté nationale.

"Depuis plus de 30 ans, écrit Auguste Comte, que je tiens la plume philosophique, j'ai toujours représenté la souveraineté nationale comme une mystification oppressive et l'égalité comme un ignoble mensonge."

Et les attaques se multiplient de plus en plus au point que le dogme est ébranlé de toutes parts. Il n' y a pas d'ailleurs que le positivisme, il y a l'opinion publique, de plus en plus éclairée, il y a les doctrines juridiques et jusqu'aux partis extrêmes, les théoriciens de l'Action Française et ceux du Syndicalisme révolutionaire qui mènent contre elle une véritable campagne. (Voir à ce sujet le livre de premier ordre de M. Guy-Grand "Le Procès de la Démocratie".) Mais c'est là une autre question.

* * *

Quoi qu'il en soit, un fait est certain: si au XVII^{e} et au XVIII^{e} siècles, le dogme de la souveraineté, grandi par une lutte séculaire, répondait aux faits sociaux et aux besoins de l'époque, si les juristes, les philosophes l'avaient exalté au point d'en faire une sorte de religion, au cours du XIX^{e} siècle, les idées, les doctrines mettent en doute sa valeur, sa réalité et son fondement. Le concept de la souveraineté de l'Etat est discuté, critiqué; dès lors, il est condamné. Certes, il a encore des défenseurs, surtout dans les pays de culture germanique, mais voici que fortement ébranlé dans la lutte des idées et des doctrines, il va se trouver en contradiction violente avec les faits sociaux contemporains. Dès lors sa ruine est irrémédiable.

Un ou deux exemples de cette incompatibilité de la doctrine et des faits:

A — La souveraineté nationale est, par définition, une et indivisible; elle implique la suppression sur le territoire national de toutes collectivités investies du droit de puissance; or, le *fédéralisme* est la négation même de la souveraineté étatique parce que, comme la *décentralisation*, le fédéralisme fragmente, dissocie la puissance publique.

Aujourd'hui, beaucoup de pays unitaires et particulièrement la France, évoluent vers une large décentralisation. (La commune française est un exemple très net de collectivité locale décentralisée.) Quant au fédéralisme, il est pour ainsi dire le droit commun des Etats dans le Nouveau Monde. En Europe, la Suisse et l'Allemagne sont des Etats fédéraux.

B — Le système de droit public reposant sur la notion de souveraineté ne donne plus satisfaction à la conscience moderne parce que les faits ont démontré l'impuissance de cette doctrine à protéger l'individu contre le despotisme.

N'est-ce pas de Rousseau cet étrange sophisme: "Quiconque refusera d'obéir à la volonté générale y sera contraint par tout le corps; ce qui ne signifie pas autre chose *sinon qu'on le forcera d'être libre.*"

C'est pourquoi les hommes politiques actuels, l'opinion publique même, répudient le dogme de la souveraineté.

On ne croit plus aujourd'hui qu'il existe derrière ceux qui détiennent la force dans un pays *une entité,* ou, comme on a dit, *une substance* personnelle et souveraine dont les gouvernants ne seraient que les mandataires et les organes. Il n'y a plus d'Etat-puissance. Dans les gouvernants il ne faut voir que ceux qui détiennent une force prépondérante et auxquels incombe l'obligation de remplir une certaine fonction sociale; organiser les services publics, en assurer, en contrôler la gestion.

Pourquoi, dans ces conditions, s'embarrasser de théories métaphysiques lorsqu'il s'agit simplement pour les Gouvernants d'assurer la vie organisée d'une société donnée, d'assurer la mise en œuvre des services publics et que faut-il chercher à la base de toute organisation politique et de vie publique sinon les hommes, rien que les hommes?

Que demandait-on aux empereurs romains et ensuite aux rois de France, héritiers de leurs traditions ? On leur demandait d'assurer les services de guerre, de police et de justice. C'était *l'imperium* et la *jurisdictio* et dans ces domaines, l'activité du pouvoir souverain se traduisait par des commandements. Aujourd'hui, on ne demande pas seulement aux gouvernants les services de sécurité (guerre, police et justice), on leur demande d'assurer l'instruction, l'assistance, les travaux publics, l'éclairage, les postes, télégraphe, téléphone, les chemins de fer, etc.... L'intervention de l'Etat ne se manifeste plus par des actes de commandement, mais par des actes de gestion réglés et disciplinés par un système juridique.

Et voici alors ce système juridique: la Loi n'est plus le commandement de l'Etat, elle est le statut d'un service ou d'un groupe. L'acte administratif est *toujours un acte de gestion* dont tout intéressé peut demander au Conseil d'Etat l'annulation, non pas en invoquant un droit subjectif, mais au nom de la *légalité violée.*

La notion de service public, le droit issu de son organisation et son fonctionnement, telle est, en effet, la base actuelle du recours pour excès de pouvoir devant le Conseil d'Etat, recours qui domine tout notre droit public et inspire la jurisprudence de notre Haute Juridiction administrative.

Et maintenant, si vous le voulez bien, faisons le point.

Avant d'aborder le droit international, dégageons du droit public interne quelques notions précises.

Du système réaliste et objectif auquel nous venons d'aboutir, se

dégage en premier lieu ceci, que l'Etat doit être étudié en fonction des fins qu'il poursuit. On nous dit: c'est une pure abstraction, c'est une création de l'esprit. Soit, mais c'est une abstraction nécessaire; ce n'est pas une fin en soi, c'est un moyen, un procédé pour marquer la relation qui existe entre les hommes composant une société nationale et le groupement même de ces êtres humains. Nous gardons donc cette appellation pour désigner ceux qui dirigent, qui gèrent les services publics; ceux qu'on appelle les gouvernants, le Gouvernement.

En deuxième lieu, l'Etat, le Gouvernement ne se légitime qu'autant qu'il assure la gestion des services publics, qu'il se conforme aux exigences du bien public, au droit. Toute base juridique manque à l'Etat lorsqu'il n'a pas pour objet exclusif le bien public. L'Etat est toujours subordonné au droit.

Souvenons-nous de la phrase de Royer-Collard que je citais tout à l'heure ... "Les Sociétés ont un autre élément que le nombre; elles ne sont pas que des rassemblements d'individus et de volontés; *elles ont un lien bien plus fort qui est le droit privilégié de l'humanité*, et les intérêts légitimes qui naissent de ce droit.

Mais alors qu'est-ce que le droit?

Le droit c'est *l'ordinatio civitatis*. C'est la mise en ordre dans la cité, c'est l'adaptation à la communauté, des principes éternels de la nature et de la justice. *Le droit se confond avec le bien public.*

C'est là, me direz-vous, sommairement rappelée, la doctrine de Duguit sur la règle de droit. C'est vrai, c'est cette théorie que je rappelle, mais c'est aussi celle de Saint-Thomas d'Aquin et, de la correspondance de ces deux théories, l'une du plus pur scholastique du XIII[e] siècle, et l'autre de notre Chef d'Ecole positive de droit public, ressort avec une force singulière l'immuabilité et l'universalité du droit.

Et alors, Messieurs, le moment est venu de reprendre le mot de souveraineté, de le faire revivre dans toute sa plénitude et toute sa vigueur au profit du droit; le moment est venu de dire: "L'Etat n'est légitime qu'autant qu'il assure la souveraineté du droit."

II.

Il me reste maintenant à examiner comment se pose aujourd'hui la question de la souveraineté de l'Etat en droit international.

De même que pendant trois siècles, la notion de souveraineté est restée la base de l'unité nationale, de même elle a dominé la première construction scientifique et politique de droit international en Europe. Mais si, à bien des égards, elle a facilité l'unité des royaumes et des empires, on peut dire qu'elle a, en grande partie, paralysé l'essor du droit des gens.

A la paix de Westphalie, on avait condamné l'esprit de domination universelle et on avait cherché à fonder le droit international sur le triomphe des indépendances particulières. On ignorait les individus et on ne s'occupait que des Etats et de leurs rapports entre eux. Les Etats étaient considérés comme des personnes morales souveraines, comme des entités juridiques ayant surtout des droits, ayant avant tout des pouvoirs. Et l'on avait dit: si ces Etats élaborent des règles communes et s'ils acceptent certaines obligations, ils ne le font que dans la mesure où ils veulent bien abandonner une partie de leur souveraineté et consentent à reconnaître ces règles de droit comme obligatoires. C'est là ce qu'on a appelé la *théorie de l'autolimitation*. "*Mais la souveraineté absolue ne peut subsister en présence de règles impératives; un dilemme inexorable se pose auquel on ne peut échapper; ou bien l'Etat est souverain et alors il ne saurait être soumis à des règles impératives, ou bien il est soumis à des règles et alors il n'est plus souverain.*"

* * *

Tel est le problème.

Vous imaginez les efforts qui furent faits pour conserver le principe de la souveraineté de l'Etat comme principe vital de toute politique extérieure.

Hegel, Jellineck, s'attachant exclusivement au principe, n'ont pas hésité à nier l'existence d'un véritable droit international. En présence du dilemme, ils ont choisi le principe de la souveraineté absolue et, en toute logique, ont répudié le droit. Par voie de conséquence, les Traités passés par l'Etat peuvent être considérés comme inexistants, si son intérêt supérieur l'exige, parce que l'intérêt de l'Etat se place au-dessus de tout, même au dessus du droit.

D'autres se sont efforcés de concilier le droit international, dont ils ne voulaient pas méconnaître l'existence, et la notion de souveraineté qu'ils voulaient conserver. Ils ont repris et étendu la théorie d'origine française, *des droits fondamentaux* et qui trouve son expression dans les coutumes et les traités, et celle de *l'autolimitation*, que je viens de signaler et qui porte l'empreinte allemande.

La faiblesse de ces théories apparut tout de suite. Elles ne pouvaient se concilier avec l'idée de la communauté internationale des peuples; elles ne pouvaient convenir au droit international moderne qui n'est plus seulement une défense contre les guerres et les conquêtes, mais qui est surtout l'organisation des rapports économiques et sociaux extrêmement nombreux qui naissent tous les jours entre les peuples et qui domine l'idée de solidarité.

La faiblesse de ces théories apparut surtout le jour où la notion de souveraineté absolue de l'Etat fut, en droit public, irrémédiablement

condamnée. Et alors, en Allemagne même, la critique se fit plus mordante. (von Mohl et son remarquable *Staatsrecht, Völkerrecht und Politik*).

* * *

En présence du dilemme que j'énonçais tout à l'heure, le monde désormais, semble abandonner définitivement le dogme de la souveraineté absolue de l'Etat, et *seules doivent demeurer les règles de droit.* S'il en est ainsi, les faits internationaux jetteront une lumière nouvelle sur les lois régissant les rapports des peuples et des hommes. Le jurisconsulte anglais Westlake pourra, avec raison, rappeler que "les devoirs et les droits des Etats sont tout simplement les devoirs et les droits des hommes qui les composent." Le droit des gens ne sera plus fondé sur la manifestation d'un ordre ou d'une volonté; il sera le résultat de la solidarité créée par les besoins sociaux. Désormais, on pourra dire que le droit de tous les rapports, qu'ils soient privés, publics ou internationaux, a pour objet exclusif les rapports des hommes entre eux, et comme l'a dit M. Politis "que le droit vise toujours l'homme et rien que l'homme."

* * *

Vous avez sans doute pris garde que je me suis appliqué à faire ressortir la place prépondérante faite à l'homme dans notre nouvelle évolution sociale et internationale. C'est que j'ai pensé qu'une telle base d'orientation devait paarticulièrement vous séduire, vous, les Membres de l'Alliance Universelle, pour l'amitié internationale par les églises, car le sujet n'est pas nouveau pour vous.

Quelles que soient vos religions et vos croyances dans vos diverses sphères d'activité privée, la mission de la plupart d'entre vous n'est-elle pas de vous pencher sur l'âme humaine, de rechercher et connaître ses inquiétudes, ses tourments, et d'offrir aux hommes les apaisements, les consolations et les espérances de vos religions? Cet apostolat spirituel vous a particulièrement préparés à l'étude de l'homme et des hommes entre eux dans le domaine social et international.

Et c'est certainement pour cette raison que vous apportez votre collaboration précieuse à une œuvre féconde, essentiellement humaine, qui doit être accomplie sous le signe de la paix. Déjà, grâce à de nombreux et persévérants efforts, on peut enregistrer de belles conquêtes: les Conférences de La Haye, le Pacte de la Société des Nations, la Cour permanente d'arbitrage, la Cour de Justice internationale, marquent les étapes parcourues; l'homme a, lui aussi, gagné du terrain dans la procédure arbitrale, dans l'organisation de la justice internationale, dans celle des Tribunaux arbitraux mixtes, dans les droits qui lui ont été attribués dans le régime des minorités.

Sans doute, on parlera encore de l'indépendance des Etats, mais désormais, le terme même de souveraineté sera évité parce que reconnu

inexact et équivoque. La notion d'Etat que nous avons retenue tout à l'heure comme nécessaire pour marquer la relation qui existe entre les hommes composant une société nationale et le groupement même de ces êtres humains sera, en droit international, plus que jamais indispensable et c'est dans ce sens qu'on dira "La communauté internationale des Etats".

Et comme il y a une similitude évidente entre l'évolution du droit public et l'évolution du droit public international, il est aisé, dès à présent, d'indiquer un ensemble de services publics internationaux assurant le bien général de la Communauté des Etats. La Société des Nations, la Cour de Justice internationale, les Commissions internationales fluviales, constituent autant de services publics.

Quant aux Etats, aux Gouvernants, il leur restera encore le libre exercice de diverses activités que les théoriciens se préoccupent aujourd'hui de définir et de réduire dans les limites du droit. Ces activités ne seront légitimes et ne mériteront protection que si elles sont conformes à la règle juridique issue du milieu social où elles se manifestent. Tel est l'objet des théories du *domaine de la liberté limitée,* du *domaine réservé* et de sa réduction progressive et de l'abus des droits ...

Je les signale simplement sans les développer, car je voudrais m'arrêter ici ...

Je désire seulement vous lire encore quelques lignes d'un jeune auteur choisi entre plusieurs et qui reflètent assez bien l'opinion hardie de la nouvelle génération. J'extrais cette citation du livre très documenté de M. Sukiennicki sur "La souveraineté des Etats en droit international moderne".

"Il est manifeste que l'ancienne conception de la souveraineté étatique est en train de ployer sous la pression du courant nouveau. De toutes parts, les besoins de la collectivité internationale lui donnent l'assaut. Elle se défend, pied à pied, mais elle recule, journellement, elle cède du terrain et l'on sent que ses forces s'épuisent. Au-dessus d'elle, se dresse de plus en plus impérieusement la notion de 'l'intérêt mondial'."

"Et rares sont devenus aujourd'hui les théoriciens du 'droit international' qui, dans cette lutte entre la Société universelle juridiquement organisée et l'ancienne société internationale de guerre, se mettent de ce côté de la barricade.

"Ce sont déjà les 'derniers des Mohicans' pour lesquels le but idéal de la communauté juridique des Nations "ist heute noch Phantasie und wird dies noch für lange bleiben".

"Ils veulent toujours baser tout ordre international sur le bon plaisir et la volonté souveraine du 'Herrscher'. Le 'droit international' ou plutôt 'äussere Staatsrecht', résultat de l'autolimitation volontaire de l'Etat souverain, doit, dans la pensée de ces juristes périmés, se plier devant

la volonté du 'Herrscher' exprimée dans la loi interne. Cette hérésie juridique ne tardera pas à disparaitre et bientôt triomphera la doctrine proclamant la primauté du droit des gens," en d'autres termes, pourrait-on dire, la suprématie de l'*ordinatio civitatis maximae.*

Et ma conclusion sera fournie, dans le même livre, par une phrase très belle que l'on trouve au cours de la lettre — préface de mon maître et ami, M. le Professeur de Lapradelle:

"Les abus d'un mot trop grand se révèlent en conséquences paralysantes; le conflit de la Souveraineté et du Droit se pose en des termes qui ne permettent plus à l'ancienne notion de la *suprema potestas* de se dresser devant l'Etat, comme une protection, sans s'élever contre le Droit des Nations, comme un obstacle."

"Mais de l'Etat à la Société des Etats ou des Nations, le pouvoir passe. Il passe dans un long glissement. La Compétence exclusive diminue; il n'y aura bientôt plus d'autre Souveraineté que celle du Droit."

Abstract and Zusammenfassung s. page 192.

IV.

Adult Education, Religion, and World Citizenship.

By Basil A. Yeaxlee Ph. D., London.

No great crisis comes upon the world without releasing fresh forces for the development of human life and the unification of mankind. A notable outcome of the world-war was a new enthusiasm for education, and especially for adult education.

This, of course, was not without a clearly-marked ancestry. In England, for example, adult education was rooted in the Evangelical Revival of the Eighteenth Century and the Industrial Revolution, which was in operation at much the same period. It began with the religious impulse expressed in the early Adult Schools, and gained strength from social, political and cultural movements as these emerged during the nineteenth century. Dr. Mansbridge, Dr. Temple, Dr. Gore, Mr. Tawney and others gave it a great reinforcement in the creation of the Workers' Educational Association and the University Tutorial Class movement twenty-five years ago.

In Denmark, again, Bishop Grundtvig transformed the spirit and revitalised the industrial and social energies of the whole nation by bringing about the establishment of Folk High Schools, which have grown steadily in number and influence from 1844 until the present time.

Mrs. Dorothy Canfield Fisher traces the beginnings of adult education in the United States back to the starting of Lyceums in the twenties,

Women's Clubs and Public Libraries in the thirties and forties, and Chautauquas in the seventies, of last century. In divers forms it developed from decade to decade though, with a few notable exceptions, it tended to become an affair of vocational training rather than of liberal education.

These three are but instances. The same kind of thing happened in other countries — notably Germany and Sweden, Austria and Holland. There were beginnings, too, in the far East, where the impact of Western civilisation and the work of Christian missions have stimulated the minds of at least some among the masses that people the industrial areas of Japan and China.

During and immediately after the world-war, however, certain tides of thought and desire set in strongly from several points of the intellectual and spiritual compass. People wanted to know how such a catastrophe could have occurred, and turned to the study of international affairs that they might find out. "Reconstruction" was a word upon every one's lips, and hope of it kindled a readiness to learn what it would involve, in diplomacy, politics, industry, social organisation, education, religion. Then, too, democracy — government of the people, by the people, for the people — became a practical possibility in some countries where previously it was only a dream, if indeed it was even that: in others where it was already the accepted principle the necessity of giving it wider and deeper application became apparent. The demand for a greater measure of self-government within industry, and for more equitable economic and social conditions of life, was made on all hands by manual workers, and the solidarity of labour throughout the world, despite all differences of colour and race, was declared. A greater sense of civic responsibility and a considerable expansion of the social services, both statutory and voluntary, led to closer enquiry into facts and keener investigation of cause and effect. The shattering of religious conventions during the war constrained the more thoughtful among young people to probe more deeply than before the truths of Christian teaching and experience. "Shell-shock" and its cure awakened a widespread interest in psychology and its practical applications. Reaction from the restraints and disciplines of war-time caused a great deal of abandonment to sheer passion for pleasure, but quickened also a creative impulse in the arts, especially those of music and drama, wherein young folk sought to express themselves instead of merely watching plays or listening to concerts. Youth movements in many lands revived old cultural traditions and, while sometimes going no further than mere revolt against current conventionalities, in some instances gave rise to constructive thought and effort with a view to working out more satisfactory ways of life. People travelled more, partly because holidays abroad had become cheaper and

partly because the movements of troops and of those who accompanied troops during the period of hostilities had familiarised them with the idea of visiting countries other than their own countries in which they had now begun to feel a personal interest. At the same time the life of hitherto remote communities, especially scattered villages, had been stirred, and folk living there had not only become conscious of wider horizons but were also in fact less cut off from the hustling world, because transport had been revolutionised and wireless enabled them to overhear what was going on at the ends of the earth. Finally the work of the League of Nations and of the International Labour Office had made it no longer possible to think in other than international terms, whether in a truly international spirit or otherwise.

Why should all this be set down in the past tense, and what relevance has most of it to adult education? Certainly the tense and the apparent jumble argue neither an access of pessimism, nor a failure to see the wood for the trees. A period of disillusionment has followed the outburst of idealistic expectancy engendered by the Peace. Many people would say that the sketch rapidly drawn in the preceding paragraph may once have been more or less true but now has no verisimilitude at all. The purpose of this article is to show that the more potent of the forces therein summarised have suffered no abatement of their strength, that in the diversified adult education movement all over the world at the present time some of their most permanent and promising effects are to be found, that only as this movement is developed and harmonised can the hopes created by these forces be fulfilled, and that apart from the fuller education of men and women in the meaning and experience of religion the immense opportunity offered now by that movement will most certainly be missed.

The number and variety of organisations for promoting adult education have multiplied beyond enumeration or description in detail. Moreover, each country has naturally produced forms adapted to the needs of its own people but not suited, except perhaps in very general principles, to those of others. There is a growing literature of adult education, and in many countries books, periodicals, reports, and Government documents may be obtained which supply the main facts. The World Association for Adult Education publishes a quarterly *Bulletin*, each issue of which contains a brief survey of the work in a particular country. The issue for November, 1928 (obtainable from the Association's Offices, 16, Russell Square, London, W.C. 1., price one shilling, postage one penny) contains a Report of a recent Conference held by the Association at Oberhof on "The Industrial Worker and Adult Education", and comprises short statements made by representatives of various countries regarding the present position in their own lands.

There are, however, three or four outstanding facts and certain dominant tendencies which are common to practically all the countries in which the movement is active.

The first of these is that the organised working-class movement, through its trade-unions, its co-operative societies, its political parties, and its social activities, is taking adult education more seriously than any other part of the community has yet done, and is finding in adult education a great deal that organised religion should afford but does not. In Great Britain much trouble has been caused by the fact that in an effort to co-ordinate organised working-class adult education the Workers' Educational Association agreed to a statement of aims which the National Council of Labour Colleges also accepted, and which included the phrase "intellectual and social emancipation of the working classes", The W. E. A. is educational and non-partisan: the N. C. L. C. is avowedly class-conscious and Marxist. As in most compromises, the form of words is ambiguous. They can be understood, as by the W. E. A., to mean the enrichment of knowledge, widening of interest and capacity, and maturing of judgment without which no progress is possible for any group of people: such education is indispensable both to self-realisation and to service, individual or corporate, of the community. The N. C. L. C. however, frankly interprets the phrase to mean intellectual propaganda for the class-war. The two bodies are cited here because in most countries there is a corresponding division within the working-class movement. Here the cultural will be found predominant, there the propagandist. The important fact is that, whether sound or otherwise on the surface, each is at bottom animated by a desire for conditions of life and for spiritual values which are international in scope and ultimately religious in quality. The internationalism is admitted and is indeed urged: the religiousness would as a rule be denied, because the real nature of religion is so completely misunderstood. No one who makes a study of the adult education movement among the working classes could honestly call it (with one or two obvious exceptions) secularist, materialist, or narrowly nationalist, whatever its enemies may say of it and however its various sections may choose to deseribe themselves. But often enough the finest elements in it will be camouflaged, or may be below the consciousness of those who participate most eagerly and fully in its work. Moreover in many countries the religion of the Churches had lost grip of the classes before this cultural movement asserted itself, and the atmosphere in which certain adult educational organisations were born, especially upon the Continent of Europe, did much to determine their external character.

A second fact which demands attention is that the youth of the world is eager for knowledge and understanding, though it will not be

satisfied with authoritative pronouncements from the older generation. By youth we mean not children, or boys and girls in middle adolescence, but the young people between eighteen and twenty-five years of age who are still, according to the psychologists, in the final stages of adolescent development, but may perhaps be more intelligibly described as immature adults. Here we have to consider not working-class folk alone but very largely the people who have had at least a secondary school education, who launch out upon their life-work and upon the responsibiliti of manhood and womanhood rather later than manual workers do, and who are less likely to experience a gap in their intellectual life between leaving school and settling down as adult students of life and of books, as these interpret each other. They may seem the reverse of serious. It may be impossible to get them at this stage to join classes or attend lectures. They may rarely read anything beyond the newspaper and the most recent novels. But they are observing, thinking, reconstructing their mental and moral foundations. More often than not they respond to the imaginative and adventurous when economics, philosophy, and theology would leave them cold. Yet the answers to the questions they are asking themselves and one another are not attained by happy intuition or the exercise of creative fancy. They know it, for they are in quest of reality. Science appeals to them on the one hand, literature and drama on the other, politics — both national and international — may capture their enthusiasm, and religion most of all — but only when it is concerned with character, conduct and the nature of things, instead of with formulae and observances. These young folk insist upon learning by experiment and frankly have little use for study and discussion on formal and systematic lines. Yet they are passing through a stage of adult education which will do much to decide the temper and the tendencies of their more mature study and thought. If the workers' movement in adult education links together men and women all over the world who are seeking greater fullness of life in a more satisfactory economic and social order, youth, in ways less organised but more adventurous, is seeking a philosophy of life, though it may be unaware of the fact and would seldom call its quest anything of the kind.

The life of all adult education is spontaneity and voluntary effort. Latent demands may need to be evoked and formulated, while obviously students must have tutors and books, which means also that funds must be forthcoming in greater volume than the students themselves can be expected to produce. Since the War a third factor of importance has emerged. Universities on the one hand and Education Authorities, both local and national, on the other are recognising and are beginning to discharge their responsibility with regard to maintenance of standards in adult education

and payment of the cost. Arrangements naturally differ. In Germany it has been a common thing for the University, the municipality, and the trade unions to co-operate in carrying on *Volkshochschulen*. The Danish Government makes contributions to the funds of Folk High Schools, which for the most part are privately owned. Czecho-Slovakia, under the inspiration and leadership of President Masaryk, has built upon the foundations of her old cultural associations a new structure designed to put State resources generously at the disposal of voluntary organisations, though it has been found that the less people are called upon to work and make sacrifices for adult education the more risk there is of their proving unresponsive to its claims. In England the older Universities and one or two of the modern foundations have led the way in developing strong extra-mural departments, with representatives of voluntary bodies on their governing committees, and both the Board of Education and certain progressive Local Education Authorities have increased their expenditure in grants towards, and also (in the case of some L. E. A.'s) direct provision of, adult education. Of even greater import has been the recognition of new types of work and a wider range of subjects (including religion, historically and philosophically treated) as eligible for grant-aid under specially devised Regulations.

All this means that adult education is ceasing to be regarded as a purely private venture on the part of those who happen to like it. Rapidly in some countries, slowly in others, it is becoming a recognised concern of the whole community. It is taking its place as an indispensable part of the national educational system which not only completes the facilities for education as a lifelong process but also exercises a healthy influence upon the development of the primary and secondary stages, since they should be ordered with it in view. Thus "adult education for all", through libraries and music, handicrafts and the arts, wireless and foreign travel, as well as in lecture hall and class-room, is no exaggerated forecast of possibilities for later generations, but a practical proposition for our own time. The Universities, the State, and Local Authorities are increasingly prepared to co-operate with the voluntary organisations in opening the way for adult students to pursue either their literary and social studies or their search for a philosophy of life.

In the light of these three major facts we turn to a fourth, which is that until now the organised forces of religion, with the notable exception of the Missionary Societies, have almost completely neglected the possibilities of adult education. They have been slow to perceive the religious qualities and the significance of the "secular" or neutral movements. They have done practically nothing to promote and organise systematic adult education in religion itself as distinguished from the scientific, philos-

ophical, literary, historical, and social studies which ordinarily find a place in the curricula of adult education. This is a grave statement to make, and it is submitted in the hope of correction from any student of adult education whose information is more comprehensive than the present writer's. Recently, however, at a World Sunday School Convention in Los Angeles, attended by over 7,000 delegates from more than 30 countries, nine papers on adult religious education were read, and not one of them recited any facts showing that as much had been done in other countries as in England — and the English record is disappointing in the extreme. Even America, which boasts several hundred full-time directors of religious education attached in most cases to Churches and Sunday Schools, could point to no considerable experiment in this field.

The Missionary Education Movement, particularly in the United States, Canada, Great Britain, and Australia, though also in smaller measure in certain countries on the Continent of Europe, has organised a vast number of study circles and issued hundreds of thousands of very excellent text-books dealing not only with the direct activities of Christian Missions but also with the history, literature, social and economic life, and religions of non-Christian peoples. The circles, however, have usually lasted for eight weeks only and nothing has been attempted that could be compared with an ordinary one-year class, to say nothing of a three-year university tutorial class. The Adult School Movement is of course based upon the study of religion in relation to life, and has a splendid record of sustained work, but though it owes many of its finest leaders to the Churches it is independent of all Church organisation. The Student Christian Movement, again, which has proved a magnificent force in religious education, confines itself to work among undergraduates, who cannot logically be regarded as part of the adult education constituency.

What the Churches in all countries have done is to give Christian pioneers and leaders to the cause of workers' education and the youth movements. It would be invidious to select names, but such men as have already been mentioned in this article are happily typical, and their influence upon the ideals of the adult educational bodies to whose progress they have contributed so greatly has been invaluable from the standpoint of religion.

Latterly in England promising enterprises have been started — the Catholic Study Clubs, the Church of England Tutorial Classes, the University Extension Courses in Biblical and related subjects promoted by the interdenominational (but unofficial) Divinity Lectures Committee, and the work of the Woodbrooke Extension Committee. As yet, however, these have been unable to cover very much ground, though their achievements are solid and their prospects of extended activity are encouraging. There

may be similar experiments on foot in other countries, but the present writer has unhappily been unable to obtain tidings of any such.

Two things at least are required by the situation as it has been outlined (very inadequately) in this article.

The first is that the spiritual potentialities of the adult education movement and its significance for international understanding and co-operation should be fully appreciated, and that larger use of these resources should be made in the effort to remodel the world order in accordance with the mind of Christ. Without specific emphasis upon the study of international affairs and relationships the adult education movement is perpetually increasing the knowledge, widening the sympathies, and disciplining the judgement of ordinary men and women. It is bringing them into contact with the history, the thought, the aspirations, the problems of other peoples and races. It is forcing them back upon the fact that behind all plans for the better ordering of the world's life there must be fineness of personal and corporate character, nobility of motive, integrity of mind and spirit. It is helping them to give meaning to experience and to work out for themselves the philosophy of life. Here surely religion has a great ally, if not, indeed, in many respects an *alter ego*.

The second thing becomes all the more urgent if the first be granted. It is that implicit religion should be made explicit, and that religious knowledge should keep pace with religious tradition and feeling. There is as much culpable ignorance within the Churches as there is ignorant prejudice outside of them. A teaching Church has a double duty. It must see that its own members are "thoroughly furnished unto all good works", which means, among other things, knowing what they believe and why. At the same time it must offer to those without, in a way that will command both respect and response, that opportunity of education in religion which is *education*, and not proselytism or propaganda. Indeed, with that provision ready it should challenge the indifferent, sceptical, or misinformed among adherents of the adult education movement in general to defend their misconceptions and misrepresentations — but in the class-room, and not in the debating hall — and to consider an impartial presentation of religion on its intellectual side. Clearly, also, a sound education in religion would do much to remove international misunderstandings and build up more stable and fruitful relationships, not only between Christian nations but also between Christian and non-Christian. On this last point it may suffice to refer to the volumes of the Report of the Jerusalem Conference held last Easter by the International Missionary Council, and especially the volumes on education, race questions, industry, and Christianity as related to other religions.

Education, if it be true education, is more than a matter of the intellect It is the development and harmonisation of all the capacities of an individual personality in relation to the community, the nation, and humanity. It issues inevitably in the service which is perfect freedom. But Christian Education is less likely than any other to forget the words of the Teacher who alone embodied all that He taught: "Ye shall know the truth, and the truth shall make you free".

Zusammenfassung und Résumé v. page 193.

V.

The Just Price in the Mediaeval Economy.

By Ruth Kenyon, J. P., St. Leonard, England.

A year or two ago the ordinary person might have turned away from an article under such a heading as this as being presumably of merely academic interest and of no importance to him at the present day. But times are altered when the captions of a newspaper report of the opening paper in the Economic Section of the British Association's 1928 meeting run thus: "The Just Price. Mediaeval Theories in Modern Business. A German Economist on Cartels." In fact, Professor Moritz Bonn's paper, to which these headlines referred, was entitled "Mediaeval Economic Theory in Modern Industrial Life", and dealt with German theories of price-fixing associations "closely affiliated to the mediaeval conception of maintaining a certain social order and a certain individual income". It is true that Professor Bonn himself deprecated this development. If he must have monopoly, he said, he preferred a thoroughly business monopoly to an ethical monopoly. But there was "a lot of German literature full of the ethical stuff which glorified the cartel". And Professor Gregory of Glasgow pointed out that ideas were not disposed of by merely labelling them mediaeval. "It might be that the development of modern industry was leading us in a direction in which mediaeval economic ideas were appropriate."

If economists are thus discussing the relevance of mediaeval theory, it certainly becomes of interest to know what this theory was and how it was applied. More particularly, we who are concerned to claim the application of the Christian law to social practice shall feel that, while the claim must be made, whether economists approve or not, it is a hopeful omen to find the economists looking in the direction of assumedly Christian ethics.

For the Just Price is an economic idea admitted to be peculiar to Christendom. It is sometimes pointed out that the mediaeval ethic in

general was not derived from properly Christian principles, but was in the main an adaptation of Greek and Roman tradition to the circumstances of the time. But here in the doctrine of the Just Price is one case at least where the tradition failed to pass by Christian standards, and was unhesitatingly rejected, and the Christian principle elucidated. "The whole conception of a just price appears to be purely Christian", says Cunningham.

"What Christian morality ... aimed at", says Ashley, "was not merely the prevention of obvious injustice or deceit, but the fulfilment of the law of Christ, "Whatsoever ye would that men should do unto you, do ye also unto them." In nothing was the contrast between this precept and the conduct sanctioned by the civil law more evident than in purchase and sale ... The Roman law had been that ... 'In purchase and sale it is naturally allowed to the contracting parties to try to overreach one another' ... Against this the Church held out the opposite ideal, that of 'a just price' unaffected by the temporary caprice or need of either party."

Other articles in this series will deal with the economic theory expressed in the doctrine, and the ethical philosophy which lay behind it. Here we may be content to say briefly that the attempt was to give to both producer and consumer their dues; to take into reasonable consideration the force of special desires and common needs; to bring an ethical judgment to bear, anticipating the market price and correcting it by weighting for economically weak but ethically strong factors. "Common estimation" of what a thing is worth approximately declares the just price. The duty of the administrator was to express and enforce this. Our concern here is to indicate the methods of this administration.

The Just Price is assumed in a general way by the Fathers: according to Ashley, the phrase itself is first used by S. Augustine. But it does not become prominent till the Schoolmen begin to work out the meaning of their principles as the Golden Middle Age draws to its climax in the twelfth and thirteenth centuries, as business was developing on the one hand, and learning on the other. In the twelfth century in England the characteristic business organisation was the Merchant Gild of this or that town, which usually remained important also in the thirteenth. Among the aims of the Merchant Gild was the maintenance of fair dealing, and in particular they had rules for selling at the assize or fixed price, and against forestalling. The price regulations, however, which the men of the Gild were sworn to observe, were not usually made by the Gild as such, but by the municipality — with which, of course, the Gild was very closely connected; and offences were tried in the municipal courts. This was in accordance with the theory of the subject. "In the civil state", wrote Gerson, "nobody is to be decreed wiser than the law-giving authority. Therefore it behoves the

latter, whenever it is possible to do so, to fix the just price." Thus at first, in the town economy, we find the matter in the hands of the town authorities; and later, as a national economy develops, statute law begins to take its part. As early as 1202 a Royal Proclamation fixed an Assize of Bread; and this — a sliding scale for the various kinds of loaf, according to the price of corn — was fixed by statute of Henry III, and again from time to time. At about the same period, an Assize of Ale was also statutorily fixed, and general regulations made against forestalling, engrossing and regrating. Administration, however, was referred to the municipalities. Ashley gives an example of the enforcement of the Assize in 1321 in London: —

"A certain William le Bole, a partner with another baker, in an oven in Bread Street, — clearly the home of the London bakers, was charged with making light or 'cockett' bread of less than the proper weight. Two 'bladarii', or corn-dealers, gave evidence that on the last Wednesday, market day, the quarter of good wheat was sold for eight shillings; 'to this twelve pence being added for the wages of the bakers and other necessaries in baking, the quarter is worth nine shillings'. The halfpenny loaf of light bread should, therefore, they say, 'weigh 43 s. 3½ d.' William le Bole foolishly declared that the bread was not of his baking, and that he was not a partner in the bakery in question. At that, the sheriff was bidden impannel a jury of twelve men of the ward of Bread Street, and of other neighbouring wards; and these gave verdict that the accused was a partner, and that his bread was 3 s. 10½ d. under due weight. Where upon for the double offence of breach of the Assize and denial of the co-partnership, William le Bole was condemned to be drawn through the city on the hurdle."

Not all prices were fixed. Those of raw materials, as for example that of corn, were as a rule left to be determined in the market. But it must be an open market, and the forestallers, who bought up goods before they reached it, the regrator, who bought even in the market to sell again at a higher price, and the engrosser, who managed to draw to himself such a share of the goods on the market that he was in a position to dominate the price, were all severely dealt with. For example, at the Norwich Court Leet in 1375 one Roger de Berghen was presented for that he 'to such an extent forestalled divers kinds of corn by himself and his servants, in the market, and in the streets, lanes and gates of the city, that the price of one coombe of wheat rose from 42 d. to five shillings." In London in 1364, John-at-Wood, baker, "cunningly and by secret words whispering in the ear" of Robert de Cawood who had two quarters of wheat for sale, withdrew him from the market and in the Church of the Friars Minor bought the wheat "at 15½ d. the bushel, being 2½ d. over the common selling price at that time in that market", for which he was sent to the pillory.

Thus, statute and municipal law inforced the principle of the just

price, and the Merchant Gild accepted it, having its standards of conduct, though doubtless it was primarily a trade protection society and moreover concerned to prevent under-cutting. But it is in the Craft Gilds and their ordinances that we get the clearest insight into the industrial principles and practice of the Middle Ages. They were essentially organizations of producers, and in production ethics has always had a better chance than in matters of buying and selling. They grew up somewhat later than the Merchant Gilds, and are specially characteristic of the thirteenth and fourteenth centuries with their developing town economy. The theory of the just price was quite welcome to them, because it meant in the first place that a man ought to be able to live by his trade, and in the second place that the men of other trades had no right to raise on him the prices of the things of which he stood in need. The craftsmen entirely agreed with S. Thomas Aquinas that, as Ashley puts it, "if price was to be determined by the rule of doing to others as we would wish that others should do to us, then the maker should receive what would fairly recompense him for his labour; not what would enable him to make gain, but what would permit him to live a decent life according to the standard of comfort which public opinion recognized as appropriate to his class."

We saw that ideally, "on account of the varied and corrupt desires of man", the price should be fixed by the legislator; and that in the case of such fundamental necessities as bread and ale, this was actually done early and continuously. But it was obviously impossible for the legislator, whether King, Parliament or municipality, to fix prices in detail for all the multitude of commodities in common use. It did not therefore follow that the matter was left to the conscience of the individual. The general conception of life in the Middle Ages was not individualistic, but of a *communitas communitatum*. Quite naturally, therefore, the Gilds took the business in hand. Their general purpose can hardly be better summarized than in the words of Dr. Cunningham; it was "the regulation of work in such fashion that the public might be well served, and that the trade might therefore flourish ... the effort was to secure satisfactory conditions for production — skilled workers and honest materials — and to ensure a price which should be 'reasonable' to receive, and therefore reasonable to pay, for such wares thus made." "To invest the Craft Gilds with a halo of economic chivalry", says Mr. Tawney, is "inappropriate. They were, first and foremost, monopolists, and the cases in which their vested interests came into collision with the consumer were not a few ... There are, however, monopolists and monopolists. An age in which combinations are not tempted to do lip-service to religion may do well to remember that the characteristic, after all, of the mediaeval

gild was that, if it sprang from economic needs, it claimed, at least, to subordinate them to social interests, as conceived by men for whom the social and the spiritual were inextricably intertwined. "Tout ce petit monde antique", writes the historian of French Gilds, "était fortement imbu des idées chrétiennes sur le juste salaire et le juste prix; sans doute il y avait alors, comme aujourd'hui, des cupidités et des convoitises; mais une règle puissante s'imposait à tous et d'une manière générale exigeait pour chacun le pain quotidien promis par l'Evangilé."

As an example of the Gild regulations in this matter may be quoted the Ordinances of the White Tawyers of London made in 1346. Beginning "In honour of God, of our Lady, and of all Saints, and for the nurture of tranquillity and peace among the good folks the Megucers, called Whittawyers, the folks of the same trade have by assent of Richard Lacer, Mayor, and of the Aldermen, ordained the points underwritten"; and after providing for "a wax candle to burn before our Lady in the church of All Hallows near London Wall"; for a box for the sick and poor of the trade, for funeral benefits, material and spiritual, for mutual assistance and for officers and overseers, against "false and deceitful working of skins", for apprenticeship, and the like, there follows:

"Also that no-one shall take for working in the said trade more than they were wont heretofore, on the pain aforesaid; that is to say, for the dyker (ten) of Scottes stagges, half a mark; the dyker of yrishe, half a mark; the dyker of Spanysshe stagges, 10 s.; for the hundred of gotes-felles, 20 s.; the hundred of rolether, 16 s.; for the hundred skins of hyndescalves, 8 s.; and for the hundred of kiddes-felles, 8 s."

Similarly, the London shearmen ordained in 1452, that the master craftsman should take for his work: "for shearing of scarlet and all other engrained cloth, every yard twopence ... and for all manner cloths folded and tacked in Genoese manner twopence ... and for folds and tacks of twelve streits in Venetian manner, eightpence." The London Founders got themselves before the Star Chamber in 1507 because of "unreasonable enhancement of prices." They said that —

"divers persons used to make sale of divers wares appertaining to the said mistery or craft far better cheap than the charge thereof cost and stood them in for the making and stuff of the same, to the impoverishment of the same sellers and to the hurt and prejudice of all the whole fellowship. Wherefore it was commoned among them in what wise and price they might sell their wares so that they might have a convenient living thereby, and it was thought amongst them that a chaffing, called a middle, dish, could not well be sold under the price of fourteen pence, and a candlestick, called a small lamp, under the price of eightpence, and a candle-stick, called a great lamp, under twelvepence, if they should live thereby."

If the Craft Gilds, unlike the Merchant Gild, themselves fixed prices, they enforced them partly by their own discipline — "on the pain aforesaid", as in the Ordinance of the Whittawyers, viz. fixed fines for

the first, second and third offences, and on the fourth expulsion from the Gild — but partly also in the municipal courts. "The overseers", said the Whittawyers again, "shall ... loyally present to the Mayor and Aldermen such defaults as they shall find." To some extent also resort was had to the Courts Spiritual, defaulting members being presented before them as having broken their oath of membership. The Just Price, with the rest of Christian social ethics, was also enforced in the pulpit and the confessional. Chaucer's Parson's Tale and the examination by Repentance in Piers Plowman, both based on the Seven Deadly Sins, show how thoroughly practical were the instructions given on the sin of Avarice. "That oother marchandise, that men haunten with frauds and trecherie and deceite, with lesynges and false othes, is cursed and dampnable", says the Parson. —

> "Mayors and macers . means be between
> The king and the commons . to keep the laws,
> To punish on pillories . and pyning-stools
> Brewsters and bakers . butchers and cooks
> That richen through regratery." —

says Langland.

It will have been noted that in some of the cases cited the actual price of wares was fixed, in some the amount which the worker should take for his work done on the material delivered to him. The Gilds also fixed the wages of the journeymen, who, with the apprentices, were regarded as a component but subject part of the Gild. Thus, says Mr. Lipson, "the Bowers craft of York fixed artificers' wages both for piecework and by week. The 'taskman' who worked by the piece received sixteenpence for "chipping" a hundred bows, while journeymen who were not competent for 'taskwork' received twelvepence a week and their food during one half of the year, and eightpence a week and food the other half ... At Bristol the Fullers, at Coventry the Cappers, fixed the wages of their workmen, and at Leicester the remuneration of weavers and women wool-wrappers was also laid down by the Gild." In 1452 the Shearmen of London provided for journeymen strangers. The wardens and assistants were to "see the foreigner work, and conscientiously set his salary betwixt his master and him", after which he should be bound to serve for four years. In general, the journeyman or his apprentice had his appeal from his own master to the Wardens of the Craft. In the fifteenth and sixteenth centuries, however, as capitalist industry developed and a class of permanent wage-earners began to appear, the journeymen or yeomen were no longer satisfied with the "conscientious" judgment of the masters officers, and claimed to organize gilds of their own, "with the object", said the Master Saddlers of London as early as 1396, "of raising their wages greatly in excess." The Saddlers' Gild appealed to

the Mayor and Aldermen, who ordered the suppression of the Yeomen's Fraternity, but said that "if any serving men should in future wish to make any complaint to the Mayor and Aldermen for the time being", they should have justice.

The question of the relation of the Just Price to wages in the modern sense is thus developing. It was not one of great practical importance till after the Black Death in 1349 on the one hand, and on the other the not unrelated capitalist development already mentioned. Till roughly about 1350, the typical countryman had lived on his villein holding, the typical townsman became through his apprenticeship and journeymanship a master craftsman in his turn. The world was fairly stable, and the just price was that payment for wares delivered or work done which would tend to keep it stable. In the scarcity of labour resulting from the Black Death the question arose as to whether justice still demanded that conditions should remain "as they were wont to be". The governing classes, through the series of Statutes of Labourers beginning in 1349, answered "yes". John Ball and the Peasants' Revolt of 1381 answered "no". In fact we have arrived at the beginning of the break-up of the mediaeval world, accelerated, though, of course, not caused, by the Black Death. But the process was a long one: and the setting of a "fair" wage, by statute, by the gild or company, or by the justices, has a history lasting right up to Whitbread's abortive Minimum Wage Bill of 1795.

The Statute (or rather Ordinance) of Labourers, 1349, after recounting how "some, seeing the necessity of lords and the scarcity of servants, will not serve unless they receive excessive wages", lays it down that men and women —

"not living by trade, nor exercising a certain craft, nor having of his own whereby he shall be able to live, or land of his own in the tilling whereof he shall be able to occupy himself, and not serving another man, shall be bound to serve him who shall require him, if he be required to serve in a suitable service, regard being had to his rank, and shall receive only the wages, liveries, hire or salaries which used to be offered in the places where he should serve in the twentieth year of our reign ... Moreover saddlers, skinners, tawyers, shoemakers, tailors, smiths, carpenters, masons, tilers, boatmen, carters, and other artificers and workmen whosoever shall not take for their labour and craft more than used to be paid in such twentieth year ... Moreover butchers, fishermen, hostlers, brewers, bakers, poulterers and all other sellers of victuals whatsoever shall be bound to sell such victuals for a reasonable price, regard being had to the price at which the said victuals are sold in the neighbouring places: so that such sellers have a moderate profit and not excessive."

These orders were sent out through the sheriffs. It is interesting to observe that at the same time similar ordinances were sent (but by way of request) to the bishops, who should not merely command parish priests

to "beseech and persuade their parishioners to labour and to keep the ordinances aforesaid, as instant necessity demands", but also "constrain the wage-earning chaplains ... who, as is said, refuse in like manner to serve without excessive salary, and compel them ... to serve for the accustomed salary, as is expedient." And among the numerous presentments of offences against the statutes made to justices in the ensuing years, we have such entries as "Further, they present that John Galion, vicar of Nazing, will not minister to any the sacrement of marriage, unless he have from each man 5 s. or 6 s., and in this manner by extortion the said John has taken from John Wakerild 4 s. 10 d., from William Gurteben 5 s., from John Mabely 9 s. ... Further, they present that John Hindercle took for stipend from the rector of Parndon for the time of August this year 10 s., against the Statute."

It has sometimes been alleged that these statutes were examples of purely oppressive class legislation. No doubt the legislators had then as now the human habit of seeing things from their own point of view. Still the Statutes give evidence of having been drawn up with reasonable care for men's reasonable rights, and they regulate prices as well as wages. And from time to time we get instances of administration suggesting that the interests of journeymen were not forgotten. Lipson quotes an instance from Chester, where a Company is accused of giving its journeymen "such wages they be not able to live on", and is ordered in future "to give from time to time such wages as shall be appointed by the Mayor." And more doubtfully an earlier case at Coventry, where the city authorities laid down that the serving men of the Weavers' Gild were to "have the third part of the payment for weaving — as they used to have." Unwin, quoting the Chester incident, does not appear able to find other English cases, but says that "numerous parallels might be cited from French sources." Moreover as the class of permanent wage-earners increases, there develops their right to defend their claims by organization in a yeoman's gild, or as a quasi-independent part of the Companies which in the sixteenth and seventeenth centuries superseded the craft gild.

The atmosphere, however, is changing. After the sixteenth century only relics remained of the old idea of a Just Price, the payment of which, and the acceptance of no more than which, was required as a duty before God. Relics and important relics indeed there were, though the idea of national policy becomes more prominent than the thought of religious duty, until both are submerged by the comfortable doctrine —

> "Thus God and Nature formed the general frame,
> And bade self-love and social be the same."

Right up till the last quarter of the eighteenth century the assessment of wages remained fairly common, and the aim of securing a reasonable

maintenance for the workman was not absent from it. Also the Assize of Bread and Beer was enforced, from time to time by Quarter Sessions, and regularly by the municipalities. And forestallers and regrators remained obnoxious to statute and common law, at least so far as regarded their dealings with the fundamental necessaries of life. It is worth while to quote the utterance of a Lord Chief Justice (Kenyon) in 1800 on the occasion of the last prosecution for this offence, to show how the old tradition persisted. He was not alone. "I remember the time," said Sidney Smith, "where ten judges out of twelve laid down this doctrine in their charges". And the doctrine was certainly popular, witness an amusing song of the day, entitled "The Forestallers in the Dumps," and having for chorus

"O sing O the roast beef of old England
Good Lord Kenyon and English roast beef!"

The Chief Justice says: "Though in a state of society some must have greater luxuries and comforts than others, yet all should have the necessaries of life: and if the poor man cannot exist, in vain may the rich look for happiness or prosperity. The legislature is never so well employed as when they look to the interests of those who are at a distance from them in the ranks of society. It is their duty to do so; religion calls for it ... I wish Dr. Adam Smith had lived to hear the evidence of to-day, and then he would have seen whether such an offence exists, and whether it is to be dreaded."

But the regulation of price in general, and the idea of the just price as apart from the idea of ensuring "that all should have the necessaries of life", gradually fades out of view. On the one hand, as commercial life developed on to an increasingly large scale, the obvious personal relationships of buyer and seller changed into negotiations, often long distance negotiations, of business men more or less on an economic equality. "Moving as they did", says Mr. Tawney, writing of the later sixteenth and early seventeenth centuries, in a world of "profitable investment on the part of not too scrupulous business men, who looked after themselves and expected others to do the same, they had scanty sympathy with doctrines which reflected the spirit of mutual aid not unnatural in the small circle of neighbours who formed the ordinary village or borough in rural England ... From at any rate the middle of the (sixteenth) century, the fixing of prices by municipal authorities and by the Government was regarded with scepticism by the more advanced economic theorists". "Merchants' doings", the man of business in Wilson's *Discourse upon Usury* had observed, "must not thus be overthwarted by preachers and others, that cannot skill of their dealing." On the other hand, theologians, preoccupied with doctrinal and ecclesiastical

questions, failed to face up to the complication of the new situation. They did not intend to let the province of conduct in economic life slip out of their grasp. Whether Catholic or Protestant, they discussed it, wrote of it, preached on it voluminously. So late as Baxter's *Christian Directory* we get the old traditions repeated: —

"Have a special regard to the Laws of the country where you live: both as to your Trade itself, and as to the price of what you sell or buy. For the Law is made for the publick benefit, which is to be preferred before any private man's. And when the Law doth directly or indirectly [presumably through Gilds, Companies, etc.] set rates upon labours or commodities, ordinarily they must be observed; or else you will commit two sins at once, Injury and Disobedience. Also have special respect to the common estimate and to the Market Price."

But all this is simply repetition of the old doctrine, and applicable in the old conditions of the local market and the personal relationship. When questions are raised as to dealings "among Merchants and rich men, an act of Merchandize", Baxter owns that he finds the case difficult: "Divines that live in great Cities and among Merchandize, are usually fitter judges in this case, than those that live more obscurely (without experience) in the Country." The tradition fails him. This is Mr. Tawney's special subject, and his summing up must be quoted here: —

"To argue, in the manner of Macchiavelli, that there is one rule for business and another for private life, is to open the door to an orgy of unscrupulousness before which the mind recoils. To argue that there is no difference at all, is to lay down a principle which few men who have faced the difficulty in practice will be prepared to endorse as of invariable application ... With the expansion of finance and international trade in the sixteenth century, it was this question which faced the Church. Granted that I should love my neighbour as myself, the questions which, under modern conditions of large-scale organization, remain for solution are, Who precisely *is* my neighbour? and, How exactly am I to make my love for him effective in practice? To these questions the conventional religious teaching supplied no answer, for it had not even realized that they could be put ... Religion had not yet learned to console itself for the practical difficulty of applying its moral principles, by clasping the comfortable formula that for the transactions of economic life no moral principles exist. But, for the problems involved in the association of men for economic purposes on the grand scale which was to be increasingly the rule in future, the social doctrines advanced from the pulpit offered, in their traditional form, little guidance. Their practical ineffectiveness prepared the way for their theoretical abandonment. They were abandoned because on the whole they deserved to be abandoned. The social taching of the Church had ceased to count, because the Church itself had ceased to think."

Zusammenfassung und Résumé v. page 194.

VI.

The Just Price.

The Moral and Spiritual Factors.

By Rev. Canon A. L. Lilley, M. A., Hereford.

The rules by which the minutest details of human conduct are regulated derive ultimately from some universally accepted principle. When the mediaeval 'Prince' determined the marketable price of labour or of commodities or provided for their determination he was only performing a duty which devolved upon him in virtue of his office. And both his power and the method of its exercise had their universally recognised and sufficient sanction in a conception of justice which was familiar and undisputed throughout the Christian world. My present duty, as I understand it, is to define the exact nature of that conception and its particular application in fixing prices.

For the mediaeval theologian justice was one of the four cardinal virtues. The theological virtues of faith, hope and charity were possible to man only by reason of that unmerited Divine assistance which was called grace. But all other virtues of which man as a creature of reason was capable were grouped round the four hinge-virtues of the Gracco-Roman moralists — temperance, prudence, fortitude and justice. These cardinal virtues were, as it were, the planetary system of the moral heavens. Round each planet a number of satellites revolved. Thus 'religio' or the worship due to God is one of the nine satellite virtues which St. Thomas assigns to the planetary system of justice and treats of in the section of the *Summa Theologica* devoted to justice.

Before considering what justice is in itself it is necessary first to determine what is its end or object. What does it propose to do or effect? Is it the pursuit of a dim and distant ideal, or is it on the contrary the reasonable, and therefore hopeful, effort to be true to the natural constitution of things? Is it aspiration after something unknown or conformity with something clearly known? For mediaeval Christianity there neither was nor could be any hesitation about the answer. The object of justice was the preservation of certain natural rights which were inherent in the constitution of things. The sum of these rights was called *jus*, and this *jus* was, as I have said, implanted in nature. It was indeed capable of division into strictly natural right and the rights embodied in actual human codes, the *jus naturale* and the *jus positivum*. But the only ultimate sanction of the latter was its demonstrable correspondence with or derivation from the former. A positive right which could not clearly establish its legitimate descent from natural right was not right at all, but manifest wrong. So all positive human

law, i. e. the embodiment of right in a written code duly promulgated by the proper authority, was not law but its violation, and therefore was not binding upon conscience, if it could be shown to be in conflict with natural right. Even positive Divine law was for the most part but a clearer affirmation of natural right. This was so without any qualification for the *Lex Mosis* or law of the Old Testament. The Decalogue was the Divine codification as it were, of natural right. If the law of the New Testament or *Lex Christi* did in some measure supplement the decrees of natural right, it at any rate never contradicted them. It had come, not to destroy, but to fulfil.

One further distinction has to be made in order to complete this conception of natural right. The knowledge or simple apprehension (*absoluté apprehendere,* as St. Thomas describes it) of natural right is not confined to men, but is shared with them by animals. Within the ambit of natural right, for instance, are included the relations of the sexes on which depends the continuance of the species, and the support of offspring by their parents. But these natural rights and duties are naturally apprehended as well by animals as by men. On the other hand there are consequences of natural right which only reason can infer. And as reason is the peculiar appanage of man, he alone can draw and act upon these inferences. All such inferences therefore as man in his capacity of rational being has always and everywhere deduced from the principles of natural right, form that portion of the *jus naturale* which is peculiar to man and is known as the *jus gentium.*

Now it will be seen that in accordance with what we may henceforth call briefly the Law of Nature, the *Lex Naturae,* every man has his *jus* or share in the natural right. And it is the object of justice to ensure to every man this his peculiar *jus.* Justice therefore is defined as "the continuous and determined will to allot to every man his special right". *Justitia est perpetua et constans voluntas jus suum unicuique tribuendi.* But the determination of what is the peculiar right of each is by no means an easy matter. By the Law of Nature, for instance, it would seem that it is each man's right to be free, to be master of his own destiny. But from the first men existed in and as a society, and the natural freedom of the individual was therefore conditioned and even, in its now limited degree, guaranteed by this social character of all human existence. Even slavery or serfdom had to be accepted by the mediaeval theologian as a normal element in the constitution of society, and the strictly impossible task of reconciling its existence with the claims of natural law was forced upon him. The relation of slave to master had its analogue in the relation of son to father. The personality of son and slave was virtually merged in the personality of father and

lord, so that "father's right" and "lord's right" had to be kept altogether separate from the ordinary right of the free citizen.

Again natural law provided no sanction for the existence of private property. The treasures of the earth were open to all alike. Yet the fact that a particular tract of land has been cultivated and made fruitful by one man rather than by others gives him a right in it which no other can claim. Again the original human society was a society of equals, designed indeed to guarantee the equal rights of each of its members, so that its determinations were the determinations of a community of equals. But by some process of delegation, conscious or half-conscious, the general right of consulting for the common good had become vested in the "Prince" as representing the community.

Thus the administration of justice, the attribution to each member of the community of his own peculiar right, and further the determination in each particular set of circumstances of what that right was, were the special function of the Prince. In his person the community decreed its own justice and directed its administration. The subject members of the community co-operated in that administration, each in his degree. The community therefore was a structure specially designed for the securing of justice, or the observance and preservation of the right of each, throughout its whole extent. As St. Thomas puts it, "Justice resides in the Prince as its chief source and architect, in subjects as those who give effect to it in a secondary degree." *Justitia legalis est in principe principaliter et quasi architectonice; in subditis autem secundario et quasi administrative.*

It will be seen therefore that it was the purpose and accepted task of the mediaeval theologian to connect the actual structure of feudal society with the known requirements of the Law of Nature, and to inspire it with the conviction that its sole function was to establish and maintain the equality of justice between its members. From either point of view the task was by no means an easy one. The feudal constitution of society with its static hierarchy of orders might well seem to be an almost cynical denial of the conception of freedom which the Law of Nature authorised and enjoined. And equally difficult was it to secure that such a system should with any consistency of resolve function as an instrument of justice. Yet the theologian at any rate never relaxed or intermitted his effort to make its duty clear and to brace it to the performance of that duty. And it must be admitted that he had always a certain moderate success. If princes and subjects alike too frequently in practice neglected or violated the decrees of an eternal and immutable justice, they at least never doubted the existence of those decrees in the

Law of Nature, and their reflection, however blurred, in the positive human laws which they either promulgated or obeyed.

But justice was not merely the procurement of a certain external order of equality or due proportion in the social relations of citizens. That indeed was its primary and essential character. It was directed to the common good, and only through the achievement of the common good was it regarded as contributing to the good of the individual members of the society. It was soon recognised that justice as an external operation or effect might sometimes be the result of unjust or morally dubious actions. Yet justice was also a human virtue, one of the four hinge-virtues. It was, as we have seen, an expression of the will constantly set upon the attainment of the just order. And the just order could not be procured, except accidentally, and if procured could not be maintained, otherwise than in and through a society of just men. Even if justice was to be measured by certain external operations and effects in the body of society, it could never be the result of a merely mechanical adjustment, however shrewdly and carefully devised. To succeed in its purpose of ordering men towards their common good it must be also the moving spirit of the society.

Such then are the main outlines of the conception of justice commended by the mediaeval theologians to a world in which their authority was unchallenged. With that conception and the fact of its universal validity throughout Christendom in our minds, we may perhaps obtain some working clue to its application to particular economic problems. Of these the simplest and yet that which included all others, was the interchange of commodities, or in other words, buying and selling. One man possesses a thing which another needs. He himself needs in the same degree some other thing which the other possesses. The interchange of these things is obviously an interchange of equal advantages or commodities. But the advance from the primitive stage of society in which needs can be satisfied by this barter of reciprocal advantages made necessary the introduction of money as a common symbol and expression of value. It was henceforward the common denomination to which the values of all *things* could be reduced. The value of each thing was the measure of utility or advantage which it conferred upon its possessor, and that value was now estimated in terms of money. The transfer of any utility from one person to another was therefore *just* when an equal utility or the power of obtaining an equal utility was given in return. And this equality of exchange was rendered possible by the just price of each utility or commodity reckoned in terms of money. Any and every fraudulent attempt to alter this just price in one's

own favour either by selling above it or buying below it was a violation of the law of justice or equality, and therefore a sin.

Yet were there no cases in which the equality of value registered in the just price might be violated without sin, without doing despite to the law of justice? Suppose one man had a very special need of a certain commodity and was willing to give more than its just price in order to gain possession of it, was it lawful for him to offer and for the other to receive more? The answer is important as revealing both the solidity and the deftness of construction of the moral palisade with which this whole area of buying and selling was surrounded, more especially as the case supposed must have been one of everyday occurrence. If then the present possessor of the much desired commodity would suffer an appreciable loss by parting with it, he would in that case be at liberty to sell and the other to buy at so much more than the just price as would be a true measure of the loss of the one and the gain of the other by the transaction. Equality which is the measure of justice would be preserved by the equivalence of loss and gain. If on the other hand the seller had no special need of the article equivalent to that of the postulant buyer, he was bound by the law of justice to sell at the ordinary price, though the concession was made to the known weakness of human nature that he might receive a thankoffering from the grateful purchaser. In such strange wise did the *douceur* receive consecration even at the hands of the Christian moralist.

But the just price was not estimated by quantity only, though in so far as it was regulated by the prince or public authority quantity was naturally the chief consideration in its adjustment. Quality however was at least as important in the interests of justice, though much more elusive of public control. Here therefore the character of justice as a personal virtue called for clearer demonstration. It was morally incumbent on the seller to make clearly known to the intending purchaser every defect in the commodity offered for sale of which he was himself aware. And if at the time of sale he was ignorant of such defects and they were afterwards brought to his notice, he was bound to make full restitution of the amount of his accidentally unjust gain. He might indeed be silent as to defects open to the observation of all, as for instance if he were offering for sale a one-eyed horse; for here obviously there was no violation of the conditions of equality on which the justice of a bargain depended. It may be noticed in passing how conventional were the examples selected by the mediaeval theologian. They were for the most part picked up at random from the pages of Cicero's *De Officiis* or some other ancient authority. But his habit of literary dependence did not by any means argue vagueness in his perception of contemporary evils.

Hitherto we have been dealing with a relationship of buyer and seller which to us is so unfamiliar that it needs an effort of imagination to recall it. The interchange of utilities is direct, and it is this direct interchange which is principally, almost exclusively, present to the minds of the earlier Schoolmen. Yet the middleman, the merchant, the negotiator, is already in the field, is indeed on the eve of a rather intensive occupation of it. And, however grudgingly, however much against the grain, a justification of him had to be sought and found. The *negotiator* — our modern 'tradesman' is his exact verbal equivalent — not only sells for more than he buys, but is a tradesman only in virtue of this dangerous habit. I was on the point of adding to the epithet dangerous that of vicious. But St. Thomas pointedly bids me refrain. Trade, commerce, does not of its own nature imply anything vicious or contrary to virtue. But it is directed to an end which is neither necessary nor honourable — the end of gain. And gain, though not necessarily vicious, is not self-directed to an honourable or necessary end. And the desire and pursuit of gain (the *cupiditas lucri*) is specially dangerous because it knows no limit. It is by its nature an infinite desire, this covetousness, this *pleonexia* or will of having more and ever more *ad infinitum*. And trade is therefore morally dangerous because it is motived by this evil desire of gain. Yet it has to be admitted that this motive may be utilised for necessary and even honourable ends. It may serve, especially in times of scarcity or famine, to provide things necessary for the life of the nation. It will thus be necessary for the trader to sell for more than he buys in order to recoup himself and his family during the time of his service. This enhanced price of his wares may still be called *lucrum*, but it is in reality a reward for service and therefore just if it does not exceed the value of the services rendered. But it was just the impossibility of determining this value accurately and the continual temptation to exceed it that caused the suspicion, deepening occasionally into contempt or hatred, which attached to commerce throughout the Middle Ages.

Finally there was the steady recognition by the mediaeval theologian of the most obvious verdict of fact viz: that the value of commodities must change according to the circumstances of various times and places. But at least it did seem within the competence of the general wisdom of a particular locality to determine at any particular time what was the just price of ordinary necessities in that locality. And therefore the prince was encouraged to consult with local *concilia prudentium*, with those who had the fullest local knowledge, in fixing prices for each area. Or he might simply leave the task to the area itself, to the mayor and corporation of a town, for instance, with the usual right of appeal to himself in case of grievance.

Such are the general outlines of the application of the theological conception of justice to the particular case of the price of commodities and service. Probably none of the questions asked by the modern political economists ever occurred to the mind of the mediaeval theologian in anything like the form which they assume for us to-day. For the theologian indeed the *jus oeconomicum* and the *jus politicum* belonged to distinct spheres and were of distinct kinds. The former was confined to the family, the latter extended to relations within the general community. Like the *jus paternum* and the *jus dominativum*, the *jus oeconomicum* was regarded as an application of justice within the limits of a wider personality. The son was in some sense a portion of the father's personality, the slave or serf of the lord's, the wife of the husband's. The Law of Nature was supposed to guarantee the general application of justice in these fields. But in the political sphere, the sphere reserved to positive human law, the one purpose was to preserve the equality of justice against all interference from the unfair use of accidental advantage, which is I suppose what is meant by the modern term 'exploitation'. Equally of course it was its purpose to secure for each individual a 'living wage', again if by that modern expression is meant the bare necessities of life calculated according to the station to which the individual belonged. Again, in all the determinations of political justice the common interest was the paramount consideration and common estimation the invariable test of its relation to individual needs. It will, I think, be seen from what has been said above that the factor of demand and supply was recognised and the changes in price which its existence required provided for, while the very conception of justice — pagan or Christian — was the radical condemnation of *pleonexia* or covetousness. 'Vocation' certainly had its part in fixing the just price in a society which consisted primarily of classes and only secondarily of individuals marooned in those classes. But in such a society the marooning was of Divine decree, and therefore 'Divine vocation' corresponded exactly with the accidents of birth into a particular industrial class.

Zusammenfassung und Résumé v. page 197.

VII.

Les Relations entre Employeurs et Salariés, envisagés au Point de vue Chrétien.

Par M. G. Fauconnier, Industriel de Lyon.

I — Chaque 'Culture' nationale présente des traits qui lui sont propres et la différencient essentiellement des autres 'cultures'. En un sens, chacune d'elles est un organisme vivant, autonome, occupant une

place à part: Culture française, culture anglo-saxonne ... évoluent séparément depuis des siècles.

Cependant, à un moment déterminé — le temps présent par exemple — l'historien peut dégager les caractéristiques, les aspirations, les idéaux communs aux peuples de races blanches, et définir avec exactitude en quoi consiste la 'Civilisation' moderne de l'Europe et de l'Amérique.

Il apparait que celle-ci, pour employer une expression de L. Ziegler, est "quantitative". Elle n'est plus "créatrice" de "valeurs" uniquement spirituelles, comme l'étaient — dans des directions différentes — la communauté grecque, la société chrétienne médiévale ... La civilisation moderne tend vers un idéal de domination humaine sur la matière, en vue de l'accroissement indéfini du bien-être moyen; l'homme moderne recherche la maîtrise, non sur ses instincts, sur le "monde intérieur", mais plutôt sur les phénomènes naturels extérieurs. La primauté de l'économique est en évidence, et l'activité intellectuelle s'oriente de préférence vers la recherche scientifique, aboutissant dans l'ordre pratique à d'incessants perfectionnements techniques.

La mise en œuvre des moyens ainsi dispensés est à son tour permise par la puissance d'action de l'Argent-Capital, créateur d'entreprises industrielles.

L'idéologie en faveur a donné à cette évolution générale de plus en plus accusée de notre Civilisation, le nom de Progrès. Il entre une part considérable d'illusion dans cette conception, puisque chaque décade voit la rançon de ce progrès devenir plus lourde. Si certains d'entre nous ont le privilège de jouir, à des degrés différents, d'une existence embellie par un bien-être matériel croissant, d'autres, les plus nombreux, peinent toujours plus durement pour assurer leur stricte subsistance. Les "employeurs" possesseurs de l'Argent-Capital, chefs d'industrie, banquiers, grands commerçants, profitent pleinement de la prospérité du régime dont ils ont préparé l'épanouissement depuis trois siècles. D'autre part, les conditions d'existence de la masse des "salariés", bien qu'améliorées dans une certaine mesure sont encore trop souvent médiocres et surtout précaires; elles n'ont pas accompagné la marche ascensionnelle du "progrès" tant vanté avec une égale rapidité. La constatation d'un tel état de choses a lentement accumulé les aigreurs et les rancunes mutuelles. Peu à peu, sous l'influence de théoriciens économistes, s'est ainsi dégagée la conception des classes, privilégiées ou déshéritées, doctrine de lutte sociale issue des critiques de l'école matérialiste historique. Entre le Capital et le Travail, les Employeurs et les Salariés — le fossé semble chaque jour se creuser plus profond; à mesure que la question de leurs relations mutuelles s'impose plus pressante, la solution du problème parait se dérober davantage.

II) Or, la meilleure méthode pour étudier un phénomène historique consiste lorsqu'on le peut, à remonter à son origine et à rechercher comment il est né et s'est développé. Pour traiter la question des relations entre le Capital et le Travail, dans toute sa complexité, il faut évidemment envisager le développement des faits dans chaque culture particulière. On est ainsi amené à discerner certains traits essentiels communs.

Sous le régime de l'Artisanat (corporations médiévales) aucune différence essentielle n'existait entre les Maîtres et les Compagnons. Dès le XVII^{me} siècle, à Lyon, la distinction s'établit entre les maîtres-marchands et les maîtres-ouvriers (réglement de Colbert, 1667). Le réglement de 1744 consacre la dépendance économique de fait des maîtres ouvriers de la soie, qui deviennent les salariés des marchands (H. Sée). Le marchand fournit la matière première et les dessins d'armure; il fixe le prix maximum de façon et n'établit le salaire qu'une fois le travail terminé. A mesure que la production et les débouchés s'accroissent, les marchands — détenteurs des capitaux — font de plus en plus la loi aux ouvriers qui ne disposent d'aucune avance; ils en emploient un nombre de plus en plus grand, et baissent les salaires.

Peu à peu la concentration commerciale ainsi réalisée entraîne la concentration industrielle, c'est-à-dire l'installation dans un vaste bâtiment unique, de tous les ateliers particuliers coopérant à la fabrication. Aux 18^{e} et 19^{me} siècles, l'introduction du machinisme, en concentrant dans les manufactures les outils mécaniques indispensables à la fabrication, en spécialisant les ouvriers, transforme finalement le négociant entrepreneur en "patron" industriel. L'artisan, autrefois indépendant (maître ou compagnon) devenu incapable d'entreprendre lui-même, est définitivement tombé au rang de salarié. Le développement de l'Argent-Capital a donné son caractère distinctif au régime économique moderne. Il a accentué la différence des conditions entre l'Employeur souvent anonyme, et la masse, anonyme elle aussi, des salariés de l'industrie; vulgairement, entre le Capital et le Travail.

III) Il est remarquable que l'évolution de l'Economie sociale ne se soit pas accomplie, depuis trois siècles, en dehors de toute préoccupation morale ou religieuse, comme pourrait le faire supposer le caractère presque strictement déterministe de son développement. Alors que l'Eglise, durant le moyen-âge, condamnait en toute occasion le prêt à intérêt, assignant en somme, à l'argent le seul rôle de valeur d'échange, elle accepte tacitement d'abord, depuis le XVI^{me} siècle, puis ouvertement, la conception calviniste. Ainsi que l'ont remarqué Max Weber, puis Troeltsch, celle-ci considère comme louables le travail, l'exercice sérieux de la profession et, par voie de conséquence, elle accepte comme légitime l'acquisition individuelle des richesses. Il n'y a plus de dualisme radical entre le Spiri-

tuel et le Temporel. La discipline religieuse devient essentiellement une règle personnelle de vie morale: elle pénètre l'activité de chaque jour. Le marchand, l'industriel chrétiens voient dans leur réussite le signe favorable de l'approbation divine: lorsque les Pélerins de la "Mayflower" fondent les premiers établissements américains, ils préludent dans le cours des siècles à l'œuvre grandiose, bénie du Seigneur, dont la prospérité des U. S. A. d'aujourd'hui marque l'éblouissante apothéose ...

Ainsi peut-on dire que l'esprit chrétien moderne, imprégné de la Réforme, a puissamment contribué au triomphe de la Société contemporaine à base capitaliste.

IV) Méditant sur l'enchainement de ces réflexions en apparence indépendantes, mais dont le lien semble maintenant plus facile à discerner, l'Industriel, le Commerçant chrétiens ne peuvent que mesurer le poids de la grave responsabilité qu'ils portent vis-à-vis du monde tourmenté auquel ils appartiennent, et vis-à-vis surtout de ceux-là même qu'ils emploient. Doublement responsables, d'abord comme disciples du Maître, ensuite comme héritiers et continuateurs des fondateurs — chrétiens conscients et authentiques — de l'ordre social actuel, ils ont l'impérieux devoir d'agir, en dehors même, provisoirement, de toute préoccupation doctrinale ou politique. Les théories sociales issues de la critique des faits économiques ont certes une incontestable valeur, mais on peut en somme, considérer leur rôle pratique comme analogue à celui de l'hypothèse dans les sciences exactes: elles ne renferment pas la vérité définitive, mais une partie des conclusions qu'elles suggèrent sont immédiatement applicables et restent acquises. Ainsi peuvent lentement progresser sur un point, puis sur un autre, nos complexes organisations. Mais par contre, dans le domaine de l'âme, lorsque les relations sociales sont envisagées sous l'angle du sentiment altruiste, l'esprit généreux de l'Evangile doit régner souverainement. C'est là la tâche essentielle du chrétien; car tout essai de réalisation sera voué à l'échec, s'il n'est vivifié, sanctifié par le souffle de cet esprit évangélique.

Ainsi s'exprime le Message de la Conférence Universelle de Stockholm: "Au nom de l'Evangile, nous avons affirmé que le régime économique ne doit pas être fondé sur l'unique recherche du profit particulier, mais sur la préoccupation de l'intérêt général ... Les possesseurs de la richesse doivent se considérer comme les économes responsables de Dieu ... Seul, un régime de coopération, remplaçant la lutte sans merci de tous contre tous, rendra possible un état social où employeurs et employés trouveront les uns et les autres dans leur travail particulier, le moyen de remplir ici-bas leur véritable vocation."

V) Certes, envisagée sous cet angle, la tâche des employeurs chrétiens est lourde, mais elle constitue le plus beau témoignage de foi active,

la preuve la plus décisive qu'ils comprennent les nécessités de l'heure présente, qu'ils acceptent les responsabilités incombant aux chefs véritables. Cette tâche est à la fois d'ordre matériel et d'ordre moral: elle exige du tact, de la délicatesse, un sens averti des réalités, une science accomplie de la vie.

Le travail en commun place les salariés dans de médiocres conditions pour rester des chrétiens dignes de ce nom. Innombrables sont, dans les milieux ouvriers, les cœurs aigris, les révoltés, les déchus. Mais les chefs d'entreprise peuvent, dans une large mesure, combattre ces mauvaises conditions. D'abord ils peuvent, en allant à eux et en gagnant leur confiance, essayer de comprendre et de connaître le plus grand nombre possible de leurs employés et ouvriers. Il n'y a là aucun danger pour l'ordre et la hiérarchie, nécessaires dans une usine, et l'esprit de camaraderie se révèle au contraire précieux dans bien des circonstances. L'action personnelle du Chef est indispensable dans ce domaine. Il faut qu'on le voie, qu'il ne se retranche pas derrière des antichambres, des subalternes, des formalités, qu'il considère comme une chose nécessaire le maintien des relations virilement confiantes entre lui et ses ouvriers. Le temps qu'il leur consacre n'est pas perdu. Il doit profiter de toutes les occasions propices pour rester en contact avec son personnel, pour pénétrer les sentiments de ceux qu'il commande, les encourager à discuter les ennuis qu'ils peuvent avoir à l'atelier comme au dehors. Les ouvriers sont toujours très sensibles aux actes de bienveillance et de sympathie personnelles, qui établissent un lien de cordialité entre eux et leurs patrons. Le sentiment qu'on leur fait justice, qu'ils sont traités non comme de l'outillage mais comme des hommes, élève leur caractère, les rend droits et loyaux. Ils travaillent avec coeur et deviennent plus serviables les uns envers les autres. Savoir qu'on s'intéresse à eux, qu'on les connaît, eux et leurs familles, qu'ils peuvent parler, s'expliquer, qu'ils seront aidés dans leurs difficultés privées, leur ôte toute aigreur, toute envie de crier sans cesse à l'injustice. Si eux-mêmes ou bien leurs enfants, tombent malades, le chef d'industrie ou sa femme ne devra pas craindre de rendre visite à la famille; le geste impersonnel et administratif du secours matériel sera ainsi doublé des simples mots du coeur et de la foi, si consolants pour l'âme éprouvée, et qui donnent à la démarche sa valeur humaine et chrétienne.

Rien ne peut remplacer les rapports personnels du chef avec ses employés et ses ouvriers, car ils sont nécessaires — s'ils ne sont pas suffisants — pour préparer l'union et la collaboration de tous.

Il est bon également que, dans les entreprises de grande et de moyenne importance, le personnel supérieur puisse, par l'organisation de réunions et de causeries, contribuer à l'éducation technique des ouvriers,

à l'élévation de leur niveau spirituel et moral. Eveiller les humbles à la vie de l'esprit et de l'âme, guider leurs aspirations, étudier avec eux les problèmes sociaux sous une forme simple, mais à la lumière des principes chrétiens ... ce sont là encore des tâches dont la noblesse vaut qu'on les entreprenne et qui aideront puissamment à l'apaisement, au salut individuel et social.

VI) Que peut encore l'initiative des employeurs dans le domaine des améliorations purement matérielles du sort des ouvriers?

Il y a longtemps déjà, l'Encyclique "Rerum Novarum" attirait l'attention sur la "misère imméritée", des ouvriers salariés, et précisait que le salaire doit payer à sa valeur le travail humain. Celui-ci valant au minimum ce qu'il coûte à l'ouvrier qui le fournit, le salaire doit assurer au minimum la subsistance du travailleur sobre et honnête.

Subsister veut dire: alimenter l'activité humaine que le salarié met au service de celui qui l'emploie. Toutefois, l'ouvrier moderne apportant en somme, sa vie entière à l'ensemble producteur dont il fait partie, c'est cette existence même, dans ses besoins fondamentaux et avec ses risques essentiels, que doit assurer le salaire. L'ouvrier ne doit pas sa vie durant rester dans la hantise de catastrophes toujours menaçantes.

Si donc sa volonté de travail demeure impuissante à l'en garantir, comment ne pas voir que, de cette crainte, de cette désillusion sans cesse renouvelées, naitra fatalement une souffrance lancinante qui s'aggravera avec les ans et que le salarié jugera "imméritée" au premier chef? L'expérience du dernier siècle, qui a inauguré le régime du "salariat" est là pour démontrer que la masse immense des ouvriers n'a pas trouvé dans ce régime le minimum de sécurité qu'elle était en droit d'en attendre. Y pourvoir est difficile, coûte cher? Mais que n'a pas coûté à la production, depuis cent années, la mauvaise volonté ouvrière, suite inévitable d'une souffrance qui ne pouvait pas ne pas naître?

Pour tempérer — en attendant mieux — cette insécurité perpétuelle, on a imaginé d'élaborer les lois récentes dites "d'assurances sociales". Ces lois sont à l'essai dans la plupart des Grands Etats Européens, et le devoir des patrons chrétiens est, non seulement d'en faciliter l'application, mais encore d'indiquer aux hommes publics quelles modifications, quels perfectionnements seraient susceptibles d'en faire les véritables instruments de la paix sociale et de la collaboration des classes dans une même patrie.

Dans le cadre plus restreint des entreprises privées, beaucoup d'œuvres sociales peuvent être envisagées, qu'il s'agisse d'améliorer le sort matériel de l'ouvrier pris dans son ensemble — standard de vie — ou bien de protéger le personnel contre les risques de toute nature. Dans le premier ordre d'idées l'octroi de "parts de travail" a été réalisé avec un fréquent

succès. Suivant son mérite, chaque "participant" reçoit une ou plusieurs parts représentant chacune 1°), une somme fixe à toucher en fin d'année 2°) une somme plus forte (double ou triple) inscrite à son compte personnel, et rapportant un intérêt annuel qui vient s'ajouter au capital. Ce système fonctionne dans plusieurs usines françaises et donne d'excellents résultats.

La construction de maisons ouvrières hygièniques et confortables — dans les entreprises de grande importance — a l'avantage d'offrir un foyer, une vie de famille à tous ceux qui éveillés d'autre part à un idéal, ne peuvent plus végéter dans le taudis et devenir la proie de l'acoolisme ou de la débauche. Des salles de lectures communes, des bibliothèques gratuites complètent cette organisation, et les entreprises d'importance moyenne auraient avantage à la réaliser en se groupant pour en supporter les frais.

En ce qui concerne les risques de toute nature, il faut remarquer que l'aide médicale tend à se généraliser de plus en plus. Sur ce terrain, il n'y a donc guère à envisager que des perfectionnements de détail. Actuellement, l'aide médicale comporte la consultation gratuite, les soins pharmaceutiques gratuits, l'allocation d'indemnités de maladie etc....

Enfin, l'une des formes les plus intéressantes de l'action sociale consiste à aider les familles des salariés: primes aux familles nombreuses, protection de la maternité avant et après l'accouchement (avec indemnité de chômage) créations de crèches pour l'allaitement et les soins aux bébés, passages fréquents de visiteuses dans les demeures ouvrières afin de donner des conseils aux jeunes mères.

Le cadre de cet article ne me permet que de citer en passant les œuvres réalisées par la solidarité des salariés eux-mêmes: caisses de secours en cas d'accidents, création de coopératives etc. ... œuvres pour lesquelles les syndicats chrétiens du Nord Français ont été proposés comme modèles. Il est d'ailleurs juste de remarquer à ce sujet que les syndicats chrétiens, tout en défendant avec la fermeté nécessaire les droits des salariés, ont beaucoup fait depuis leur création, pour l'apaisement social et le rapprochement, la collaboration des classes. C'est pourquoi les chefs d'industrie chrétiens ont tout à gagner en se rapprochant de ces syndicats et en favorisant leur œuvre.

Depuis la guerre enfin, un organisme mondial a été institué, le Bureau International du Travail, groupant les représentants des Etats, des Patrons et des Ouvriers. Son but est de faciliter la coopération entre les classes, en créant un centre permanent de liaison et de rapprochement, où les problèmes du Travail — moraux et matériels — sont examinés objectivement, en confrontant les différents points de vue de manière à trouver chaque fois un terrain d'entente. Les résultats considérables

déjà obtenus, exprimés soit sous forme de recommandations, soit sous forme de décisions impératives acceptées par les Etats, ont montré quels avantages on pouvait retirer des conversations directes entre employeurs et employés. Là encore, patrons et syndicats ouvriers chrétiens ont à leur disposition un instrument d'action précieux et puissant.

VII) Les différentes considérations qui précèdent sont très incomplètes, et il faudrait un ouvragentier pour étudier tout ce qui peut être tenté dans le but d'améliorer les relations entre employeurs et employés, en se plaçant sur le terrain chrétien. Quoiqu'il en soit, l'essentiel était d'indiquer quels principes généraux peuvent guider l'effort social de l'employeur chrétien, et de préciser dans quelles directions principales il doit orienter son action. La tâche est rude, ainsi qu'il est observé plus haut, elle demande de la patience et des sacrifices. Les préjugés, les hostilités, les réactions violentes viendront la rendre plus pénible, mais finalement l'œuvre accomplie sera féconde, et conforme à la volonté du Maître. Faire un noble usage de la puissance conférée par la richesse, acheminer les humbles à une vie matériellement et moralement plus humaine, c'est bien là en effet une œuvre d'amour désintéressé, de charité chrétienne dans le sens le plus haut et le plus vrai du terme. C'est en un mot "agir selon l'Esprit".

Alors, suivant les termes du Message de Stockholm, nous serons en mesure d'obéir au Commandement du Seigneur: "Faites à autrui ce que vous désirez qu'on fasse pour vous".

Abstract und Zusammenfassung s. page 198.

VIII.

Industrial peace meetings in Sweden.

By Dr. Manfred Björkquist, Principal of the Sigtuna Foundation.

I. Another Stockholm Conference.

On the 30th November and 1st December 1928 a Conference, probably unique of its kind, was held in Stockholm. At the invitation of the Minister for Social Affairs, Mr. Lübeck, about 200 representatives of employers and workers assembled in the meeting place of the Second Chamber to discuss the problem of peace in the labour world. Among those present were the Leader of the Union of Swedish Employers and the foremost man of the Swedish trades unions, the chairman of the National Organization[1]). Newspapers of all colours — excepting the Communist — had approved of the idea.

[1]) *The Employer's Union* (Arbets-givare föreningen). A society of Swedish employers aiming at the protection of employers' interests especially in struggles respecting wages, etc.

The enterprize was a daring one. So it gives one all the greater pleasure to know that the Conference met with all the success that one could desire. Its aim had prudently been limited to that of making an inventory of the possibilities of agreement on various points which, under the present circumstances, had been tried or were capable of being tried. Highly interesting information was also given respecting successful attempts to promote local cooperation in various places, to bring about greater confidence and to create a stronger joint feeling for the common enterprize.

The problems of industrial rationalization were subjected to lively discussion and it was noticeable that the representatives of Labour displayed a growing understanding of this matter.

The Conference was anxious to dissociate itself from all utopian aspirations. It dug down to the existing community of interests. It was the clear interest of both parties to strive to escape from the economically disastrous quarrels in the labour market in order to attain less primitive forms of settlement.

Furthermore it was pointed out what an advantage we Swedes possess in that we belong to the same race, enjoy the same religion and also have so much in common in regard to education. This highly facilitates personal cooperation but, on the other hand, enhances the need of the parties meeting as equals and with due respect for each other's personal dignity.

The most conspicuous visible result of the Conference appears in the form of a resolution which expresses the desirability of a delegation being appointed "with the task of summarizing the opinions and proposals of the Conference in so far as they gained the general approval of the members and to make proposals for action calculated to realize the aim of the Conference to promote agreement and industrial peace to the profit of Industry and of the community as a whole". The Union of Swedish Employers and the National Organization were requested to appoint five members each to this delegation and, in addition, the Government was also to appoint a suitable number of members.

It is manifest that far more important than a resolution of this kind is the dawn of a new attitude which is characterized by the issuing of an appeal for mutual understanding in a sphere where men used to speak mostly of class-conflict and the clash of interests.

The way was paved for this conference, directly or indirectly, along various lines. The experience gained by the different parties

---

The National Organization. **The main union of organized Swedish workmen, embracing the majority of Swedish trades unions and societies.**

during negotiations where their representatives have been in personal contact and obtained first-hand knowledge of the situation, has been of very great significance. While open strife is going on, however, it is hard to meet in free, frank and confidential discussion. What is needed is to establish connections and opportunities of confidential approach between the actual conflicts. The main pioneer work has, of course, been done at those centres of industry where the employer has been able to call forth a spirit of happiness and integrity and the feeling of common responsibility. Testimony from that quarter undoubtedly made the strongest impression on the Conference. The direct efforts made to create more permanent forms for meetings and councils were not the least interesting.

II. From Sigtuna to Stockholm.

It will surely be of especial interest to readers of this magazine to know something about a series of conferences which, inter alia, for the cause of industrial peace have been held at the Sigtuna Foundation, Sigtuna, when a number of the leading men in the aforementioned great conference at an earlier date met representatives for the religious and cultural life of Sweden. The Minister for Social Affairs, Mr Lübeck, who took the initiative in the Stockholm Conference, took an active part in these Sigtuna conferences.

At the outset a few words on events prior to in the Sigtuna conferences may be offered.

During the summers of 1912, 1913 and 1915 a score or so of people, working-men and junior university students, the latter mostly belonging to the so-called Crusader movement[2]) — spent a few days together at the small watering-place of Johannesdal to exchange views on religious and social questions. The war interrupted this series of meetings. The idea did not die however. Some of the leaders at the Johannesdal meeting, e. g. Dr. Natanael Beskow and Dr. M. Björkquist, issued in the Spring of 1922 an invitation to a similar conference to be held at the Sigtuna Foundation on three days in May the same year. The invitation contained these words: "The time is full of questions. And is it not exactly questions of religion and of the shaping of society and of the mutual relations of these two which are in the forefront?" The conference came about and reckoned about sixty members. Among the labour representatives were Social-democrats, Syndicalists and "young"

---

[2]) A movement, chiefly among university students, aiming at a deepened view of the call of the National Church and the awakening of a new activity in her spirit. Motto: Sweden's people — God's people.

socialists. Since then meetings for "hand and brain workers" have been held at Sigtuna every year. The interest taken is undiminished. Indeed, the increased number of participants tells rather of growing interest. As a rule, one day of these meetings is given up to conversation on some social or economic question and one day to ethical or religious questions.

At one of the early Sigtuna meetings Mr. K. Öhman, an employer, was present as a casual guest. He was particularly interested in this form of counsel and deliberation, and thought that similar meetings should also be held between employers and university students. Such a meeting took place at Sigtuna in Oct. 1923 with a membership of about thirty. The invitation issued contained the following words regarding the aim of the conference. "The world situation makes it the paramount duty of all who are able to feel responsibility for our common human life to seek, according to the measure of their power, to throw light on the causes of that dissolution in the social, economic and industrial spheres which we behold, and to lay down the principles which must underlie our common work within these different spheres, if that work is to be marked by mutual confidence and good will and thus promote the welfare of all."

The programme of the conference included inter alia the following subjects:

"The connection between spiritual life and material culture" by Proefssor of Divinity A. Runestam: "Christian ethics and industrial life in our day" by Dr. N. Beskow; "The position of the employer" by Barrister von Sydow, the head of the Union of Swedish employers. Other speakers dealt with "the Labour question and the Labour movement", "the actual ethics of industrial life in the light of history" by Professor E. Heckscher, one of the best known economists of Sweden. The meeting closed with a lecture by Dr. Björkquist on "A new spiritual life — vision — the new man".

In Oct. 1924 a second conference was held, attended by about forty members. The programme included, inter alia, discussions on "industrial democracy" and "educational problems from the industrial point of view". Among the speakers was Archbishop Söderblom who, inter alia, spoke of the coming Stockholm Conference.

At one of the Workmen-Students meetings aforementioned, a proposal had been made that meetings should be held for all three groups in common. After careful preparation such a meeting between *workers, employers* and *university students* came about on Nov. 27 th and 28 th 1925. About thirty delegates attended. The subject for deliberation was "Class warfare". After an introductory historical speech by a social

statistician one representative for the employers and one for the workers spoke. Moreover, two or three students spoke on "Class warfare from the ethical standpoint". A lively discussion followed during which a noteworthy speech was made by one of the leading bankers of Sweden. All the delegates lived at the Sigtuna Foundation and the personal intercourse between the deliberations was naturally not the least important result of the meeting. The interest shown was great and the meeting resolved that a similar conference should be held the following year. This took place in 29 th and 30 th Oct. 1926. The general subject for debate was: "The present conflicts in industry and the way to their elimination". The questions of industrial democracy, partnership, profit-sharing etc. as well as Conciliation and Arbitration were dealt with. Archbishop Söderblom spoke independently on "Our spiritual legacy".

The last and best attended of these meetings took place on 9 th and 10 th March 1928. The subject for deliberation was "Unemployment", special attention being paid to unemployment among young people. The perils of the latter were illustrated from various points of view. H. R. H. the Crown Prince of Sweden took part in this meeting.

The Sigtuna meetings have had an extremely intimate character. They have never been reported in the newspapers and, consequently, members have been able to speak to each other from the heart without fear of misunderstanding or misinterpretation. In spite of this or, perhaps, because of this, the meetings have had no little significance at a time when it behoved us to create a new mentality in this sphere of life.

The question has been asked whether the Sigtuna meetings should be continued now that the great Conference for industrial peace has taken up the questions they have been concerned with. The Committee for the meetings has recently decided unanimously to go forward along the Sigtuna line. It is held that there is now more insight than ever before into the significance of such intercourse and it has also been urged that the Sigtuna meetings aim at bringing these problems into their proper connection with the general problems of the spiritual life. They have asserted the significant fact that this movement does not leave out of sight the great problem of humanity. This line of action must be followed up if the great movement is not to be rent asunder in the hard clash of interests. We must meet not only as owners of interests but also as responsible human beings who bear in mind the deep things that connect us and lay obligations on us behind all interests.

Zusammenfassung und Résumé v. page 200.

IX.

Co-operation in the Trade Union Movement in the United States.

By James Myers, Industrial Secretary of the Federal Council of Churches, New York.

Within the past few years there have developed significant trends toward co-operation and a new philosophy of industrial relations in the trade union movement in the United States.

In the past, the churches of this country have looked askance upon some of the tactics of the labor unions as unethical and anti-social, particularly the "make-work" policy or restriction of production practiced by some unions, the too-ready recourse to strikes, and the use of threats, and violence. Those who have been thoroughly informed on the subject have known, of course, that employers have often adopted similar tactics. Employers have at times shut down their factories or worked short weeks in order to restrict production and keep up prices. Employers have also had recourse to lock-outs and to intimidation and violence through their hired gunmen during industrial conflicts. An abominable spy system maintained in many industries, and frequent denials of civil liberties and abuse of police power during strikes have added to labor's bitterness. But two wrongs do not make a right, and it has been of deep interest to the churches to note the tendency of the regular trade unions in America more and more to avoid the use of the strike, except as a last resort. It is still more significant to see organized labor consciously adopting a policy of co-operation with management, looking toward the elimination of waste, and the increase of efficiency and production in industry. This comparatively new policy of official unionism in the United States has gained the hearty approval of church leaders.

It will be interesting to note here some of the official resolutions of the American Federation of Labor on this subject. At its convention in 1924, the first official resolution on this subject was adopted. A year later the policy was still more clearly stated, when the American Federation of Labor urged upon management "the elimination of waste in production in order that selling prices may be lower and wages higher", and recommended co-operation with employers in the study of eliminating waste in production. President Green characterized this resolution as the "annunciation of a new era — a position far in advance of any we have taken before". The following year the Executive Council of the American Federation of Labor declared: "We hold that the best interests of wage-earners as well as of the whole social group are served by increasing production in quality as well as in quantity." Subsequent annual conventions have confirmed the policy of co-operation.

In a number of unions this policy has been put into actual operation. The best known of these plans of union-management co-operation is that of the shop craft unions with the Baltimore and Ohio Railroad. Nearly six years ago an agreement was reached between these unions (affiliated with the American Federation of Labor) and the management of the Baltimore and Ohio, granting recognition to the unions and providing for co-operation between management and men for the efficient operation of the shops. The union officials and members of "shop committees" who had before come into contact with the management only in order to adjust grievances now meet in joint conference with local foremen and superintendents at stated times in order to discuss suggestions for improving the efficiency of the shops, routing of materials, improvements in system, process, and machinery. District and system joint conferences are also held between the higher officials of the unions and the higher officials of the road. A new morale has resulted. The union men take an interest not only in higher wages and better working conditions but in helping to make the shops so efficient and productive that improvements in working conditions and wages have been economically possible. Grievances declined from an average of one to every 58 men to one to every 138 men. Out of a total of over 24 000 suggestions from the workers for increased shop efficiency and better working conditions, over 20,000 were adopted by the management and actually put into effect during the first four years of the new agreement. The plan has now spread to a number of other railroads, including the Chesapeake and Ohio, the Chicago and Northwestern, and the Canadian National Railways.

A number of other unions have developed interesting efficiency features, including the newspaper engineering service set up by the International Printing Pressmen and Assistants Union, which "supplies expert mechanics to publishers on request to readjust machinery and equipment, to overcome defects, and to apply all necessary remedies in order to keep the industry up to maximum efficiency". It also advises in regard to the layout of new plants and offers suggestions for the elimination of technical inefficiencies in operation.

The tapestry carpet weavers' union and the upholstery weavers' union are taking intelligent attitudes of concern for scientific management and efficient production in their industries. In one case at the request of the owner, the union placed its own man as manager of a plant and is reported to have doubled production as a result of the new discipline and efficient management introduced.

The American Federation of Full Fashioned Hosiery Workers has a national policy of insistence upon high standards of workmanship, with consequent reduction in waste. This is an important item in silk hosiery

plants, because of the expensive materials used. These union workers operate on the piece-work system and favor the highest production, as well as the best quality. The union's interest in efficiency and production makes it possible for the management of different plants to secure results from special efforts to enlist the workers' further assistance. One concern has installed a valuable educational technique. When a new union shop committee is elected, the firm takes the members to its other plants and to its stores in New York. The Committee thus becomes acquainted with the whole process of production, until the finished product reaches the consumer. At the store, the union committee stands at the complaint desk and hears what customers have to say about imperfect goods! They realize as never before the problems of the company in maintaining its reputation, and the rank and file of the union members as a result are enlisted in an earnest effort to maintain efficient workmanship and a high quality product.

Robert B. Wolf, a prominent industrial engineer, formerly manager of the Spanish River Pulp and Paper Company, also demonstrated in his mills the remarkable possibilities of response from union men to arrangements of work which made possible greater self-expression of the worker on his job, and the liberation of the creative impulse in industry. Mr. Wolf maintains that permanent progress in increasing production, eliminating waste, improving quality and lowering costs, can only be made where progress is continuously and accumulatively recorded for the benefit of management and workers.

A number of other unions offer illustrations of co-operation, but perhaps the most striking case is to be found in the clothing industry. Arthur Nash, clothing manufacturer of Cincinnati, for some years operated his factory on the Golden Rule. Wages were raised, hours shortened, conditions improved, and profits distributed. Mr. Nash, however, finally decided that neither he nor his workers were living up to the Golden Rule. They were selfish in seeking benefits only for their own plant. He decided that the only practical way to help raise standards in the entire industry was to persuade his workers to join the union. I had the privilege of being present at the great meeting of the three thousand workers of this company when Mr. Nash appealed to them to join the union — an event quite unique in American industrial history. The Nash workers are therefore now members of the Amalgamated Clothing Workers. This union is not affiliated with the American Federation of Labor, but it has assumed a position of leadership in its particular industry. Although Mr. Nash has died, the union is carrying on a high degree of co-operation with this company, as well as with others in the clothing industry.

Robert W. Bruere, writing in the *Survey Graphic* (May, 1927),

quotes interesting incidents in the life of the Nash plant under union relations. Among other citations he transcribes from the notes of the files of the union as follows:

"In the pants shop, the right fly stitchers complained that there was not enough work for the two workers that made up that section. This was a complaint of long standing. The union was called in, and we suggested that this work be combined with the lining sewing section, thereby eliminating extra handling and having four people doing the combined operations instead of five. The fifth worker was placed on other work where she could earn as much or more than in her old job." This is an excellent illustration of the engineering service offered by the union and of its intelligent methods of analyzing and adjusting difficulties. The Amalgamated Clothing Workers maintains a Research Department at its National headquarters. The Director holds the degree of Ph. D. from Columbia University. His market reports are said to be the best available and are used by the manufacturers of this industry as well as by the union.

The *Survey* article also quotes a letter from one of the Nash workers, one paragraph of which reads as follows: "Our union manager has truthfully said that it is just as easy to run a straight seam as a crooked one... The second essential follows naturally enough. It is for every man worker to say to himself when he picks up a garment: 'Here I am now working on something that I myself will own and wear. Now that all these other workers are putting quality into every move they make, all I need to do is to see that my work is right, then I will have a garment of which I need not be ashamed when I step out in well-dressed company.' Every woman should say to herself: 'I am now helping to make a garment for my father, husband, sweetheart, or brother, as the case may be, and I must do my little best to have this job right.' How many dissatisfied customers do you suppose we would have if all our workers assumed this sort of an attitude toward their jobs?"

It would appear that Mr. Nash's high purpose for his company has been fulfilled in an interesting ethical blend of progressive unionism and the Golden Rule spirit of service in industry.

It would be misleading if reference were not made to certain obstacles which have thus far prevented a wider development of union-management co-operation in industry in the United States. These obstacles include the "open shop" movement, which has often meant an anti-union policy on the part of manufacturers who are determined not to deal with unions at all. The resulting mind-sets of many unions which have developed a "fight" psychology, in order to maintain their very existence, have also made it difficult actually to put into practice these newer relationships.

But where honestly and intelligently tried, co-operation between management and the unions seems to point a way toward an industrial integration based on self-respect. Hart, Schaffner and Marx, the Chicago clothing manufacturers after a bitter strike some years ago, finally decided to work with the union. The following words quoted from their agreement with the Amalgamated Clothing Workers, are deeply significant: "If opponents don't *want* to get together, they can find a thousand logical reasons for not doing it, and can make them as irrefutable as the propositions of Euclid. The great solvent of differences is the will to agree. There are more industrial battles due to conflict of wills than to conflict of interests."

One wonders whether there is not also indicated in this statement a necessary function for the churches in our industrial civilization. Is it too much to expect that religion should accept the principal responsibility for the development of a *will to co-operate* in industry?

Zusammenfassung und Résumé v. page 201.

X.

Die wirtschaftlichen Umschichtungen in Mitteldeutschland in ihrer Auswirkung auf das geistige und kirchliche Leben.

Von Generalsuperintendent D. Schöttler, Magdeburg.

Das Gebiet, dessen Durchmesser die Verbindungslinie zwischen den beiden Lutherstädten Eisleben und Wittenberg bildet, hat schon seit den ersten Tagen des Mittelalters das Recht erworben, „*Deutschlands Herz*" zu heißen. Dorthin zog es die von Norden einwandernden Germanen; denn die reichen Salzquellen um Halle herum waren ein Gesundbrunnen für alles Volk und darum ein erstrebenswerter Besitz und Anziehungspunkt für alle Bewohner.

Dieser ging freilich von einer Hand in die andere, von den Germanen zu den Slaven, bis die deutschen Kaiser in dem Erzbistum Magdeburg mit seinen Bistümern Merseburg und Naumburg dem Deutschtum wie dem Christentum einen festen Stützpunkt boten und so das Land in sichrer Hand behielten.

Neben dieses Urprodukt des mitteldeutschen Bodens, das *Salz*, trat am Ausgang des Mittelalters als zweiter wertvoller Bodenschatz das *Kupfer*, das aus dem Schiefer des Mansfelder Landes durch Rösten gewonnen wurde. Sein Vorkommen brachte dem ganzen Gebiet einen großen wirtschaftlichen Aufschwung, der bekanntlich auch Luthers Vater von Thüringen nach Sachsen, von Möhra nach Mansfeld führte und so das kleine Residenzstädtchen des dortigen Grafengeschlechts zur Heimat, den Nach-

barort Eisleben zum Geburtsort des großen Reformators werden ließ. Dieser Bergbau ist mehr als vierhundert Jahre lang bis auf den heutigen Tag in blühendem Betrieb geblieben; denn er bot damals für die auf der Höhe befindliche Gießereikunst der Nürnberger Meister, wie heute für die Elektrotechnik, den in Deutschland so seltenen, wertvollen Rohstoff.

Aber abgesehen von Salz und Kupfer war es der landwirtschaftliche Ertrag, der dem sächsischen Boden seinen Wert, der sächsischen Arbeit ihr Gepräge gab und das Gebiet zur Kornkammer Deutschlands machte. Trotz all der schweren Kämpfe, die seit den Tagen des Bauernkrieges, im Schmalkaldischen des XVI. Jahrhunderts, im Dreißigjährigen des XVII., im Siebenjährigen des XVIII. und in den Freiheitskriegen des XIX. Jahrhunderts auf ihm ausgefochten waren, blieb die Ernte der sicherste Rückhalt für den Wohlstand seiner Bewohner. Das steigerte sich noch, als zu den Körnerfrüchten vor etwa hundert Jahren die *Zuckerrübe* aufkam und dem ausländischen Zuckerrohr erfolgreichen Wettbewerb machte. Hier trat freilich die Wende ein. Denn die Ausnutzung der weitausgedehnten Rübenfelder verlangte maschinelle Anlagen und diese bedurften ihrerseits billigen Brennstoff, der sich in der rings um Halle überall zu Tage tretenden Braunkohle in großen Mengen zur Verwendung darbot. So entstanden mit einem neuen *landwirtschaftlichen* Erwerbszweig *zwei* neue *Industrie*-Betriebe auf sächsischem Boden: der *Maschinenbau* und der *Braunkohlenbergbau.*

Eine weitere Quelle für Arbeitsverdienst kam hinzu, als die Abraumstoffe des Steinsalzes, die *Kalisalze,* sich als hochwertiger Rohstoff für die Sodagewinnung herausstellten und einen chemischen Großbetrieb erstehen ließen, der bis zum Jahre 1918 die Stellung eines Weltmonopols behaupten konnte. Mit dem Weltkrieg ging dann allerdings auch dies Monopol für Deutschland verloren; denn das elsässische Kali befindet sich ja seitdem in nichtdeutscher Hand.

Doch ehe noch dieser Verlust eintrat, war *trotz* des Krieges, ja gerade *durch* den Krieg dem sächsischen Boden ein neuer Gewinn erwachsen. Die Braunkohle, wegen ihres starken Wassergehalts, ihrer geringeren Heizkraft und ihres schwierigen Transportes bis dahin nur in kleinem Umkreis und beschränktem Ausmaß verwendungsfähig, bot durch die fortgeschrittene Technik die mannigfachsten Verwendungsmöglichkeiten. Man hatte nicht nur gelernt, sie durch *Preßverfahren* zu *brikettieren* und so heizkräftiger und wasserärmer, d. h. transportfähiger zu machen, sondern man konnte sie auch *verschwelen* und so aus ihr wertvolle Mineralöle für die mannigfachsten Zwecke gewinnen; man verstand sie in Großheizanlagen zu *verfeuern* und so in elektrische Kraft überzuführen, die in Hochspannungsleitungen den Großstädten zufließt. Man begann sie zu *vergasen* und so ohne Transport in die großchemischen Öfen zu drücken; und zuletzt —

dank der genialen Erfindung von Dr. Bergius — ergab sich ein Weg, sie zu *hydrieren*, d. h. durch Anlagerung von Wasserstoffatomen zu künstlichem Benzin zu verwandeln, was unser Vaterland von allen außerdeutschen Petroleumquellen des Erdballs unabhängig, ja zum ernstlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt machen wird!

Das ist in kurzen Zügen der Weg, den das Herz Deutschlands in den letzten vierhundert Jahren in seiner wirtschaftlichen Entwicklung gegangen ist: vom *Salz* zum *Kupfer*, vom *Korn* zur *Zuckerrübe*, vom *Kali* zur *Kohle*, von der *Landwirtschaft* zur *Industrie!*

Geht diese Entwicklung so weiter — und die Erfahrung lehrt, daß solche Fortschritte im beschleunigten Tempo verlaufen —, dann haben wir in zehn Jahren hier ein völlig *industrialisiertes Gebiet:* von Wittenberg bis Eisleben, ja bis Naumburg eine große Industriestraße wie heute von Hamm bis Düsseldorf im Ruhrgebiet; ein *„Neu-Essen"*, das an wirtschaftlicher Bedeutung dem Steinkohlenrevier in keiner Weise nachstehen, es vielmehr übertreffen wird.

Dafür gibt uns eine kurze vergleichende Übersicht über die Steinkohlen- und Braunkohlenförderung seit 15 Jahren ein klares Bild. Diese betrug in *Millionen Tonnen:*

1913	Steinkohle	190	Braunkohle	87
1915	„	147	„	88
1917	„	168	„	95
1919	„	117	„	94
1921	„	135	„	122
1922	„	129	„	137

Es ergibt sich also eine Steigerung des Braunkohlenbergbaus um 72 % in zehn Jahren!

Aber so glänzend dieser Aufstieg in wirtschaftlicher Hinsicht sein mag — er wirft doch in anderer Beziehung schwere Schatten. Denn Braunkohle wird nicht, wie die Steinkohle, durch *Tief*bau gewonnen, sondern durch *Tage*bau. Soweit sie abbauwürdig ist, wird die ganze fruchtbare Humus-Schicht abgetragen und neben dem Kohlenfelde als Abraum aufgeschüttet, dann die Kohle durch Löffelbagger herausgeschält und je nach dem Verbrauchszweck der entsprechenden Stelle zugeführt. Die Einebnung der abgebauten Strecken kann aber aus technischen Gründen nicht sofort geschehen, sondern erst nach völliger Auskohlung des betreffenden Feldes. So kommt es, daß überall, wo der *Braunkohlen*bergbau *fortschreitet*, der *Ackerbau zurückgeht*, ja manchmal völlig verschwindet. Im Geiseltal z. B. — einem früher rein bäuerlichen Bezirk in der Nähe von Merseburg — wurden in den Jahren 1907—1919 von 61 bäuerlichen Betrieben 15 völlig beseitigt, 12 um mehr als die Hälfte, 8 um mehr als ein Viertel verkleinert. Das bedeutete aber nicht nur eine *Boden*verschiebung, sondern vielmehr

noch eine *Menschen*verschiebung, die der ganzen Gegend ein völlig anderes Gepräge gibt. Wo der Bauer verschwindet, zieht der Proletarier ein. Jener ist mit seinem ganzen Leben an die Scholle verwurzelt, dieser ist wurzellos und heimatlos, ein Spielball, den der große Wirtschaftsstrom nach Gutdünken hierhin und dorthin treibt. Wohnten doch von rund 30 000 Arbeitnehmern im Kreise Bitterfeld nur 8000 in Wohnungen an ihrem Arbeitsplatz, 2500 in Baracken, 6000 bis 5 km vom Arbeitsort, 3000 bis 10 km, 732 bis 20 km, 115 bis 30 km und fast 9000 über 30 km vom Arbeitsort entfernt.

Das sind Entfernungen, die nicht nur den Normalarbeitstag illusorisch machen, sondern für die normale Zusammensetzung der Bevölkerung geradezu verheerend wirken. Ehe z. B. das Geiseltal industrialisiert wurde — um das Jahr 1900 —, standen 4741 männlichen Einwohnern 4954 weibliche gegenüber. Im Jahre 1919 war das Verhältnis 11 774 Männer und 7539 Frauen! Also eine geradezu *koloniale Struktur* der *Bevölkerung!*

Man braucht nur diese nackten Zahlen zu hören, um die Fülle der Schwierigkeiten, Notstände, ja Gefahren zu empfinden, die sich hieraus für das geistige, sittliche und religiöse Leben des Volkes ergeben, wie es im Rahmen einer Kirchengemeinde zu Tage tritt. Ob es sich dabei um eine *reine Siedelungsgemeinde* oder um eine *industrialisierte Landgemeinde,* um ein mit einer *Siedlung verschmolzenes Dorf* oder endlich um eine *Industrie-Stadtgemeinde* handelt, immer ist *ein* Faktor gesunden kirchlichen Lebens in besonderer Gefahr: die *kirchliche Sitte,* die von der Menge landfremder, aus den verschiedensten Gegenden zugezogener Elemente förmlich hinweggeschwemmt wird. War früher das Dorf eine Gemeinschaft von solchen, die auf eigenem Boden saßen, unter eigenem Dache wohnten, von dem eigenen Ertrage lebten und sich nur von *einer* Stelle abhängig wußten: der Hand Gottes — jetzt tritt an ihre Stelle *„das Werk"* als Brotherr von hunderten abhängiger Existenzen. In ihm sehen sie alle, ob Arbeiter oder Beamte, den Beherrscher ihres Lebens, ja man kann sagen: ihr *Schicksal,* dem sie durch ihre Anstellung auf Kündigung völlig ausgeliefert sind. Ein jeder ist dort eingegliedert wie ein Rad in den Gang einer Maschine, die sich mechanisch bewegt — kein Wunder, wenn die mechanistische Auffassung aller Dinge ihm schließlich zur Lebensauffassung wird. Das Wahrzeichen des Ortes ist nicht mehr der *Kirchturm,* sondern der *Schornstein!*

Wo aber die fromme Sitte der Väter schwindet, da kommt auch *Zucht und Ordnung* gar zu leicht ins Wanken. Der Wertzuwachs des Bodens, der rasche und gegenüber dem Lohn des Landarbeiters hohe Verdienst des Fabrikarbeiters verführt unwillkürlich zu gesteigertem Genuß; das Hin- und Herfluten der heimatlosen Elemente entzieht den Einzelnen der Kontrolle seiner Ortsgenossen; der von außen eingeschleppte Luxus trägt zur

Veräußerlichung gerade des weiblichen Geschlechts in verhängnisvoller Weise bei; das innere Solidaritätsgefühl weicht der verderbenbringenden Gleichgültigkeit, die für das Tun und Treiben des anderen nur die Frage hat: „Soll ich meines Bruders Hüter sein?“

Aber dabei bleibt die Entwicklung der Dinge nicht stehen. Die Gleichgültigkeit wird zum Gegensatz; der Gegensatz wächst sich aus zur Feindschaft. Und diese Feindschaft wird die geistige Atmosphäre für das künftige Geschlecht. Von ihr geht eine geradezu betäubende Wirkung aus. Sie macht es dem Einzelnen unmöglich, im *Gegner* seiner Lebens*anschauung* etwas anderes als den *Feind* seines Lebens zu sehen, nicht nur den *persönlichen* Feind, sondern überhaupt den Feind alles Rechten und Guten, alles Edlen und Wahren, dem man nicht über den Weg trauen, ja dem man auch nichts Ehrliches und Anständiges mehr zutrauen darf. Hoch und niedrig, Arbeiter und Arbeitgeber gehen im günstigsten Fall aneinander vorüber. Jeder fühlt sich nur als ein Glied *seiner* Werksgenossenschaft, die im Irdischen aufgeht und schließlich untergeht.

Hier zeigt sich uns eine Missionsaufgabe von geradezu gigantischer Größe. Denn es gibt eben nur *eine* Kraft, der diese Todesmächte des Volkslebens nicht zu widerstehen vermögen: *die Lebenskraft des Evangeliums.* Sie allein kann in der Seele verirrter Brüder die Wende herbeiführen, wie sie das Gleichnis vom verlorenen Sohne in das Wort zusammenfaßt: *„Da schlug er in sich!“* Sie allein kann dem Verblendeten zu der Einsicht verhelfen, die den tiefsten Grund des Elends nicht in dem Verhältnis zu andern, sondern im eigenen Verhalten findet: *„Ich* habe gesündigt!“ Sie allein vermag das Wunder zu vollbringen, in dem sich die Umwertung aller Werte vollendet: *Verirrt* — und doch *gerettet! Versunken* — und doch *gewonnen! Tot* — und doch *lebendig!* Heil unserm Volke, wenn seinem *Zusammenbruch* dieser *Aufstieg* folgt!

Abstract and Résumé s. page 202.

XI.

Youth in Britain.

By F. S. Livie-Noble, Secretary of the National Conference on the Welfare of Youth, London.

The British National Conference on the Welfare of Youth was the outcome of some 2½ years of enquiry and thought on the part of groups of serious-minded people throughout the country, under the auspices of Copec. It was, in fact, the final piece of work which Copec as a separate organisation will do, for that body has been merged into the Christian Social Council. No more fitting finale to a course of practical usefulness could have been chosen; and the last act of Copec — the Conference with

which this article deals — may well serve to inspire workers in other nations to similar efforts.

The National Conference on the Welfare of Youth which was held in October at Croydon (Surrey) will be followed, we trust, by a series of similar efforts in other nations to appreciate the full national significance of these changed times and their effect upon Youth. New conditions give rise to new problems and fresh needs. The changed or changing outlook of the nations of the world, the mechanisation of industry to the exclusion of individuality, the broadening of the mental horizon by higher education and easier communications, the vast contacts established by aviation and wireless ... all these factors have created an environment for Youth such as its ancestors knew not. The very substance of Youth's thought is different; its standards are not those traditionally accepted by its parents. It would seem in fact that Youth to-day is a generation of beings born and bred in a world unstabilised by the artificial emotions of war and thrown into a maelstrom of unparalleled chaos. Distrusting and often discarding the religious and ethical principles of a bygone generation, these youngsters seem (as Basil Mathews has already stated) to be tossing about on the stormy sea of adolescense, amid uncharted reefs and shoals, lacking both rudder and helmsman.

True, they accomplish much in their aimless way: their very spirit of care-free adventure is itself a portent of glorious potentialities. But how much better if those potentialities could be translated into actualities — if, indeed, the freshness and energy of Youth could be harnessed and employed in the construction of the social, economic, and devotional edifice of the Kingdom!

But if Youth is to be brought into co-partnership with maturity, a more determined effort is first needed to understand the conditions and problems in which Youth is involved. This was indeed the stupendous task of the British National Conference. It soon became clear that education as understood to-day is by no means an adequate apprenticeship for life. Every year some 600,000 youngsters in this country find themselves, at one stroke as it were, cut off from education and turned into wage-earners at the tender age of fourteen. The Conference strongly affirmed that such young people should still be regarded as learners rather than as earners, and that a minimum of eight hours per week should be devoted to-day continued education during their working life up to the age of eighteen years. It was further emphasised that the school leaving age should be raised immediately to fifteen and as soon as possible to sixteen. Space does not permit us to consider the recommendations made on the type of education which should be imparted.

The lot of the young wage-earner is indeed often unenviable.

Reliable figures as to the amount of juvenile unemployment are not available. Many occupations are so inadequately controlled that numbers of young people are employed for such hours as would stagger an adult skilled worker. Lads of fifteen to sixteen are known to work as much as 72 to 80 hours per week; while thousands put in 60 to 70 hours for their weekly wage. Seasonal and "blind-alley" jobs mean long periods of unemployment with enforced aimless idleness. After a long day at work, young people cannot be expected to attend night schools, social clubs, etc.: and this form of exploiting young life and energy is in effect robbing them not only of education and healthy recreation but also of the systematic and constructive training for citizenship which is their birthright.

Many working boys and girls have little idea as to how to use such leisure time as comes their way. Erratic family life and hours imply irregular leisure. Bad housing and over-crowding mean that boys and girls are frequently thrust out to spend their time in the streets because there is no room in the home. Family discipline — often disrupted by the absence or loss of fathers and elder brothers during the War — is at a low ebb; and youths to-day are thrown more and more upon their own resources. Neither does this apply to the poorer section of the community only, but it is noticeable in every stratum of society. The emotions of Youth are exploited by the producers of an undesirable type of cinematograph performance; their sporting and adventurous impulses by promoters of games of chance, so-called competitions, and other forms of betting and gambling. How aimless is the leisure of post-school Youth in Britain to-day may be hazarded from the estimate that, of the 600,000 who leave school at the age of fourteen in any one year, some 450,000 are unattached to any social, religious or educational agency which provides for the leisure hours.

Every experienced social worker knows where to find this unattached mass of young humanity. The problem arises when we consider how to get them into attachment with some *milieu* which will provide healthy recreation of body and mind. In some places, Sunday evening social clubs have proved of great value to hundreds of young people who would otherwise spend that evening drifting aimlessly along the streets or forming promiscuous companionships out of sheer boredom. There is a vast field of unattached Youth waiting to be garnered: but the dearth of workers, the lack of suitable accommodation and the lack of municipal and local support are often the cause of inactivity. Yet what a potential power for good or ill is represented by this "unattached" mass of young lads and girls: How much undiscovered leadership — how much neglected Christlike-ness — goes wandering unnoticed and uncared for in the crowded cities and towns of our land! Here surely is a challenge for

those whose Master bade them "Feed my Lambs". Youth will not come to a pastor who says in effect "Here am I, waiting to give Salvation to you — if you will take it with all the prohibitions and *taboos* which your fathers professed". Youth knows its parents: it knows that profession was often not translated into practice: and therefore from the Church it is often content to remain "detached". But does this absolve us from responsibility? To gain the freshness and ardour of Youth we may even have to re-frame our presentation of the Gospel to them: but — if so be we are honest with them and with ourselves — is not the message, which transfigured the Carpenter into the King before the eyes of the intimate followers, sufficiently strong to turn the hearts of the children towards the heart of their Father God?

But whether it be the inadequacy or unsuitability of scholastic systems, the unsound economic principles which exploit juvenile labour at the expense of training in responsible citizenship, or the injustice of thrusting unformed beings into the world to become the prey of mercenary vultures and to face unarmed the evils which beset the path of modern life, or whether it be the incalculable wastage of years and effort in unproductive "blind-alley" occupations, the existing conditions amongst the larger portion of Youth to-day is a matter for which the State as such has its responsibility. Legislation on the kind and extent of education — considered as a training for maturity — is called for by the National Conference. The legal control of unskilled industries, the fixing of a maximum number of working hours per week, the provision of definite advice on vocational selection and employment before the end of the school carrer, the prohibition of employing juveniles in occupations of an immoral character, and the raising of the "age of consent" for girls and the introduction of a similar "age of consent" for boys, are matters on which the Conference made resolutions to be sent to the Government.

To hold a Conference is one thing: the real work lies afterwards. Some 300 bodies sent representatives to share in our common task of discussing and recommending; but their deliberations, and the experience behind them, will be lost unless translated at least largely into fact. For this reason the National Conference appointed a Committee with wide terms of reference — the principle functions of which are to convey the recommendations of the Conference to the right quarters; to ascertain whether there be any general demand for a national body to co-ordinate Youth Work and to bring the principles and aims of existing societies before the public; to discover to what extent research work into Youth conditions is being done and needed; and — if there be sufficient demand — to take steps to bring into being such a national co-ordinating body.

It is as yet too early to report upon the work of this Committee. The proceedings of the National Conference are to be published not in the form of a formal report, but as a readable book entitled "The Citizen of To-morrow", to be obtained from the publishers, Messrs Benn Brothers Ltd. London, price 1/6 net.

Zusammenfassung und Résumé v. page 204.

XII.

Von der evangelischen Frauenbewegung Deutschlands.

Von Paula Müller-Otfried, M. d. R., Hannover.

Die in den letzten Jahrzehnten in allen Kulturländern kräftig einsetzende Frauenbewegung hat in Deutschland eine besonders eigenartige Entwicklung genommen. Während in anderen gemischt konfessionellen Ländern, namentlich in den skandinavischen Ländern, in England, Holland, Frankreich und der Schweiz Frauen aller Konfessionen sich zusammenfanden zu gemeinsamem Eintreten für Frauenwohl und Fraueninteressen und die ausgesprochen kirchlichen Frauenkreise in den meisten dieser Länder sich nicht nur zu dem einigenden Gedanken: Frauen für Frauen, bekannten, sondern in den ihn vertretenden Organisationen die Führung hatten, gestalteten sich in Deutschland die Verhältnisse anders. Welches die Ursachen dafür waren, kann hier nicht untersucht werden. Tatsache ist, daß die ausgesprochen kirchlichen Frauen beider Konfessionen den Organisationen der sogenannten bürgerlichen Frauenbewegung zurückhaltend gegenüber standen. Zweifellos hatte auch die Entwicklung der auf dem Boden der Kirche stehenden evangelischen Frauenarbeit der Inneren Mission, die durch die Begründung des Kaiserswerther Diakonissenwerkes und durch das Wirken einer Amalie Sieveking in Hamburg in mit der Kirche eng verbundene Bahnen gelenkt war, bestimmend mit eingewirkt. Die große Mehrzahl der evangelisch-christlichen Frauen standen der eigentlichen Frauenbewegung ablehnend gegenüber. Auf der katholischen Seite lagen die Verhältnisse ähnlich. Aus den Kreisen der im Zentral-Ausschuß zusammengefaßten Inneren Mission der evangelischen Kirche Deutschlands kam dann der erste Anstoß, die evangelischen Frauen der Frauenbewegung zuzuführen.

Nach einer Klärung über die grundsätzliche Frage, welche Ziele und Schranken einer durch evangelische Ethik bestimmten Frauentätigkeit auch im öffentlichen Leben gezogen seien, erfolgte durch Männer der Inneren Mission die Begründung des Deutsch-Evangelischen Frauen-

bundes als der Organisation der evangelischen Frauenbewegung. D. Weber, D. Sardemann, Pastor Fritsch, Pastor Mätzold gingen führend vor und riefen 1899 die evangelischen Frauen auf zur tätigen Mithilfe für die Nöte und Sorgen ihres Geschlechtes. Fünf Jahre darauf (1904) folgte die Gründung des katholischen Frauenbundes. Es würde zu weit führen, den Einzelheiten des damals für den Deutsch-Evangelischen Frauenbund aufgestellten Programms nachzugehen oder gar seine weitgespannte Entwicklung hier aufzeigen zu wollen. Es genügt zu sagen, daß die evangelische Frauenbewegung sehr bald kräftigen Lebenswillen bezeugt hat und heute nach nunmehr 30jährigem Bestehen im Deutsch-Evangelischen Frauenbund eine kraftvolle Organisation darstellt. In 16 Landes- und Provinzialverbänden sind 183 Ortsgruppen, 159 Anschlußvereine und rund 600 Einzelmitglieder zusammengeschlossen, im ganzen 223 000 Mitglieder[1]). Ihr Wirken ist auf vielen Gebieten bahnbrechend gewesen. Viel Anregung für ein zielklares, geschlossenes Eintreten für das weibliche Geschlecht ist von bewußt christlichen und kirchlichen Frauenkreisen durch die evangelische Frauenbewegung gegeben worden. Die vom Deutsch-Evangelischen Frauenbund als unmittelbar dringend erkannten Aufgaben lassen sich in folgende Gruppen gliedern: 1) Gewinnung und Schulung von Frauen für selbständige, unter eigener Verantwortung geleistete Arbeit; 2) Ausgestaltung christlicher Liebestätigkeit zu einer durch soziale Erkenntnis bestimmten sozialen Fürsorge und Mitarbeit an der Sozialen Reform; 3) Förderung der Berufsausbildung für das weibliche Geschlecht, Besserung der Berufsbedingungen für die Frau; 4) Bekämpfung der Unsittlichkeit in jeder Beziehung, ausgehend von dem Grundsatz: Gleiche Moral für beide Geschlechter; 5) Vertreten evangelischer Überzeugung im persönlichen und öffentlichen Leben.

Bald ist der eine, bald der andere Aufgabenkreis in den Jahren der Ausdehnung und Befestigung des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes mehr in den Vordergrund getreten, aber sie sind alle grundsätzlich als

---

[1]) Die Ehrenvorsitzende des Bundes: Gräfin Selma von der Gröben, die Vorsitzenden: Paula Müller-Otfried, M. d. R., Freiin A. von Werthern, Adelh. von Bennigsen, 1. Schriftführerin: H. Winnecke, Generalsekretärin Marg. Haccius, Geschäftsstelle in Hannover Wedekindstraße 26, in Berlin-Charlottenburg 2, Uhlandstraße 180. Die Evang. Frauenzeitung, herausg. von Paula Müller-Otfried und Adelh. von Bennigsen, erscheint monatl. in 12000 Expl. — Literatur: 20 Hefte zur Frauenfrage, Verzeichnis der zur Frauenfrage 1850—1901 erschienenen Schriften; Evang. Frauenwille von Paula Müller-Otfried, Frauennot und Frauenarbeit von Gräfin Selma von der Gröben. Unser Kampf für Volkssittlichkeit und Volksgesundheit von Math. Gräfin zu Münster, 10, 20, 25 Jahre Deutsch-Evangelischer Frauenbund. Zu beziehen durch die Geschäftsstelle in Hannover. — Soziale Ausbildungsstätte: Christlich-Soziales Frauenseminar des Deutsch-Evang. Frauenbundes, Hannover, Wedekindstr. 26, Leiterin Dr. rer. pol. Aug. Jorns. Christl. Erholungsheim Harzhaus in Elend b. Schierke, Leitung: Math. Gräfin zu Münster.

gleichbedeutend angesehen worden und nach besten Kräften vertreten. Wenn die Zeiten sich wandelten, so hat die evangelische Frauenbewegung stets gesucht, in lebendiger Fühlung mit der Gestaltung der Zeit zu bleiben, der Aufgabe des Tages nachzugehen und sich nicht an Methoden von gestern und vorgestern zu klammern. Der feste Grund, auf den sie sich von jeher gestellt hatte, die aus dem Evangelium abgeleitete christliche Ethik, durfte ihr die fröhliche Zuversicht geben, auch an moderne, ja allermodernste Fragen herantreten zu dürfen und sie prüfend auf ihren Gehalt zu werten.

Besonderen Wert hat der Deutsch-Evangelische Frauenbund stets auf die mit der Wahrung der Frauenwürde eng verknüpfte Bekämpfung der Unsittlichkeit gelegt. Die wachsende Kenntnis von der furchtbaren Verstrickung von Schuld, Verführung und tiefem Fall, von der grausamen Auswirkung von Leichtsinn, Schwäche, wirtschaftlicher Not und sogenannter bürgerlicher Moral war eine der härtesten Erfahrungen, die die im Deutsch-Evangelischen Frauenbund gesammelten Frauen sehr bald nach ihrem Zusammentreten machen mußten. Da die mit dieser Erkenntnis verbundenen Kämpfe und die durch sie aufgerollten Probleme auch heute noch im Vordergrund der Frauenarbeit und der Kirchen aller Länder stehen, so darf wohl gerade auf diesen Aufgabenkreis der evangelischen Frauenbewegung hier heute näher eingegangen werden.

Als die Innere Mission im Jahre 1899 den Deutsch-Evangelischen Frauenbund rief und seine Gründung vorbereitete, stand man in bezug auf die Arbeit auf sittlichem Gebiet der Lage gegenüber, daß ein planmäßiges Eintreten gegen die herrschenden sittlichen Anschauungen wohl von den zu der humanitären Frauenbewegung gehörenden Frauen und von einem kleinen Kreis von kirchlich-sozialen Männern geführt wurde, daß aber die christlichen Frauen dem notgedrungen in der Öffentlichkeit zu führenden Kampf noch völlig fernstanden. Wohl leisteten Frauen der Inneren Mission praktische Liebestätigkeit und unmittelbare Hilfe in Einzelfällen sittlicher Not, wohl arbeiteten sie treu und aufopferungsvoll in praktischer Versorgung erstgefallener Mädchen und ihrer Kinder. Darüber hinaus aber gingen sie nicht. Es war das Verdienst von D. L. Weber, daß er den Deutsch-Evangelischen Frauenbund hinwies auf die Notwendigkeit der grundsätzlichen Stellungnahme gegen lasterhaftes Leben und das Studium der Zusammenhänge auf sittlichem Gebiet. Diesen Weg ist der Deutsch-Evangelische Frauenbund gegangen, und so ist in der evangelischen Frauenbewegung je und je die Arbeit in der Sittlichkeitsfrage, das Studium der rechtlichen und sozialen Lage der der Prostitution zutreibenden Frauen neben den Aufgaben der öffent-

---

[2]) Siehe Verhandlungen d. deutsch. Reichstages v. 18. 2. 27.

lichen Mission und der Pflege der Gesinnungsgemeinschaft Hauptaufgabe gewesen.

In dieser Zeit, wo durch Annahme des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten[2]) diese Dinge zu einem gewissen Abschluß gelangt sind, ist es vielleicht nicht überflüssig, einen Rückblick auf die Arbeit des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes in dieser Beziehung zu werfen.

Aus dem Studium ergab sich neben der wichtigen nachgehenden Einzelfürsorge nicht nur die Notwendigkeit, den Kampf aufzunehmen gegen Mädchenhandel und Bordelle, sondern eine klare Stellung herauszuarbeiten zu der Frage des auf Grund des § 361, 6 St. G. B. in Deutschland festgesetzten Systems der Reglementierung. Der durch das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten aufgehobene Paragraph lautete:

> Mit Haft wird bestraft, eine Weibsperson, welche wegen gewerbsmäßiger Unzucht einer polizeilichen Aufsicht unterstellt ist, wenn sie den in dieser Hinsicht zur Sicherung der Gesundheit, der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Anstandes erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt oder welche, ohne dieser Aufsicht unterstellt zu sein, gewerbsmäßig Unzucht treibt.

Daß der einfache Menschenverstand aus diesem Paragraphen folgerte: „Du darfst zwar nicht Unzucht treiben, wenn du aber durchaus willst, dann darf es geschehen unter der Voraussetzung der Beobachtung der hierfür gegebenen gesetzlichen Vorschriften" war nicht zu verwundern. Der Paragraph verwirrte das Volksgewissen, ließ den die Prostitution fordernden Mann straffrei, bestrafte hingegen die Frau. Mit dieser Auffassung konnte sich die evangelische Frauenbewegung nicht abfinden. Ihr galt daher ein durch Jahrzehnte geführter ernster, oft erbitterter Kampf. Er wurde mit um so größerem Nachdruck geführt, als die Erfahrungen der praktischen Fürsorge unzählige Beweise dafür geliefert hatten, daß die Reglementierung in der Praxis nicht nur eine völlige Verwirrung sittlicher Begriffe, eine weitgehende Unklarheit über das, was die Polizei erlaubte und was objektives Recht war, bei leichtsinnigen Mädchen zur Folge hatte, noch den den Männern zu gewährenden beabsichtigten gesundheitlichen Schutz garantieren konnte. Ein Schutz, der zwar vorgetäuscht und angenommen wurde, der aber in unzähligen Fällen versagte und Viele zu lebenslangem Siechtum verurteilte. Außerdem wurde durch die Ärztewelt festgestellt und durch die Polizei bestätigt, daß die durch die Reglementierung erfaßten Prostituierten nur einen kleinen Bruchteil der die Ansteckung verbreitenden geschlechtskranken, dem Unzuchtgewerbe verfallenen Frauen bildete und daß die ärztliche Kontrolle, der sie sich zu unterziehen hatten,

auch völlig ungenügend war, ja sein mußte, um diesen Schutz zu gewähren. Man konnte im Gegenteil das ernste Bedenken nicht abweisen, durch die sogenannte Kontrolle die Zahl der mit der Prostitution verkehrenden Männer vergrößert zu sehen, da ihnen durch die polizeilichen Maßnahmen ein solcher Verkehr als notwendig, berechtigt und ungefährlich erscheinen mußte. Das Bestimmende für die Stellungnahme der evangelischen Frauenbewegung konnten aber letztlich nur ethische Erwägungen sein. Für sie war die Erkenntnis des furchtbaren Tiefstandes der Moral, der sittlichen Begriffsverwirrung, die durch die Sanktionierung des Lasters durch den Staat hervorgerufen wurde, entscheidend. Dazu konnten und wollten evangelische Frauen nicht schweigen. Die verhängnisvollen Auswirkungen erkennen und sich dagegen auflehnen, mit aller Kraft und Zähigkeit dagegen arbeiten, mußte für den Deutsch-Evangelischen Frauenbund gleichbedeutend sein. Auch wenn das System die erhofften hygienischen Vorteile gebracht hätte, wäre es für ihn unannehmbar geblieben im Hinblick auf die Entwürdigung der Frau und auf die Verführung der Jugend. Aus sittlich-religiösen und rechtlichen Gründen mußte der Deutsch-Evangelische Frauenbund es mit aller Entschiedenheit ablehnen und verlangen, daß in einem christlichen Kulturvolk die, seine Entwicklung fördern sollenden Gesetze und Verhaltungsmaßregeln, mit der christlichen Ethik nicht nur nicht in Widerspruch stehen, sondern sich auf das christliche Lebensgesetz aufbauen. So war es begreiflich, daß von der evangelischen Frauenwelt der Entwurf des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten begrüßt und an seinem Zustandekommen tätiger Anteil genommen wurde. In der nun angenommenen Fassung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten [3]) sind zwar nicht alle Wünsche erfüllt, und manches in ihm

---

[3]) Hinzuweisen ist als besonders bemerkenswert für den hier zu behandelnden Ausschnitt auf folgende §§:

§ 4. Die zuständige Gesundheitsbehörde kann Personen, die dringend verdächtig sind, geschlechtskrank zu sein und die Geschlechtskrankheit weiterzuverbreiten, anhalten, ein ärztliches Zeugnis, nur in begründeten Ausnahmefällen ein von einem durch die zuständige Gesundheitsbehörde benannten Arzte ausgestelltes Zeugnis über ihren Gesundheitszustand vorzulegen oder sich der Untersuchung durch einen solchen Arzt zu unterziehen. Auf Antrag des untersuchenden Arztes können solche Personen angehalten werden, wiederholt derartige Gesundheitszeugnisse beizubringen.

Personen, die geschlechtskrank und verdächtig sind, die Geschlechtskrankheit weiterzuverbreiten, können einem Heilverfahren unterworfen, auch in ein Krankenhaus verbracht werden, wenn dies zur Verhütung der Ausbreitung der Krankheit erforderlich erscheint.

§ 5. Wer den Beischlaf ausübt, obwohl er an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Geschlechtskrankheit leidet und dies weiß oder den Umständen nach annehmen muß, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft, sofern nicht nach den Vorschriften des Strafgesetzbuches eine härtere Strafe verwirkt ist.

aufgenommene Kompromiß verwirrt den klaren, grundsätzlichen Sinn. Immerhin ist das widerspruchsvolle: „Du sollst zwar nicht, aber wenn du durchaus willst, so darfst du unter den und den Voraussetzungen" der Reglementierung verschwunden. Verschwunden ist auch die unterschiedliche Bewertung und — Behandlung von der Unzucht sich ergebenden Männern und Frauen. Aufgenommen ist die Strafbarkeit der abgrundtiefen Schlechtigkeit, eine Erkrankung wissentlich (auch in der Ehe) weiterzuverbreiten. Jedoch hat man nicht die Konsequenz gezogen, ein derartiges — wir scheuen uns nicht es auszusprechen — Verbrechen als Offizialdelikt zu behandeln. Aber Personen, die verderbt sind und schlecht bleiben wollen, kann das Leben durch verschiedene Maßnahmen schwer genug gemacht werden, und es ist völlig unzutreffend, wenn von gegnerischer Seite behauptet wird, das Laster dürfe sich nunmehr ungehemmt entfalten. Aber in dem Gesetz ist die geeignete Grundlage enthalten, um die direkte Fürsorge für Gefährdete weiterzuführen. Ein Ausbau der Pflegeämter ist auf Grund der neuen Bestimmungen möglich, um diejenigen, die weiter gemeinschaftsgefährdend sind, herauszureißen aus dem Leben der Sünde und sie nach physischer Heilung seelisch zu beeinflussen und durch Arbeit wieder zu nützlichen Gliedern der Gemeinschaft zu machen. Es ist keineswegs zu verkennen, daß man bei Erreichung des Zieles erst am Anfang eines langen Weges steht, aber es ist doch zu hoffen, daß es mit der Zeit gelingen darf, diejenigen, die sich retten lassen wollen, einem anderen, besseren Leben zuzuführen, und in sie das Gefühl für Menschenwürde und Verantwortlichkeit wieder hineinzusenken. Selbstverständlich kann man heute nur Hoffnungen aussprechen. Erst die Erfahrung muß lehren, ob das neue Gesetz den Erwartungen entspricht und der Arbeit des Kampfes gegen die Unsittlichkeit eine Handhabe bietet. Es darf nicht verkannt werden, daß die neuen Bestimmungen in einer Zeit großen sittlichen Tiefstandes in Kraft getreten sind und daß eine sehr weitgehende Knochenerweichung gegenüber

---

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Ist der Täter ein Angehöriger des Antragstellers, so ist die Zurücknahme des Antrags zulässig.

Die Strafverfolgung verjährt in sechs Wochen.

§ 16. Das Strafgesetzbuch wird abgeändert wie folgt:

I. § 180 erhält folgenden zweiten und dritten Absatz:

Als Kuppelei gilt insbesondere die Unterhaltung eines Bordells oder eines bordellartigen Betriebs.

Wer einer Person, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, Wohnung gewährt, wird auf Grund des Abs. 1 nur dann bestraft, wenn damit ein Ausbeuten der Person, der die Wohnung gewährt ist, oder ein Anwerben oder ein Anhalten dieser Person zur Unzucht verbunden ist.

III. § 361, Nr. 6 erhält folgende Fassung:

Mit Haft wird bestraft, wer öffentlich in einer Sitte oder Anstand verletzenden oder andere belästigenden Weise zur Unzucht auffordert oder sich dazu anbietet.

Erscheinungen der Unsittlichkeit zur Zeit verbreitet ist. Der Deutsch-Evangelische Frauenbund sieht trotzdem oder vielleicht gerade deshalb sein Wirken auf diesem Gebiet und in diesem Sinne als eine Gewissenspflicht an. Er wird mit allem Ernst sie weitertreiben. Aber er kann diese Aufgabe unmöglich allein durchführen. Wenn auch viel Arbeit in dem von ihm für die Einzelaufgaben gegründeten Deutsch-Evangelischen Frauenverband für Gefährdetenfürsorge geleistet wird, so hofft er auf tatkräftige Unterstützung, um den sittlichen Verfall zu bekämpfen. In Gemeinschaft mit der evangelischen Kirche Deutschlands, in naher Fühlung mit der Inneren Mission sowie mit dem deutschen Zweig der Internationalen Abolitionistischen Föderation, dem Bund für Frauen- und Jugendschutz, wird der Deutsch-Evangelische Frauenbund ernstlich bemüht sein, dem gesteckten Ziel näher zu kommen. Seine Frauen wenigstens wollen eines Tages sagen dürfen: sie haben getan, was sie konnten.

Besonders wertvoll erscheinen für die Klärung aller Zweifelsfragen die Erfahrungen, die in der Bekämpfung der Prostitution und der Abschaffung der Reglementierung von anderen Ländern gemacht sind. Wertvoll kann es auch werden, daß der Völkerbund sich die Bekämpfung des Mädchenhandels und der Bordelle in allen Ländern zur Aufgabe stellt und so die Bahn frei gemacht hat für die Aufstellung eines höheren sittlichen Ideals. Man hofft auf ein Sichdurchsetzen des abolitionistischen Gedankens, weil man sich von ihm allein eine auf die Dauer wirksame Bekämpfung des jeder christlichen Ethik widersprechenden Bordellwesens und des mit ihm verknüpften Mädchenhandels verspricht. Die Auffassung in den einzelnen Ländern ist aber heute noch sehr verschieden, das zeigt die Aufnahme des Vorschlags, in der März 1927 in Genf tagenden Völkerbundskommission, die Abschaffung der Bordelle allgemein durchzuführen. Frankreich, Spanien, Portugal und Japan erhoben Widerspruch. Daß gerade in Frankreich das Bordellwesen noch nicht verschwunden, ja geradezu noch in Blüte steht, zeigt die Veröffentlichung einer Enquete der Völkerbundskommission[4]). In verschiedenen Staaten hat man, ehe man sich zur völligen Schließung der Bordelle entschloß, Versuche mit einer Teillösung gemacht. So ist z. B. in Brüssel und Antwerpen die Reglementierung versuchsweise auf 6 Monate aufgehoben. Als ob sich in 6 Monaten irgend ein klares, wirklich beweiskräftiges Urteil herausbilden könnte! Erst nach einer weit längeren Zeitspanne, umfassenden Beobachtungen und Erfahrungen kann man auf diesem Gebiet zu schlüssigen Behauptungen gelangen. Da der Versuch aber als nicht geglückt angesehen wird (?), ist man, wie es heißt, zur alten Methode zurückgekehrt, die übrigens wiederum in Städten und Gemeinden sehr verschieden gehandhabt wird. Die Regierung scheint

[4]) Märztagung 1927 des Völkerbundes.

im allgemeinen mehr auf einem abolitionistischen Standpunkt zu stehen, während die Gemeinden noch vielfach an der Reglementierung festhalten. Der belgische Justizminister sagt 1924 in einem Bericht an die soziale Abteilung des Völkerbundes, „daß das System der staatlichen Überwachung, ursprünglich als eine Maßnahme zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und zur Gewährleistung von Anstand und Sitte in großen Städten eingerichtet, in keiner Weise in diesen beiden Beziehungen die Erwartungen ihrer Schöpfer erfüllt habe." In Österreich ist eine einheitliche Regelung z. Zt. noch nicht erfolgt. Sie wird erhofft im abolitionistischen Sinn durch die voraussichtlich mit der deutschen Strafrechtsreform [5]) gleichlautenden österreichischen Bestimmungen einer neuen Strafgesetzgebung. Die nordischen Staaten haben Reglementierung und das Halten von Bordellen aufgehoben und Zuwiderhandlungen unter Strafe gestellt. Man versucht, durch Aufklären der Bevölkerung, durch Fürsorgemaßnahmen, durch Erforschung der Infektionsquellen möglichst viele Erkrankte der ärztlichen Behandlung zuzuführen. Diese Behandlung, die nur von Fachärzten vorgenommen werden darf, wird den unbemittelten Kreisen der Bevölkerung unentgeltlich gewährt. Nur wenn der Geschlechtskranke sich der Untersuchung und Behandlung trotz Aufforderung der Gesundheitsbehörde dauernd entzieht, kann er durch Zwang der ärztlichen Behandlung zugeführt werden. Man berichtet von dort auf Grund statistischer Erhebungen von einem beträchtlichen Abnehmen der venerischen Krankheiten. In Norwegen, wo die Reglementierung im Jahre 1918 aufgehoben wurde, ergab eine Enquete über die Syphilis folgendes Bild: 1913 0,65, 1919 0,92, 1922 0,16. In Stockholm, wo auch 1918 die Reglementierung abgeschafft wurde, ergab eine Zählung:

1914 auf 1000 Männer 29,0 1924 6,0 Erkrankungen
1914 „ 1000 Frauen 18,9 1924 3,5 „

In Kopenhagen wurde die Reglementierung bereits 1906 aufgehoben; man zählte dort 1922 33⅓ Prozent weniger Erkrankungen als im Jahre 1912.

Am weitestgehenden ist das abolitionistische System in England und Holland durchgeführt. Hier ist die Methode ganz auf den freien Entschluß des Erkrankten eingestellt, und man sieht sogar davon ab, die ärztliche Behandlung bei Widerstrebenden mit Zwang durchzuführen, und zwar mit gutem Erfolg. Wenn hier erfreuliche Resultate zu verzeichnen sind, so darf nicht außer Acht gelassen werden, daß England das Land ist, das schon am längsten von dem alten System sich befreit hat und seit Jahrzehnten den Kampf gegen die alte reglementaristische Anschauung und für die Aufklärung geführt hat, geführt auch mit dem Einsatz sehr erheblicher Geldmittel. Von England konnte der Antrag ausgehen, alle der Internationalen abolitionistischen Föderation angeschlos-

[5]) Siehe oben § 16, 3 Deutsches Ges. B. G.

senen Zweige sollten dafür eintreten, daß der Staat nicht das Recht zu irgend einer Zwangsuntersuchung haben sollte. Der Antrag wurde von den Zweigen der anderen Länder abgelehnt, in denen die Verhältnisse noch nicht so günstig liegen, um ohne diese Zwangsmaßnahme auszukommen. Es war vor allem Nordamerika, das hierin widersprach, das eine noch ganz uneinheitliche Regelung der Frage aufweist und nur in 10 von 48 Staaten ein Verbot der Bordelle hat. Die in Schweden gemachten Erfahrungen zeigen, daß die Aufhebung der Reglementierung keine ungünstigen Folgen für die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten gehabt hat. Für Deutschland muß man die Auswirkung des G. B. G. vom 18. 2. 27 abwarten. Es wäre verfrüht, hier heute schon Feststellungen machen zu wollen. Eine umfassende deutsche Statistik liegt z. Zt. nicht vor. Eine Statistik über die Verhältnisse in Preußen gibt neuerdings die sehr günstige Erkrankungsziffer von 6 auf 1000 Lebende an. Ein bekannter Dermatologe, Professor von Düring, weist ausdrücklich darauf hin, daß die Geschlechtskrankheiten, wie alle Infektionskrankheiten, ein Absinken und Ansteigen der Krankheitskurven mit sich trügen. Er ist der Meinung, daß Erfolge nur erzielt werden können, wenn eine wirklich durchgreifende ärztliche Versorgung der Erkrankten durch Fachärzte einsetzt, wie sie das neue deutsche Gesetz vorsieht. Die Ausführung des am 1. 10. 1927 in Kraft getretenen Gesetzes B. G. wird in den verschiedenen deutschen Ländern bisher noch verschiedenartig geübt. In Städten, in denen Gesundheitsamt, Pflegeamt und Polizei in gutem Einvernehmen miteinander arbeiten, sind erfreuliche Erfolge zu verzeichnen. Aber die Organisation ist noch längst nicht in allen Gemeinden gut durchgeführt. Immerhin ist zu bemerken, daß die freiwilligen Meldungen zur ärztlichen Behandlung im Zunehmen sind. Auch hat man vielen Prostituierten bereits helfen können zu geordnetem Leben durch Aufnahme in Arbeitsstätten und Erholungsheimen. Manche sind zur Arbeit zurückgekehrt. Die Errichtung von Pflegeämtern, zumal in großen Städten, wird aber auch für die Zukunft die unentbehrliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit sein. Verbunden mit den Pflegeämtern muß die Organisation der nachgehenden Fürsorge sein. Sie wird den evangelischen Frauenorganisationen ein weites Arbeitsfeld bieten, die auf ihm auch im Sinne ihres eigenen religiösen Lebens einwirken können.

Es könnte nach der Darstellung vielleicht der Anschein erweckt sein, als stünde für die evangelische Frauenbewegung die Besserung der sanitären Verhältnisse im Vordergrund des Interesses. Das wäre aber eine irrige Anschauung. Selbstverständlich ist dem Deutsch-Evangelischen Frauenbund von jeher die Besserung der sittlichen Verhältnisse, die innere Einstellung zu den Fragen des geschlechtlichen Lebens vor allem wichtig gewesen. Aber wer die Verstrickung von physischem Leiden und man-

gelnder religiös-sittlicher Erkenntnis, von innerer Halt- und äußerer Rechtlosigkeit, von wirtschaftlicher Not und sittlichem Fall durch zahllose Einzelerfahrungen kennen gelernt hat, der weiß, daß auch anscheinend rein sanitäre Maßnahmen sich im Sinne christlicher Ethik auswirken können. Daher mußte neben dem auf die Änderung der gesetzlichen Grundlage im Kampf gegen die Prostitution hinzielenden Wirken eine bewußt evangelisch eingestellte, die Gesinnung beeinflussende Aufklärungsarbeit einsetzen. Sie ist vom Deutsch-Evangelischen Frauenbund in Wort und Schrift geleistet. Neben Volksaufklärung und -belehrung werden immer zwei gewichtige Faktoren im Kampf gegen die Unsittlichkeit mit in Betracht zu ziehen sein. Der Alkoholismus und die Wohnungsnot können von der Evangelischen Frauenbewegung gar nicht nachdrücklich genug bekämpft werden. Jeder Erfolg auf diesem Gebiet kommt der Hebung der Volkssittlichkeit zu Gute. Das Verständnis für den Kampf gegen den Alkoholismus, der ebenfalls im Deutsch-Evangelischen Frauenbund seit Jahrzehnten mit allem Ernst geführt wird, ist in den Frauenkreisen sehr gewachsen. Aber sie wissen, daß sie auch da erst am Anfang stehen. Schlimmer noch liegen die Verhältnisse auf dem Gebiet des Wohnungswesens. Krieg und Verarmung haben geradezu katastrophale Zustände fast in allen Bevölkerungsschichten hervorgerufen. Aber sie sind z. Zt. kaum zu beheben. Sie bilden ein Glied in der Kette der traurigen sozialen Zustände in Deutschland und sind neben der Not der Arbeitslosigkeit, neben den unzureichenden Löhnen eine Hauptursache der Prostitution.

Das jahrzehntelange Ringen um die Bearbeitung des Prostitutionsproblems in seiner weitgehenden Verknüpfung mit der wirtschaftlichen Lage der Frau, mit ihren sozialen Bedingungen und ethischer Wertung bedeutet dennoch nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Arbeitsgebiet des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes, das in jeder Einzelheit hier nicht dargestellt werden kann. Auch ein Eingehen auf die in Zukunft noch zu erfassenden Aufgaben verbietet sich. Nur der Hinweis sei zum Schluß gegeben: Der Wert der evangelischen Frauenbewegung für die evangelische Frauenwelt und darüber hinaus für die evangelische Kirche und das deutsche Volk wird im wesentlichen davon abhängen, in welchem Maße sie es versteht, gewissenhafte und verantwortungsbewußte Persönlichkeiten zu gewinnen, die sich im Sinn und Geist des Evangeliums für überpersönliche Aufgaben einsetzen, Menschen, die in Treue und Ehrfurcht sich beugen vor ewigem göttlichen Gesetz und geschichtlicher Größe, aber die auch in unserer schnellebigen Zeit an der Forderung des Tages nicht vorübergehen!

Abstract and Résumé s. page 206.

XIII.

Aspects de l'oeuvre sociale et humanitaire internationale.

Par Georges Thélin, Genéve.

Les articles que l'on consacre d'ordinaire aux travaux accomplis au cours d'une année qui vient de se terminer ont, en général, deux caractères principaux. Ils peuvent être consacrés surtout à des manifestations extérieures. Ils peuvent aussi, chercher à mettre en évidence les problèmes et le progrès des idées.

Après avoir fait, en quelque sorte, le point à Stockholm, "Life and Work" se doit d'aider positivement à la solution des problèmes qui sont posés devant l'opinion et la conscience des peuples. C'est pourquoi ici même nous marquerons pour les organisations internationales officielles les grandes lignes de l'effort social et humanitaire de 1928 et qui doivent se prolonger au cours des mois prochains.

* * *

L'activité multiple du Bureau international du Travail a continué à se déployer sur le terrain diplomatique, dans le domaine des recherches et des relations. A ces trois tendances ont correspondu les manifestations les plus diverses aussi bien générales que particulières. D'une part, ce furent les nègociations officielles avec les Gouvernements au sujet des conventions et de tout ce qui touche à la réglementation internationale du travail; ce furent aussi les pourparlers avec les Etats qui ne sont pas encore associés à l'œuvre de l'Organisation internationale du Travail. D'autre part, au point de vue scientifique, les études les plus diverses et les plus importantes ont été poursuivies: travaux généraux, enquêtes, comparaisons des applications nationales d'un même principe, évaluation du mouvement des salaires et des prix, etc. Quant aux relations, on s'imagine bien l'extension qu'elles prennent: de l'Orient à l'Occident, c'est tout un réseau d'informations et de renseignements qui s'entrecroisent et se tissent.

Mais, de cet ensemble de préoccupations et d'espoirs, on peut cependant dégager quelques questions essentielles qui restent vraiment au premier plan.

Depuis 1919, on assiste à l'élaboration d'une législation qui, tentant de faire la synthèse des progrès sociaux accomplis dans les divers pays, ou tout au moins par les grandes nations industrielles, doit enrayer dans certains domaines une concurrence néfaste non-seulement pour les travailleurs eux-mêmes, mais aussi pour l'économic nationale. Après des études minutieuses et des discussions approfondies, où les exigences de tous les groupements intéressés ont pu être considérées, grâce à l'adoption des *conventions du travail,* un Code international du Travail se précise

peu à peu. La ratification de ces conventions conditionne le développement même de l'Organisation. On ne s'étonnera donc pas d'entendre toujours rappeler cette vérité essentielle. Au cours de 1928, le nombre des Etats qui ont adhéré à ces engagements s'est accru d'une manière réjouissante: Le nombre total des ratifications officiellement enregistrées au 1er janvier 1929 était de 333, ce qui représentait une augmentation de 85 ratifications au cours de l'année, contre 34 en 1927 et 30 en 1926. Si l'on considère les étapes franchies ces cinq dernières années, on ne peut que se réjouir de l'accélération des progrès constatés. Un examen minutieux de l'état de choses actuel révèle tout d'abord une bonne volonté évidente de la part d'un certain nombre d'Etats. S'ils n'ont pas encore pu toujours faire enregistrer leur adhésion, ils se préoccupent de prendre les mesures nécessaires en vue de cette démarche. Par ailleurs, la plupart des Etats, dits nouveaux, ont, dès l'abord, établi leur législation sur des bases qui leur permettent de ratifier. Cependant, la réalité économique, les manifestations de la concurrence internationale font apparaître à l'examen que l'essor de la législation internationale dépend surtout du concours des nations industrielles les plus importantes. On est donc naturellement amené à donner sinon qualitativement, du moins quantitativement plus d'importance à certaines adhésions. Il est des Etats, chefs de file, et dont l'attitude commande celle de beaucoup d'autres collectivités, satellites ou clientes. Pour obtenir le consentement pratique de ces puissances industrielles qui, notons-le, ont en général voté elles-mêmes les conventions, on s'est efforcé d'assurer une application stricte des principes établis et, dans la limite des compétences reconnues aux organismes internationaux, avec le concours des Gouvernements, des études très serrées se poursuivent aux fins d'instituer des pratiques toujours plus similaires.

C'est pourquoi, dans ces conditions, la *révision des conventions* apparait extrêmement délicate. S'il est prévu dans les textes que l'on procédera tous les dix ans à cette opération, on avait considéré jusqu'à l'année dernière qu'il s'agirait-là d'une formalité et qu'une modification des principes tout à fait généraux sur lesquels on s'était entendu, était fort improbable. La demande de la Grande-Bretagne touchant la convention des huit heures constitue à cet égard un évènement. On sait sans doute que parmi les Etats industriels de premier plan, la Grande-Bretagne est le seul qui se refuse formellement aujourd'hui à se lier. Décision qui, dit-on, n'implique aucune critique du principe des huit heures — en fait assurées au 70 pour cent des travailleurs britanniques — mais décision cependant négative et qui encombre la route du progrès social. Elle ne l'obstrue cependant pas tout à fait puisque, malgré cette carence et depuis l'adoption de cette attitude, on

a enregistré de nouvelles adhésions à la convention des huit heures. Cependant, la situation demeure grave. Les ratifications qui sont intervenues portent en général comme condition l'adhésion de la Grande-Bretagne. On comprendra donc que ce veto ait retenu l'attention, suscité de nombreux débats, soulevé les masses ouvrières et qu'il constitue une grosse inconnue pour l'avenir. Du point de vue moral, quelles que soient les explications fournies, on ne saurait oublier qu'à deux reprises, des négociations officielles avaient permis l'espoir de l'adhésion britannique.

La réglementation de la durée du travail restera toujours, quelque attitude que les Gouvernements prennent, la revendication centrale des travailleurs et jusqu'à ce qu'elle soit internationalement reconnue, on ne peut guère attendre d'amélioration décisive dans les relations industrielles. On le voit bien d'ailleurs par l'ordre du jour des prochaines sessions de la Conférence internationale du Travail. Deux questions y figurent notamment et c'est précisément la durée du travail dans la marine marchande et pour les employés.

On se souvient peut-être qu'une Conférence spéciale, convoquée en 1920 a déjà discuté des huit heures pour les marins. Le projet de convention établi alors ne fut pas adopté, néanmoins, la question est restée à l'ordre du jour. Elle n'a cessé d'être débattue et aujourd'hui elle revient sur le tapis.

Pour les employés, c'est la première fois que le problème se pose. Il y a en fait une solidarité entre les travailleurs et l'on ne voit pas comment il est possible de refuser aux uns ce que l'on reconnaît aux autres. Il est certain que divers travaux requièrent des forces particulières et demandent à l'organisme des énergies spéciales. C'est l'argument que font valoir ceux qui admettent la limitation de la durée du travail dans l'industrie comme dans les mines. Mais il est également d'autres points de vue. Si l'on peut voir dans la journée de huit heures une règle dont scientifiquement on a démontré l'efficacité, on y trouve également un principe de vie intellectuelle, morale et sociale. Avec le développement des institutions démocratiques, avec l'instruction publique généralisée, c'est le niveau général de vie qui, peu à peu, s'est élevé et tous ceux qui travaillent, quel que soit leur métier, ressentent le besoin d'être assuré d'une libération élémentaire. C'est la raison fondamentale pour laquelle la durée du travail demeurera toujours, tant qu'elle ne sera pas définitivement assurée, au premier plan des préoccupations du Bureau international du Travail.

Il nous faut signaler ici, sans pouvoir entrer dans le détail, l'effort d'organisation des *travailleurs intellectuels* et leur demande précise de

jouir d'une protection morale et légale. Ce n'est que depuis la guerre que les travailleurs de la pensée se sont organisés. Ils ont constitué, comme les manuels, leurs fédérations internationales et ils ont revendiqué très légitimement que leurs intérêts soient pris en considération. A ces appels il a été répondu dans la mesure où la structure même de l'Organisation, telle qu'elle a été fixée en 1919, le permettait. Par la voie d'organismes spéciaux, on s'est mis au travail et toute une série de questions générales et spéciales sont à l'étude. Signalons, à titre d'exemple, la discussion sur la clause de conscience qui devrait être insérée — qui l'est déjà dans certains pays — dans les contrats des journalistes. En effet, lorsqu'un périodique change de direction ou adopte une orientation nouvelle, ces modifications posent à la conscience du journaliste une question parfois bien délicate à résoudre, d'autant plus qu'elle est étroitement unie à la nécessité de gagner son pain quotidien. Il en est de même du droit de l'inventeur. Dans quelle mesure celui qui a fait une découverte en étant au service d'autrui peut-il se prévaloir du fruit de ses recherches? Le salaire donné pour le travail suffit-il et les profits tirés de l'invention ne doivent-ils pas être acquis en partie à son principal auteur? Il y a aussi la question du secret professionnel et des limitations que l'on peut imposer de ce fait. C'est la clause de non concurrence qui figure dans certains contrats. Quelles sont les limites qui, normalement, doivent être assignées à cette restriction? — Telles sont quelques-uns des sujets qui figurent à l'ordre du jour de la Commission des Travailleurs intellectuels. — Et un effort identique est en train de s'organiser pour les employés. Ces questions soulèvent à bien des égards des problèmes d'ordre moral.

Place doit aussi être faite dans cette brève revue à la protection des *travailleurs indigènes*. C'est là, on se le représente, une question considérable. Mais la protection de la personnalité humaine ne connaît pas de frontières. Le travail des indigènes s'accomplit dans des conditions telles que la nécessité de décisions internationales, tout au moins de discussions et d'enquêtes, s'est imposée d'une manière toujours plus nette. Avec le concours des gouvernements accomplissant les devoirs qui leur sont imposés par l'institution même des mandats, on a peu à peu démêlé les situations actuelles, étudié les législations spéciales, discerné enfin les questions susceptibles d'être portées à la tribune internationale. On s'attachera au cours des mois prochains à préciser les mesures propres à faire disparaître le fléau du travail forcé et à jeter les bases de conditions d'emploi équitables et honnêtes.

* * *

La Société des Nations voue aussi, à côté des problèmes politiques, une grande attention aux questions humanitaires et sociales.

Dans ce domaine, le fait le plus important de l'année est sans doute l'entrée en vigueur de la convention de *l'opium*. Ainsi, pourra être constitué à bref délai ce Comité central permanent qui devra surveiller d'une façon constante le marché international en ce qui concerne les substances auxquelles s'applique la convention. D'importantes saisies ont prouvé, une fois de plus, l'étendue du mal et la lutte contre le trafic illicite est plus nécessaire que jamais.

La *traite des femmes* est l'un des fléaux qui dévaste notre civilisation; c'est ce qui ressort des documents qui ont été publiés sur la situation dans vingt-huit pays d'Europe et d'Amérique. Maintenant on aborde l'étude de la question de la protection matérielle et morale des artistes de music-halls en tournée à l'étranger, tout en poursuivant auprès de certains gouvernements les efforts pour obtenir la fermeture des maisons de tolérance.

Au point de vue de la *protection de l'enfance*, l'influence du cinéma sur la jeunesse a retenu l'attention. Une enquête est en cours dans sept pays d'Europe et aux Etats-Unis d'Amérique sur le problème de l'enfance en état de danger moral et social. Des projets de convention, notamment sur le rapatriement et l'assistance aux mineurs, ont été élaboré.

Il importe enfin de mentionner la question de l'assistance aux *réfugiés*. Il parait actuellement évident que, malgré les efforts considérables et fructueux accomplis à ce jour, on ne peut espérer la solution définitive du problème que par le retour des réfugiés dans leur pays d'origine ou par leur assimilation par les pays qui leur ont donné asile. Cette dernière solution implique naturellement de la part des Etats intéressés et de leur opinion publique une attitude positive qui est loin d'être un fait acquis.

* * *

Mais il ne suffit pas de prendre des décisions et de procéder à des études, de réformer et de suggérer. Il faut aux réformes de solides *bases morales*, il faut que les progrès nouveaux soient conçus, accueillis et accomplis dans un esprit propice. C'est là nécessité impérieuse. A cet égard, il y a encore actuellement de grandes insuffisances et de réelles incompréhensions. Il est déplacé d'en conclure, comme on le fait dans certains milieux, qu'il importe d'attendre les transformations de la mentalité pour réaliser de nouveaux progrès, puisque, aussi bien, certaines de ces modifications elles-mêmes facilitent les changements intellectuels et moraux. Mais il importe d'avoir présentes à l'esprit les exigences d'une réussite complète et durable. "Toute réforme sociale, disait récemment M. Albert Thomas, ne vaut que comme un moyen de civilisation supérieure, comme un moyen de développer en tout homme la personnalité humaine... Il n'y a de progrès social, il n'y a de réalisation possible de justice que

lorsque l'homme aspire à être un homme. Précaire et vaine sera toute l'œuvre entreprise à Genève si cette pensée de haute humanité cesse de l'inspirer et de la soutenir."

D'autres graves problèmes sont encore posés. L'un des plus impérieux est certainement celui de la *responsabilité* des Etats à l'égard des engagements internationaux. On est frappé par le nombre de rappels qu'adressent les conseils internationaux pour obtenir la ratification ou l'application d'accords conclus. C'est là un état de choses que révèle déjà le simple examen de l'action sociale et humanitaire des institutions officielles internationales — et que l'étude de l'action politique confirme plus encore —; nous ne pouvons que le signaler ici mais il importera d'y revenir dans cette Revue car les Eglises ne sauraient se désintéresser d'une question aussi capitale; l'observation des contrats internationaux est, au premier chef, un problème de moralité chrétienne.

Abstract and Zusammenfassung s. page 207.

XIV.

Abstracts. Zuſammenfaſſungen. Résumés.

Abstract from: Editorial, see page 103.

Most of the continuation work of the Stockholm Conference is done in the noiseless activity of the Commissions and the Institute. The Information Service is already well developed and the Research Work has been started this year. The strongest impulse for it will be given not only by sending collaborators but by conferences of experts which will meet later to study some problems selected for social research.

How to interest our congregations in the movement of Stockholm is to-day one of the biggest problems of the movement. Stockholm and the churches must work together if the movement is not to become a kind of ecclesiastical diplomacy.

The single church is also the best field for the concrete application of the principles of Stockholm. Geneva is already giving an example of such work by trying to group the friends of Stockholm. The value of inter-church aid for interesting the parishes in the larger movement should also not be underestimated.

The European Central Bureau, which is going to be included in the Life and Work Organisation is, therefore, becoming an important feature in the efforts to prepare an international basis and to gain the interest of the churches.

The "Golden Rule" was the leading principle in the biggest Relief work of history, the Near East Relief. It had raised, to 90 % with the aid of the Churches about 115 millions of dollars in cash and relief material for the Suffering East. It comes now to an end with June 30 th but a new movement "Golden Rule" is trying to conserve the capital of confidence and experience which has been gained to the benefit of children's work and the Eastern Churches. It is highly desirable that the Western Churches should give in the era of the œcumenical movements more practical aid, without proselytising

interest, to the Eastern Churches, most of which, to-day, are suffering Churches. The "Golden Rule" would be in this respect a good basis for practical collaboration between America and the European Churches.

Résumé de: Editorial, v. page 103.

L'œuvre de continuation de la Conférence de Stockholm se fait surtout au sein de l'Institut et des Commissions qui exercent sans bruit leur activité. Le Service d'Information est déjà assez développé, le travail de recherches commencera dès cette année et recevra une forte impulsion, non seulement par l'envoi de collaborateurs, mais par des Conférences consultatives de spécialistes.

Comment intéresser les paroisses au mouvement de Stockholm? Voilà un des plus gros problèmes qui se posent aujourd'hui. Stockholm et les Eglises doivent travailler de concert, sinon le mouvement ne sera plus qu'une sorte d'action écclésiastique.

La paroisse est le meilleur champ d'action pour l'application des principes de Stockholm. Genève donne déjà l'exemple de ce travail en commun en s'efforçant de grouper des "Amis de Stockholm". L'action de secours entre les Eglises est aussi un moyen très efficace d'éveiller dans les paroisses de l'intérêt pour le grand mouvement œcuménique.

Aussi le Bureau Central Européen, qui fera désormais partie de l'organisation de Life and Work, est-il en train de jouer un rôle important dans les efforts qui se font pour préparer une base internationale et pour stimuler les Eglises.

La "Règle d'Or" était le principe fondamental de la plus grande œuvre de secours de l'histoire, celle du Proche-Orient. Cette œuvre a recueilli, en grande partie avec l'aide des Eglises, des secours en nature et en espèces pour une valeur de 115 millions de dollars environ. Elle va se dissoudre le 30 juin, mais un nouveau mouvement, celui de la "Règle d'Or", s'efforce de conserver la confiance et l'expérience qu'elle avait acquises, en faveur de l'œuvre de secours aux enfants et aux Eglises d'Orient. Il est très désirable que les Eglises Occidentales, inspirées par le mouvement œcuménique, apportent aux Eglises d'Orient, qui souffrent, une aide pratique et désintéressée, sans arrière-pensée de prosélytisme. La "Règle d'Or" pourrait aussi servir de base à cet égard, à une collaboration entre les Eglises d'Amérique et les Eglises d'Europe.

* * *

Abstract from: Zwiedineck von Südenhorst, "Von den Grenzen sozialpolitischer Arbeit", see page 106.

The term "Socialpolitik" has come to stand for corporate and systematic efforts to assure the proper functioning of the social and industrial order by gradually removing, as far as possible, both the causes and evil results of the imperfections and injustices in our industrial and social life. The State, by extensive social legislation, has become the strongest factor in this movement of readjustment. This implies, of course, that, given the differences in social legislation, both as to its extent and the field covered in different countries, its standards and sanctions vary greatly from one country to another. The question then arises whether there is not a limit to these efforts beyond which society cannot afford to go if vital interests are not to suffer. The question is of great importance, especially for countries with a highly developed social legislation, with the enormous burdens which it places on the shoulders of the general tax-payer and the employer.

The author refers to the development of social insurance in Germany as an example of far-sighted "Sozialpolitik" coinciding with the economic and industrial interests of the nation. There is, however, a dangerous tendency on the part of the workers to ask for reduced working hours and increased wages and for protective measures against accidents, ill health, old age and unemployment, without sufficiently taking into account the fact that a decrease in output, which in turn increases costs, does not raise the purchasing power of the nation as such, but merely shifts the increased cost on to the consumers, a large section of whom have no corresponding increase of income, and tends seriously to weaken the competitive power of national industry on the international market, both at home and abroad.

Inasmuch as the cost of such a policy is largely borne by the employers and capitalists and also by the middle classes, whose income is thereby reduced, its primary and most serious effect is a corresponding decrease of savings, i. e. a reduction of capital. Capital is an indispensable element in our present industrial and social order. No responsible person can ignore the part played by this factor. No "Sozialpolitik" can afford to impose such burdens on the national industry as seriously to endanger the accumulation of national capital. This is especially true of Germany. Germany has to import food and raw material for her industries, to the extent of 4,5 billion Marks and pay 2,5 billions under the Dawes Plan. The national income on the other hand, is estimated at 45 to 48 billions, which means that Germany, in order to pay the 7 billions, must work one seventh more than other countries, i. e. an hour to an hour and a half, to meet other national industries on a more or less equal basis.

Résumé de: Zwiedineck, Le terme "politique sociale", v. page 106.

Le terme "politique sociale" (Sozialpolitik) a fini par désigner les efforts organisés pour assurer le bon fontionnement de l'ordre social et industriel, en supprimant peu à peu, dans la mesure du possible, à la fois les conséquences et les causes des iujustices de notre régime social et économique. C'est l'Etat qui, par une législation sociale très développée, est devenu le plus puissant facteur de cette oeuvre de rajustement. Il s'ensuit que, vu les différences qui existent entre les divers pays au point de vue de la législation sociale, la question se pose de savoir s'il ne doit pas y avoir à ces efforts des limites au delà desquelles la société ne peut aller sans léser des intérêts vitaux. La question a une grande importance surtout pour les pays qui ont une législation sociale très avancée et où le fardeau des impôts pèse lourdement sur le contribuable et sur l'employeur.

Le grand développement des Assurances sociales en Allemagne est conforme aux intérêts économiques et industriels de la nation. Toutefois, il n'est pas sans danger de la part des ouvriers de réclamer la réduction des heures de travail, des salaires plus élevés et des mesures de protection contre les accidents, la maladie, la vieillesse et le chômage sans se rendre suffisamment compte que la diminution du rendement cause un renchérissement du produit; elle n'augmente pas le pouvoir d'achat de la nation dans son ensemble et ce sont les consommateurs, dont les revenus n'augmentent pas en proportion qui supportent le coût plus élevé de la production. En outre l'industrie nationale voit s'affaiblir sa capacité de soutenir la concurrence sur le marché international, tant à l'intérieur qu'à l'étranger.

Ceux qui paient les frais de cette politique, ce sont les employeurs, les capitalistes et la classe moyenne dont les revenus sont, de ce fait, diminués. Le principal et le plus sérieux effet de cet état de choses est une diminution de l'épargne, c'est-à-dire, une diminution du capital. Or, le capital est un élément indispensable de notre système social et industriel actuel-; nul ne peut ignorer son rôle. Aucune politique sociale ne saurait grever l'industrie nationale sans risquer d'amoindrir de façon dangereuse le capital national. Ceci est particulièrement vrai pour l'Allemagne. L'Allemagne doit importer pour 4 milliards et demi de vivres et de matières premières pour son industrie et doit payer 2 milliards et demi en vertu du Plan Dawes. Le revenu national d'autre part, est estimé à 45 ou 48 milliards, ce qui signifie que ce pays, pour pouvoir payer ces 7 milliards doit travailler un septième de plus que d'autres pays, c'est-à-dire, 1 h. à 1 h. et ½ de plus, pour maintenir son industrie sur une base plus ou moins égale aux industries d'autres pays.

* * *

Abstract from: Teyssaire, The Sovereignty of the State, see page 116.

After a historical sketch of the meaning of the term sovereignty of the State, the author points out the growing opposition to the older conception, especially since the middle of the last century. This critical development has brought with it a more or less complete change in the conception of the State, with perhaps the sole exception of the countries predominantly Germanic in culture. The State is no longer conceived of in metaphysical terms, but viewed according to its functions and responsibilities from the point of view of society.

The function of the State is to further the welfare of the various constituent elements of society by administering universal justice. The State fulfils this function, in virtue of which alone it is justified in safeguarding and upholding its sovereign rights.

The old doctrine of the absolute sovereignty of the State has also been shaken by the considerations and actual conditions of international life. This is true even as regards Germany, where the Hegelian notion of the State is being increasingly abandoned.

The modern world, therefore, appears to be turning its back on the old dogma of the absolute sovereignty of the State and to be recognising in its stead the international judicial obligations arising out of the existence of the community of nations. The modern conception of international law springs from the conception of the sovereignty of the peoples, created by the necessities of their respective lives. The community of nations which is in course of formation, is based on a recognition of the rights and needs of man, which thus take a sovereign place in the field of international law.

Zusammenfassung zu: Teyssaire, Souveränität des Staates, s. Seite 116.

Nach einer Untersuchung des verschiedenen Sinnes, den der Ausdruck Souveränität des Staates in der Geschichte hat, weist der Verfasser hin anf den Widerstand, der sich gegen die alte Auffassung der Souveränität erhebt seit der Mitte des letzten Jahrhunderts. Dieser wachsende Widerstand führte dazu, daß heute die frühere Auffassung der Souveränität des Staates aufgegeben, ja verurteilt wird, vielleicht mit Ausnahme der Länder germanischer Kultur. Der

Staat wird heute nicht mehr mit einer metaphysischen Gewalt umkleidet, sondern beurteilt nach den Zielen, die er verfolgt und nach seiner Verantwortlichkeit für die Leitung der Gemeinschaft.

Diese sorgt für ihre Wohlfahrt durch die Anwendung des unveränderlichen und allgemein gültigen Rechtes. Der Staat ist daher nur rechtmäßig, wenn er die Souveränität des Rechtes gewährleistet.

Auch auf internationalem Gebiet ist der Anspruch der absoluten Souveränität erschüttert worden, sogar in Deutschland, wo der Hegel'sche Staatsbegriff nachwirkte.

Die Welt scheint daher heute das Dogma der absoluten Souveränität des Staates aufgegeben zu haben und nur noch die rechtliche internationale Verpflichtung innerhalb einer größeren Völkergemeinschaft anzuerkennen. Das Völkerrecht erwächst daher geradezu aus der Souveränität der Völker, die durch ihre sozialen Bedürfnisse geschaffen wurde. Die Staatengemeinschaft, die dadurch gebildet wird, kommt so wieder zur Anerkennung des Menschen und seiner Bedürfnisse, die auch auf internationalem Gebiet durch das Recht einen souveränen Anspruch erhalten.

* * *

Zusammenfassung zu: Yeaxlee, Erwachsenen-Erziehung, Religion und Weltbürgerschaft, s. Seite 126.

Wohl die ernsthaftesten Bemühungen um eine Bereicherung und Vertiefung der Bildungsmöglichkeiten für Erwachsene werden von der organisierten Arbeiterschaft gemacht. Die Kirche hat sich im allgemeinen nur zögernd und in ungenügender Weise diesen Bemühungen angeschlossen. Auch in der Jugend ist überall ein neues Streben nach vertiefter Bildung und vermehrtem Wissen bemerkbar. Überall zeigt sich dabei, daß die Jugend das Vertrauen in die äußerlich aufgenötigte Autorität der ältern Generation verloren hat. Wissenschaft einerseits, Literatur und Kunst andererseits ziehen sie in besonderer Weise an. Aber auch Religion, wenn sie nicht als bloße Lehre oder formalistischer Kultus verstanden wird. Die Jugend erstrebt, vielfach in losen organisatorischen Formen, die Gewinnung einer befriedigenden Lebensphilosophie.

Die Bewegung für Erwachsenenerziehung ist vollständig spontan und freiwillig, und wird heute aus einer Sache der rein privaten und individuellen Anstrengung zu einer öffentlichen Angelegenheit.

Die Kirche muß sich in viel stärkerem Maße, als dies jetzt zutrifft, dieser großen Bewegung annehmen. Die Möglichkeiten für die Kirche liegen in der geistig religiösen Beeinflussung der Erwachsenen und in der Förderung der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit. Die Bewegung könnte dadurch in der Hand der Kirche zu einem wertvollen und mächtigen Instrument werden in den Bemühungen der Kirche zum Wiederaufbau der heutigen Welt im Sinne des Evangeliums. Insbesondere wäre hier der Kirche eine Gelegenheit gegeben, das allgemeine, aber oft unklare und verschwommene religiöse Gefühl in der Jugend und auch bei den Erwachsenen zu einer klaren christlichen Weltanschauung zu entwickeln. Wahre Erziehung und Bildung ist nicht eine bloße Angelegenheit des Verstandes, sie ist die Entwicklung und Harmonisierung aller Fähigkeiten des Individuums in Beziehung auf die Gemeinschaft: Gemeinde, Nation und Menschheit. Sie führt so zum Dienst in vollkommener Freiheit. Die christliche Erziehung steht unter der Inspiration und Verpflichtung des Wortes: Ihr werdet die Wahrheit erkennen und die Wahrheit wird euch frei machen.

Résumé de: Yeaxlee, Education des Adultes, v. page 126.

Chaque grande crise de l'humanité suscite des forces nouvelles. L'une des conséquences de la guerre mondiale a été le grand intérêt qui se manifeste partout pour le problème de l'éducation, spécialement pour l'éducation des adultes; on a élaboré tout un programme dont les grandes lignes sont sensiblement les mêmes dans tous les pays.

Les plus grands efforts ont été faits de la part des organisations ouvrières pour développer la culture et l'éducation des adultes. L'Eglise ne s'est associée qu'avec hésitation et d'une manière insuffisante à ces efforts. La jeunesse manifeste également de profondes aspirations vers plus de science et de culture et il semble que partout, elle a perdu sa confiance dans l'autorité et le prestige de la vieille génération. La science d'une part, la littérature et l'art d'autre part, l'attirent d'une façon particulière; la religion l'intéresse aussi mais seulement lorsqu'elle est en relation avec la vie et non lorsqu'elle est représentée uniquement par des formules. Les jeunes sont à la recherche d'une philosophie de la vie, sans même en être conscients.

Le mouvement en faveur de l'éducation des adultes est tout spontané et volontaire; celle-ci est considérée aujourd'hui dans presque tous les pays comme devant faire partie de l'éducation nationale. Depuis la guerre, les universités, les autorités scolaires, l'Etat, s'efforcent presque partout de procurer aux adultes de la classe ouvrière les moyens de développer leur instruction, de sorte que ce mouvement cesse peu à peu d'être l'affaire d'efforts individuels et privés seulement pour devenir toujours plus officiel.

D'une façon générale, les Eglises n'ont pas compris l'importance de cette éducation des adultes ni la responsabilité qui leur incombe dans ce domaine. Ce que les Eglises ont fait, c'est de donner à la cause de l'éducation des masses ouvrières et aux mouvements de jeunesse des chefs et des pionniers mais elle doit soutenir cette cause d'une façon beaucoup plus considérable et plus efficace qu'elle ne l'a fait jusqu'à présent. Le mouvement pourrait devenir, grâce à elle, un élément précieux de rénovation religieuse et morale de coopération et d'entente internationales. Il met en contact ceux auxquels il s'adresse avec l'histoire, la pensée, les aspirations et les problèmes d'autres peuples et d'autres races.

L'éducation, la vraie, est plus qu'une simple affaire de l'intelligence; elle tend à développer et à harmoniser la personnalité humaine dans ses relations avec la communauté, la nation et l'humanité. Elle conduit au *service* qui est la liberté parfaite. L'éducation chrétienne a pour inspiration et pour règle les paroles du Maître, qui incarnent tout son enseignement: "Vous connaîtrez la vérité et la vérité vous affranchira."

* * *

Zusammenfassung zu: Kenyon, „Der gerechte Preis im mittelalterlichen Wirtschaftssystem", s. Seite 134.

Ein deutscher Nationalökonom hat vor kurzem eine vergleichende Untersuchung über die mittelalterliche Institution des „gerechten Preises" und das Preismonopol im modernen Kartell angestellt; daraus geht hervor, daß das Problem des gerechten Preises nicht bloß akademisches Interesse hat. Historisch gesprochen ist der „gerechte Preis" eine ursprünglich im Christentum verwurzelte Erscheinung. Die griechisch-römische Welt ließ gemeinhin die Übervorteilung bei geschäftlichen Transaktionen zu. Das Mittelalter führte ein ethisches Kriterium ein, indem der Marktpreis zum voraus festgesetzt bezw. korrigiert

wurde durch eine gemeinsame Feststellung über das sowohl dem Produzenten wie dem Konsumenten rechtmäßig Zukommende.

Der „gerechte Preis", der zuerst bei Augustin auftaucht, tritt im 12. und 13. Jahrhundert als wirtschaftlicher Faktor in den Vordergrund mit der Entwicklung der Handelszünfte, die verpflichtet waren, ihre Güter zu dem von den Kommunalbehörden festgesetzten gerechten Preis zu verkaufen. Ungenügendes Gewicht wurde in gleicher Weise als ein Verbrechen geahndet wie Überforderung. Es sind auch Beispiele von Bestrafung bekannt in Fällen, wo Getreide aufgestapelt und dann über dem allgemeinen gerechten Preis verkauft wurde.

Später kamen die Handwerkszünfte mit ihrer städtischen Preis- und Lohnregulierung. Hier bedeutete der „gerechte Preis", daß der Handwerker von seinem Handwerk zu leben in der Lage sein soll. Der „gerechte Preis" schloß daher die doppelte Forderung in sich, daß der Käufer die für den Produzenten erforderliche Summe bezahlt, und daß andere Produzenten für Produkte, die für den Abnehmer unentbehrlich sind, keine höheren Preise fordern. Immerhin war gewissen außerpersönlichen Faktoren, wie der natürlichen Knappheit u. a., ein Einfluß im Sinne einer Variierung des gerechten Preises an einem gegebenen Ort eingeräumt. Wo eine gesetzliche Fixierung des gerechten Preises durch den König oder die Kommunalbehörden infolge der zunehmenden lokalen Verschiedenheiten unmöglich war, wurde derselbe festgesetzt durch bindende Abmachungen der Zünfte selber („sodaß sie ein auskömmliches Leben dabei finden") und moralisch geschützt durch Kanzel und Beichtstuhl. In Streitfällen konnte die Sache vor einen Vertreter der Stadt oder selbst vor die geistlichen Gerichte gezogen werden.

Innerhalb der Zünfte hatte der Geselle das Appellationsrecht gegen seinen Meister an den Zunftmeister, wenn der Preis seiner Arbeit in Frage stand. Im 15. Jahrhundert forderten die als eine Klasse zunehmenden Arbeitnehmer das Recht, eigene Zünfte zu bilden für Sicherung oder Erhöhung der Löhne. Diese Forderung, der die auf den Schwarzen Tod von 1349 folgende Knappheit an Arbeitskräften zu Hilfe kam, eröffnete die bis auf den heutigen Tag sich fortsetzende Reihe von Lohnkämpfen. In der Stellungnahme der Kirche zu diesen Kämpfen überwiegen in den nächsten zwei Jahrhunderten die Ermahnungen an die Arbeiter, ihre Klassensolidarität nicht für die Forderung übersetzter Löhne zu mißbrauchen, aber es fehlt auch keineswegs an Beispielen, wo Gesellschaften oder Meister ernstlichen Tadel erfahren, daß sie Löhne bezahlen, bei denen die Gesellen kein Auskommen finden können.

Im Laufe des 17. Jahrhunderts verschwand die Idee des gerechten Preises völlig und damit zugleich die Forderung, daß Jeder Anspruch auf das zum Leben Notwendige habe. Weltliche und geistliche Führer, die mit der steigenden Komplizierung der neuen Lage nicht Schritt zu halten vermochten, gaben den Versuch auf, auf das geschäftliche und industrielle Leben einzuwirken und überließen es einem Individualismus, dem man auch Geltung für das soziale Gebiet zuschrieb.

Résumé de: Kenyon, Le Juste Prix dans le système économique du Moyen-Age, v. page 134.

Des comparaisons faites récemment par un économiste allemand entre la conception du Moyen âge du "Juste prix" et le monopole des prix des cartels modernes, montrent bien que la question n'a pas un intérêt purement académique. Historiquement le Juste prix a son origine dans le christianisme. Tandis que

dans le monde gréco-romain les parties contractantes pouvaient, dans une vente, tirer avantage l'une de l'autre, la doctrine du Moyen âge s'efforçait d'introduire dans le marché un élément moral en fixant le prix d'avance et en le corrigeant d'après ce qu'elle estimait conforme aux intérêts à la fois du producteur et du consommateur.

Le "Juste prix", qui est mentionné pour la première fois par Augustin, devient aux XII^{e} et XIII^{e} siècles un véritable facteur économique grâce au développement des Corporations de Marchands, lesquelles étaient tenues de vendre aux justes prix fixés par les autorités municipales. Le fait de vendre au-dessous du poids était puni à l'égal d'un crime aussi bien que celui de faire trop bonne mesure. On peut également citer des exemples de châtiments infligés à des marchands qui emmagasinaient leur blé pour pouvoir vendre au-dessus du juste prix généralement établi.

Plus tard, vinrent les Corporations de métier, organisations de producteurs, avec leurs réglements municipaux; ce qu'elles entendaient par le Juste prix, c'était la possibilité pour l'artisan de vivre de son métier. Aussi le Juste prix représentait-il, de la part de l'acheteur, l'obligation de payer au producteur la somme qui lui était due, et de la part d'autres producteurs, de s'abstenir de hausser leurs prix pour des produits dont les consommateurs avaient un besoin vital. Il était admis toutefois que le Juste prix pouvait subir des fluctuations dans une localité déterminée, sous l'influence de certains facteurs non personnels ou par suite de la rareté des produits due à des causes naturelles. Lorsqu'il était impossible au roi ou à la municipalité de fixer le Juste prix par une mesure légale, en raison des croissantes variations locales, il était établi à la fois par un décret des Corporations elles-mêmes ("de façon à assurer une existence suffisante") et par la pression morale qui s'exerçait du haut de la chaire et dans le confessional. En cas de conflit, l'affaire pouvait être portée devant un représentant de la cité ou même devant un tribunal ecclésiastique.

Au sein de la Corporation, le compagnon ou l'apprenti avaient un droit d'appel devant le chef de la Corporation, contre son maître, lorsque le prix de son travail était en cause; mais au XV^{e} siècle, les salariés qui devenaient toujours plus importants en tant que classe, réclamaient le droit de former des corporations à eux afin de maintenir ou de hausser leurs salaires. Cette demande, ajoutée à la rareté de la main d'œuvre qui fut la conséquence de la Peste Noire de l'année 1349, fut le début de la longue série de conflits de salaires qui continue encore de nos jours.

Pendant les deux siècles qui suivirent, on trouve surtout dans les annales de l'Eglise, des exhortations aux travailleurs à ne pas abuser de leur solidarité de classe en réclamant des salaires trop élevés; cependant on pourrait citer maints exemples de guildes ou de maîtres réprimandés pour avoir payé des salaires ne permettant pas au travailleur de vivre.

Au cours du XVII^{e} siècle, la conception du Juste prix disparut complètement, et, avec elle, l'idée que chacun devrait avoir le nécessaire pour vivre. Les théologiens et ceux qui enseignaient, incapables de saisir et de suivre les complications toujours nouvelles de la situation économique, renoncèrent à vouloir régler les us et coutumes dans le domaine du commerce et de l'industrie et s'en rapportèrent à une philosophie de tout repos d'après laquelle les intérêts de l'individu se confondaient avec ceux de la société.

* * *

Zusammenfassung zu: Canon Lilley, „Der gerechte Preis: ethische und geistige Faktoren", s. Seite 144.

Im Mittelalter waren die Normen der Lebensführung durch ein universales Prinzip der Gerechtigkeit, einer der vier Kardinaltugenden, bestimmt. Das Ziel der Gerechtigkeit war die Wahrung gewisser natürlicher Rechte, deren Inbegriff das Recht (Jus) hieß. In Gesetzbüchern niedergelegt, wurde dieses Naturrecht (Jus naturale) zum positiven Recht (Jus positivum), das sich daher vom Naturrecht herleitete. Am Naturrecht haben auch die Tiere teil; die Folgerungen, die aus ihm speziell für den Menschen als ein rationales Wesen sich ergeben, sind das Jus gentium.

Der Zweck der Gerechtigkeit ist, jedem Menschen sein jus, seinen Anteil am jus naturale zu sichern. Das ist das Problem der menschlichen Gerechtigkeit, und seine Lösung erheischte einen feinen Ausgleich zwischen dem Recht des Individuums auf Freiheit und dem sozialen Charakter des menschlichen Lebens. Beispielsweise hat Privateigentum im Naturrecht keinen Platz, und Entscheidungen im Interesse des allgemeinen Wohls, das oft durch Ansprüche des Privateigentums bedroht ist, mußten dem Repräsentanten der Allgemeinheit, dem Fürsten, übertragen werden. Aufgabe der mittelalterlichen Theologen war es, den Feudalismus mit den Forderungen des Naturrechts zu durchdringen, um gleiches Recht für alle seine Glieder zu sichern. Gerechtigkeit war außerdem der Ausdruck des menschlichen Willens, der sich die Erreichung des Wohles Aller durch eine gerechte Ordnung zum Ziele setzt.

Eines der praktischen Probleme, auf die dieser Begriff der Gerechtigkeit Anwendung fand, ist der Güteraustausch, Kauf und Verkauf. Die Übertragung eines beliebigen Gutes von einer Person auf eine andere war dann *gerecht,* wenn ein gleichwertiges Gut oder ein entsprechendes abstraktes Wertäquivalent dafür gegeben wurde. Dieses Äquivalent in Form von Geld hieß der „gerechte Preis". Diesen Preis beim Verkauf zu überschreiten oder beim Kauf zu unterschreiten, war eine Verletzung der Gerechtigkeit. Qualität sowohl als Quantität der Waren wurde bei der Berechnung des gerechten Verkaufs- und Kaufpreises berücksichtigt. Der Verkäufer hatte auf ihm bekannte Defekte der Ware aufmerksam zu machen oder, falls er es unterließ, für den Schaden aufzukommen.

Dieser direkte Austauschverkehr zwischen Produzent und Konsument war sozusagen allein von den früheren Theoretikern berücksichtigt. Der Händler wurde mit allgemeinem Mißtrauen betrachtet, aber die Theologen überzeugten sich allmählich, daß der Zwischenhändler, der die Waren zu höherem Preis verkaufte als was er selber für sie bezahlte, eine notwendige Stellung im Wirtschaftsleben einzunehmen begann. Wenn er auch in besonderem Maß der Gefahr der Gewinnsucht ausgesetzt war, so stellten seine Dienste einen Wert vor, der bezahlt werden mußte, wenn auch die Bestimmung dieses Wertes Schwierigkeiten bot.

Der „gerechte Preis" war nicht ein ein für allemal festgesetzter Preis, sondern konnte sich nach Zeit und Ort ändern, und seine Festsetzung wurde oft lokalen Körperschaften wie dem Bürgermeister und dem Rat überlassen. In der politisch-sozialen Sphäre stellte die Lehre vom „gerechten Preis" ein Maß gleichen Rechtes gegen Ausbeutung u. dgl. dar, insbesondere auch eine allgemeine Norm für die Sicherung eines lebensnotwendigen Lohnes, der nach der beruflich-sozialen Stellung bemessen wurde, sowie einen Schutz gegen eigene und fremde Habgier.

Résumé de: Lilley, Le Juste Prix: Ses facteurs moraux et religieus, v. page 144.

Au Moyen-Age, la ligne de conduite était réglée par des principes universels de justice, l'une des quatre vertus cardinales. La justice avait pour objet de maintenir certains droits naturels dont l'ensemble formait ce qu'on appelait le *jus*. Recueilli dans des codes humains, le *Jus Naturale* (Droit naturel) est devenu le *Jus positivum* (Droit positif) qui prétendait par conséquent dériver des droits naturels. Le Droit naturel concerne aussi les animaux, mais l'homme en a tiré des principes pour la société humaine et en a fait le *Jus gentium* (Droit des Gens).

Le but de la justice c'est d'assurer à chaque homme son droit, son *jus*, autrement dit sa part du *jus naturale*. C'est là le problème de la justice humaine et sa solution exige un équilibre délicat à établir entre le droit de l'individu à la liberté et le caractère social de la vie humaine. Par exemple, la loi naturelle ne prévoit pas de sanctions pour la propriété privée; en outre, c'est le prince qui va désormais représenter les droits de la collectivité souvent menacés par la propriété privée. La tâche des théologiens du Moyen-Age était d'imprégner la société médiévale des principes du droit naturel de façon à maintenir une justice égale entre tous ses membres. La justice représentait, de plus, l'expression de la volonté humaine constamment tendue, vers la réalisation du bien de la société au moyen d'un ordre juste.

L'un des problèmes auxquels s'appliquait cette conception de la justice était l'échange des produits, l'achat et la vente. Le transfert d'une marchandise d'une personne à une autre était *juste* lorsqu'une marchandise d'une valeur égale ou le pouvoir d'obtenir une marchandise d'une valeur égale, était donné en échange. Cette équivalence exprimée en argent était précisément le *Juste prix*. Le fait de vendre au-dessus ou d'acheter au-dessous de ce prix était une violation de la justice; on tenait compte de la qualité aussi bien que de la quantité des biens pour estimer leur juste valeur dans l'achat et dans la vente. Le vendeur était tenu de faire connaître les défauts cachés de la chose ou, à défaut, d'en restituer la valeur.

Cet échange direct entre le producteur et le consommateur était à peu près la seule forme de commerce qui se présentât à l'esprit des premiers théoriciens. Le marchand ou l'intermédiaire était l'objet d'une méfiance générale, mais les théologiens en arrivérent à comprendre que l'intermédiaire qui vendait les marchandises plus cher qu'il ne les avait payées devenait un facteur économique nécessaire. Bien qu'il fût animé par l'ambition du gain, ses services avaient une valeur qu'il importait de rémunérer, mais qu'il était difficile de déterminer.

Le Juste prix n'était pas un prix fixe; il variait selon l'endroit ou l'époque et c'était souvent les autorités locales, comme le maire ou la Corporation, qui le déterminaient. Dans le domaine politique et social, la doctrine du Juste prix avait pour but d'établir des droits égaux, c'est-à-dire la protection de l'individu contre l'exploitation, d'assurer à chacun un salaire lui permettant de vivre et calculé d'après son rang social, enfin de servir de protection contre les effets de l'amour du lucre et de la cupidité.

* * *

Abstract from: Fauconnier, Relations between Employers and Employees etc., see page 150.

I. In modern civilisation the search for the welfare of mankind, based on a well-balanced development, occupies the first place in human endeavour. The

suffering of the majority of mankind is however the price paid for this material progress, the benefits of which are enjoyed only by a minority, which holds in its hands the wealth of the nations.

II. From the 15th century onwards, the trend of economic evolution has been towards an ever increasing dependence of the industrial process on capital, as concentrated in the hands of a small number of wealthy men and banking institutions. The small merchant and manufacturer has become the large employer, and the craftsman of other days the wage-earning employee.

III. Modern Christianity, as developed from the Reformation movement, by eliminating the dualism between the spiritual and the temporal, has powerfully contributed to the development of modern society on a capitalistic basis.

IV. These considerations lead to the etablishment of the responsibility of the Christian employer towards his employees; social relations must be conceived and organised in the spirit of the Gospel.

V. It is the moral task of the employer to establish relations with his employees on a basis of trust and human confidence, and to help them to attain a higher spiritual and moral development by studying social problems with them in the light of the teachings of Christ.

VI. It is the essential task of the employer to improve the living conditions of the employees in every domain, and to insure the worker against all risks and dangers arising from his position as a wage-earner. The International Labour Office has an important part to play in this connection.

VII. The constructive work thus accomplished is "charity" in the true sense of the word, which is that of disinterested love, and those engaged in it may be said to act "according to the Spirit".

Zusammenfassung zu: Fauconnier, Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern etc., s. S. 150.

1. In der heutigen zivilisierten Welt steht die Erzielung einer allgemeinen Wohlfahrt im Vordergrund menschlicher Bemühung. Die sozialen Leiden und Lasten, die der größere Teil der Menschen zu tragen hat, sind der Preis eines materiellen Fortschrittes, der im wesentlichen einer kleinen Minderheit zugute kommt, in deren Händen aller Reichtum konzentriert ist.

2. Seit dem 15. Jahrhundert vollzog sich die wirtschaftliche Entwicklung im Sinne einer steigenden Abhängigkeit der Arbeit von dem im „Kapital" konzentrierten Geld. Der Kaufmann und Meister ist zum industriellen Unternehmer geworden, während der Handwerker von früher auf die Stufe des Lohnarbeiters gesunken ist.

3. Der Geist des abendländisch-protestantischen Christentums hat durch seine Aufhebung des Dualismus zwischen Geistlichem und Weltlichem in starkem Maße die Entwicklung der modernen Gesellschaft auf kapitalistischer Grundlage gefördert.

4. Diese Tatsachen bestimmen aber die Verantwortlichkeit des christlichen Unternehmers gegenüber dem Arbeitnehmer: die sozialen Beziehungen müssen im Geiste des Evangeliums geregelt werden.

5. Die moralische Aufgabe des Unternehmers besteht darin, vertrauensvolle Beziehungen mit den Arbeitnehmern zu unterhalten und sie zu einem geistig-sittlichen Leben heranzuziehen, indem er mit ihnen die sozialen Probleme im Lichte der Lehren Jesu studiert.

6. Seine materielle Aufgabe besteht darin, die Lebensbedingungen der

Arbeitnehmer auf allen Gebieten zu verbessern, sowie sie gegen die Gefahren aller Art, die ihre Stellung als Arbeitnehmer mit sich bringt, sicherzustellen; — in diesem Zusammenhang wird auf die Bedeutung des Internationalen Arbeitsamtes hingewiesen.

7. Was so geschaffen wird und geschaffen werden muß, kommt aus einer selbstlosen Liebe, die „aus dem Geiste“ ist.

* * *

Zusammenfassung zu: Björkquist, Schwedische Konferenzen für industrielle Verständigung, s. Seite 157.

Der Verfasser berichtet über eine Reihe hochbedeutsamer Versuche zur Herbeiführung des industriellen Friedens in Schweden.

1. Am 30. November bis 1. Dezember 1928 tagte im Parlamentsgebäude in Stockholm auf Einladung des Arbeitsministers Lübeck eine Konferenz von 200 Vertretern der Unternehmer und der Arbeiterschaft zum Studium der Frage der Zusammenarbeit in der Industrie. An der Konferenz nahmen u. a. der Vorsitzende der Vereinigung der schwedischen Industriellen sowie der Führer der organisierten schwedischen Arbeiterschaft teil. Die Konferenz erörterte die unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglichen Wege einer Zusammenarbeit, sowie Fragen der Rationalisierung in der Industrie. Die Konferenz war auf beiden Seiten von dem Wunsche beseelt, utopische Formeln zu vermeiden, aber ebenso sehr, einen Ausweg aus den ökonomisch verheerenden und primitiven Kampfmethoden bei industriellen Konflikten zu finden. Eine Kommission aus je 5 Vertretern der Unternehmer und der Arbeiterschaft, vermehrt durch Regierungsvertreter, wurde eingesetzt, um die Ergebnisse der Konferenz zu formulieren und Vorschläge zur Durchführung ihrer Ziele zu machen.

2. Diese „Stockholmer Konferenz“ war in wirksamer Weise vorbereitet worden durch eine Reihe kleinerer und intimer Konferenzen zwischen Arbeitern und Studenten, dann auch zwischen Unternehmern und Studenten und schließlich zwischen Vertretern aller drei Gruppen, die seit einer Reihe von Jahren am Sitze der Sigtuna-Stiftung in Sigtuna stattfinden. Die Anfänge dieser Bewegung gehen in das Jahr 1912 zurück, sie erfuhr aber durch den Krieg eine Unterbrechung. 1922 wurden diese Konferenzen wieder aufgenommen und haben seither jedes Jahr stattgefunden. Hervorragende Führer der Industrie, der Arbeiterschaft, der Bankwelt, des politischen und kirchlichen Lebens sowie der akademischen Jugend pflegen regelmäßig an diesen Zusammenkünften teilzunehmen. Die Teilnehmer wohnen während der Konferenzen am Sitze der Stiftung zusammen. Da auch über diese Konferenzen in der Presse keine Berichte erscheinen, so ist eine einzigartige Atmosphäre des Vertrauens und der Freimütigkeit geschaffen. In der Regel ist ein Tag der Diskussion eines aktuellen sozialen oder wirtschaftlichen Problems, ein anderer der Erörterung religiöser oder ethischer Fragen gewidmet. Die letzte dieser Konferenzen, an der auch der schwedische Kronprinz teilnahm, fand am 9.—10. März 1928 statt und behandelte die Arbeitslosigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Lage der jugendlichen Arbeiter.

Diese Konferenzen in Sigtuna sollen auch weiterhin durchgeführt werden. Sie haben ihren Platz auch neben der größeren Bewegung, die in der „Stockholmer Konferenz“ von 1928 zum erstenmal greifbare Gestalt gewann. Sigtuna lenkt die Aufmerksamkeit dauernd auf die ethischen und religiösen Hintergründe und die großen menschlichen Gesamtzusammenhänge der sozialen Probleme. Darin hat es eine bleibende große Aufgabe.

Résumé de: Björkquist, Conférence pour la paix industrielle en Suède, v. page 157.

I. Du 30 novembre au 1er décembre 1928 a eu lieu à Stockholm une Conférence dont l'importance est considérable pour l'avènement de la paix industrielle. Sur l'invitation du ministre du Travail, Lübeck, elle réunit plus de 200 représentants d'employeurs et d'ouvriers pour étudier les moyens d'instaurer la paix dans le monde du travail par une collaboration commune. Parmi les participants se trouvaient le président de l'Association des Industriels suédois et le chef des syndicats.

La question de la rationalisation dans l'industrie donna lieu à de vives discussions. La Conférence avait le désir de se garder de toutes formules utopiques et de chercher, aux conflits du travail, si désastreux pour les deux parties au point de vue économique, des solutions plus conformes aux temps modernes. Une Commission composée de 5 représentants de l'Association des employeurs, de 5 représentants des Syndicats et de quelques représentants du Gouvernement fut constituée pour résumer les voeux et résolutions de la Conférence et faire des propositions relatives à leur réalisation.

II. Cette Conférence de Stockholm avait été préparée de la façon la plus effective par toute une série de petites conférences d'un caractère plus intime, d'abord entre ouvriers et étudiants, puis entre patrons et étudiants et finalement entre représentants de ces trois groupes.

Ces réunions avaient lieu au siège de la Fondation Sigtuna à Sigtuna. Commencé en 1912, ce mouvement fut interrompu par la guerre et ne reprit qu'en 1922; dès lors, chaque année fut marquée par une nouvelle conférence. Des personnalités importantes du monde de l'industrie, de la banque, des milieux politiques et ecclésiastiques ainsi que des représentants du monde ouvrier et de la jeunesse universitaire participaient à ces conférences. L'Archevêque Söderblom y prit une part importante. Tous les délégués étaient logés ensemble à la Fondation Sigtuna, ce qui favorisait un contact personnel lequel fut un élément précieux pour la compréhension et l'entente mutuelle. En outre, le fait que la presse ne parla pas de ces réunions contribua à créer une atmosphère de liberté et de confiance. La dernière Conférence qui se réunit les 9 et 10 mars 1928 et à laquelle participa le prince héritier de Suède avait pour sujet le chômage et, d'une façon spéciale, le chômage parmi la jeunesse ouvrière.

On décida à l'unanimité que ces Conférences de Sigtuna devaient être continuées et qu'elles avaient leur rôle à jouer malgré la grande Conférence de 1928 à Stockholm dont le but était aussi la paix dans l'industrie: Sigtuna étudie ces problèmes dans leurs relations avec la vie spirituelle et morale et met l'accent sur l'étroite solidarité qui unit les êtres humains et la responsabilité qui incombe à chacun d'eux dans la vie sociale.

* * *

Zusammenfassung zu: Myers, Zusammenarbeit in den Gewerkschaften der Vereinigten Staaten, s. Seite 162.

An Stelle der bisherigen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern tritt heute in den Gewerkschaften mehr und mehr eine Politik der Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung zutage, um Arbeitshemmnisse zu vermeiden und die Produktionskraft der gesamten Industrie zu steigern. Die Kirchen begrüßen diese neue Politik der offiziellen Gewerkschaften. Sie wird von diesen selbst als Beginn einer neuen Aera angesehen.

Der Verfasser gibt als Beispiel die Erfahrung, die für solche Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und der Baltimore und Ohio-Eisenbahn gemacht wurde. In gemeinsamen Konferenzen wurden dort nicht nur die praktischen Methoden solcher Zusammenarbeit gewonnen, sondern auch eine neue Gesinnung, sodaß die Arbeiter auch ihr schöpferisches Interesse für das Werk einsetzen.

Verschiedene andere Gewerkschaften sind diesem Beispiel gefolgt, so in der Druckerei, in der Tapezier-Industrie, in der Seiden- und in der Bekleidungs-Industrie. In einem Unternehmen dieser Industrie, bei Nash, Cincinnati, ist der Betrieb auf dem Grundsatz der „goldenen Regel" aufgebaut worden. Da diese in einem abgegrenzten Betriebe nicht genügend durchgeführt werden konnte, schlug der Unternehmer selbst seinen Arbeitern den Eintritt in die Gewerkschaften vor.

Die Hindernisse, die solcher Zusammenarbeit entgegenstehen, liegen vor allem in der *Open Shop*-Bewegung, die die Organisierung der Arbeiter bekämpft. Der Verfasser hält das Eintreten der Kirchen für die Förderung des Willens zur Zusammenarbeit für geboten.

Résumé de: Myers, La co-opération dans le mouvement Syndical aux Etats-Unis, v. page 162.

Les Syndicats aux Etats-Unis ont aujourd'hui de plus en plus la tendance à remplacer les anciens conflits entre employeurs et ouvriers par la collaboration; celle-ci a l'avantage d'éviter les entraves au travail et d'augmenter la force productrice de l'industrie en général. Les Eglises saluent avec joie cette politique officiellement adoptée par les Syndicats et la considèrent même comme le commencement d'une ère nouvelle.

L'expérience d'une collaboration de ce genre a été faite, par exemple, entre les Syndicats et les chemins de fer de Baltimore et de l'Ohio. Des conférences communes servirent non-seulement à découvrir des méthodes pratiques d'établir la collaboration mais aussi à créer un nouvel esprit permettant aux ouvriers de s'intéresser à l'entreprise d'une façon effective.

Différents autres Syndicats ont suivi cet exemple; ainsi dans l'imprimerie, dans l'industrie de la tapisserie, de la soie et du vêtement. C'est dans cette dernière industrie qu'on trouve le cas le plus frappant d'une collaboration entre employeurs et ouvriers.

Un industriel, M. Nash, de Cincinnati, décida d'appliquer la Règle d'Or dans la fabrique qu'il dirigeait, et afin de l'étendre à l'industrie du vêtement tout entière, il invita lui-même ses ouvriers à s'affilier aux syndicats, fait unique dans l'histoire industrielle des Etats-Unis.

Les obstacles qui s'opposent à cette collaboration résident surtout dans le mouvement de l'"Open shop" qui est un mouvement patronal dirigé contre les Syndicats et combattu par les organisations ouvrières.

Il est du devoir des Eglises de développer la volonté de co-opération dans l'industrie.

* * *

Abstract from: Schöttler, Social and Economic Changes and their Influence on Spiritual and Ecclesiastical Life, see page 166.

The economic system of central Germany was based on the salt and copper industries and on agriculture, which made Saxony the corn-growing centre of Germany. An industrial transformation began with the introduction of the sugar

industry. This was responsible for the introduction of two other industries into Saxony: the machine and the browncoal industries. The discovery of potash salts led to a vast industrial development, which gave Germany a world monopoly up to the war.

The industrial development of central Germany thus proceeded from salt to copper, from corn to beet-root, from potash to coal, from agriculture to industry, and finally to the complete industrialisation of the whole province. The rapid growth of this industrial process is shown by an increase of 72% in the brown-coal industry in a period of ten years. But this increase had disastrous consequences owing to the fact that the brown-coal industry, which is conducted on the surface, and not in mines, is destructive of agriculture, so that the farmer gives place to the proletarian without roots in the soil or settled abode. The available statistics with regard to this transformation indicate a real need and danger to the spiritual, moral and religious life of the people. The change which is taking place is endangering the religious traditions of former generations. The community symbol is no longer the steeple of the church, but the chimney of the industrial works, which dominates the thoughts and feelings of the workers and stands for the prevailing mechanistic conception of life. The disappearance of religious tradition is a menace also to moral life and creates indifference or hostility in the place of the sense of belonging to a definite community, which was characteristic of the former village life.

All this implies a missionary task of gigantic proportions. The Gospel alone can bring about the necessary conversion through which each comes to see the fault not in others, but in himself, and to feel the conviction of salvation where before he was lost in sin. The recognition of this eternal truth would mean new life for the people.

Résumé de: Schöttler, Les transformations sociales et économiques et leur influence sur la vie spirituelle et ecclésiastique, v. page 166.

Le territoire situé au centre de l'Allemagne entre Eisleben, lieu de naissance de Luther, et Wittenberg, lieu où s'exerça son activité, a été, depuis les jours de la Réforme, le théâtre, non-seulement de luttes intellectuelles et politiques mais encore d'importants évènements économiques qu'on peut retracer par les mots: du sel au cuivre, du blé à la betterave, de la potasse au charbon.

Cette dernière étape notamment, c'est-à-dire l'exploitation des trésors du sol si longtemps dédaignés, a, en l'espace de quinze ans, transformé l'aspect du territoire tout entier; d'une contrée rustique elle a fait une colonie industrielle des plus modernes.

Cela ne représente pas seulement une transformation du sol mais aussi une transformation des hommes eux-mêmes et de la population toute entière, plaçant devant les autorités de l'Etat et de la commune ainsi que devant l'Eglise des devoirs tout nouveaux. Des régions agricoles sont envahies par des ouvriers de l'industrie Comment les incorporer? Des villes surgissent du sol? Comment les pourvoir spirituellement? La population primitive disparaît et avec elle disparaissent souvent les traditions et la discipline, la fidélité et la foi des pères. Là où autrefois, du haut du clocher le son des cloches réglait la vie, s'élèvent aujourd'hui les cheminées des usines, et le bruit de la sirène domine tout. Comment, en de pareilles conditions, réveiller dans la population la voix de l'âme et de la vie intérieure?

C'est ainsi que par l'essor de l'industrie et des progrès techniques, la vie religieuse et morale de l'Allemagne se trouve menacée. Par quels moyens pourra-t-on vaincre ce danger? Il n'y a qu'un seul chemin conduisant au but, une seule source qui donne une vie nouvelle, une seule force qui remporte la victoire sur toutes les puissances de destruction: l'Evangile.

* * *

Zusammenfassung zu: Livie-Noble, Die Jugend in Groß-Britannien, s. Seite 170.

Gegen Ende des Jahres 1928 tagte in Croydon die nationale britische Konferenz für Jugendwohlfahrt. Die Verhandlungen der Konferenz lenken die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Regierung auf die besondern Bedürfnisse und Verhältnisse der heutigen britischen Jugend. Ihre Geburt und ihre ersten Jahre waren sehr durch die Psychose des Weltkrieges beeinflußt. Ihre Milieu-Einflüsse haben oft durch die Abwesenheit der Väter und ältern Brüder im Kriegsdienst gelitten. Das größere Maß von Freiheit, das ihnen zufiel, kann daher eine Kraft entweder zum Guten oder zum Schlimmen sein.

Der Staat, der die Entwicklung der Kinder durch die Schule in seiner Hand hat und eine Kontrolle über ihre physische und geistige Gesundheit ausübt, entläßt die Kinder aus seiner Aufsicht, wenn dieselben mit 14 Jahren die Schule verlassen. Erst nach erreichtem 16. Altersjahr tritt wieder eine öffentliche Kontrolle des jugendlichen versicherten Arbeiters ein. Die Zeitspanne vom 14.—16. Altersjahr ist für die Jugendlichen eine besonders kritische Periode. In dieser Zeit pflegt sich der Charakter entweder zu konsolidieren oder zu desintegrieren. Aber es fehlen zur Hauptsache die Handhaben für wirksame Hilfe und Führung der Jugendlichen in diesen kritischen Jahren.

Es ist eine unleugbare Tatsache, auf die Basil Mathews andernorts hingewiesen hat, daß die Kirche den Jugendlichen wenig zu bieten hat, um sie an sich zu binden. Jährlich erreichen in Groß-Britannien etwa 600 000 Kinder das Alter von 14 Jahren. Man hat ausgerechnet, daß etwa 70 % derselben in keinerlei Verbindung stehen mit religiösen, erzieherischen oder sozialen Institutionen, die für eine gesunde und fördernde Beschäftigung dieser Jugendlichen in ihren Freizeiten sorgen könnten. Zahlreiche Jugendliche treten in Beschäftigungen ein, die außerordentlich lange Arbeitszeit fordern und keine Möglichkeit zur Entwicklung und keine glücklichere Zukunft bieten. Ungelernte Arbeiter dieser Altersklasse haben oft bis zu 70 und 80 Arbeitsstunden. Dabei werden sie häufig von ihren Dienstherren bei erreichtem 16. Altersjahr zugunsten der jüngern und daher billigeren Arbeitskräfte wieder entlassen.

Die Konferenz fordert eine obligatorische Tagesfortbildungsschule für alle Jugendlichen bis zum erreichten 18. Altersjahr, mit einem Minimum von 8 Wochenstunden und außerdem umfassende Schutzmaßnahmen für Jugendliche in der Industrie.

Die sexuellen Probleme der Jugendlichen wurden eingehend erörtert. Die größere Freiheit im Verkehr der heutigeu Jugend sollte der willkommene Anlaß sein, um in ihr das Verantwortungsgefühl gegen sich selber und gegenüber der Gemeinschaft zu wecken. Selbst wenn dies eine Reform der Erziehungsmethode nötig macht, so liegt kein Grund vor, die möglichen Ergebnisse zu fürchten. Größere Freiheit birgt in sich die Möglichkeit zu größerer Sympathie und größerem Vertrauen. Die lebendigen Grundsätze unseres christlichen Glaubens aber können in verschiedener Weise den verschiedenen Alterslagen und Verhältnissen nahe gebracht werden. Es ist heute nötiger als je, den christlichen Ge-

danken eines reinen Familienlebens in die Seelen zu pflanzen, aber dieser Grundsatz darf nicht in der Form eines bloßen dogmatischen Satzes an unsere Jugend herangebracht werden, sondern muß in seiner innern Beziehung zur Vernunft, Erfahrung und Schicklichkeit hingestellt werden.

Die Konferenz legte großes Gewicht darauf, daß die Arbeit *für* die Jugend nicht genügt, sondern daß der Geist unserer heutigen Jugend im besondern die Arbeit unter und mit der Jugend verlangt. Die Grundlage der sozialen Arbeit muß der persönliche Kontakt und persönliche Sympathie und Verständnis sein. Der Herzog von York stellte die durchschlagende Forderung für die Vermehrung der Zahl solcher Sozialarbeiter auf. Ebenso wurde die Notwendigkeit weiterer Ausbildungsmöglichkeiten für diese Arbeiter betont.

Der Konferenzbericht ist als ein lesenswertes Buch erschienen, das das Interesse von Eltern, Lehrern, Arbeitgebern, Pfarrern und Politikern verdient, und dieses Interesse zu wecken auch unmittelbar imstande ist. (Messrs. Ernest Benn Ltd., London, Preis 1/6.)

Résumé de: Livie-Noble, La Jeunesse en Grande-Bretagne, v. page 170.

La Conférence nationale britannique pour la Protection de la Jeunesse s'est réunie vers la fin de 1928 à Croydon. Ses discussions ont attiré l'attention du public et du gouvernement sur les conditions et les besoins particuliers de la jeunesse d'aujourd'hui en Grande-Bretagne.

La naissance et les premières années des enfants de cette génération ont subi l'influence des émotions et de l'atmosphère quelque peu artificielle de la guerre européenne; le foyer a souffert de l'absence du père ou des frères aînés partis pour le front et, de ce fait, les enfants ont joui d'une liberté plus grande qui peut devenir une force soit pour le bien soit pour le mal.

L'Etat qui veille sur l'enfant durant ses années d'école et prend soin de sa santé physique et morale, relâche sa surveillance lorsque l'enfant atteint l'âge de quatorze ans et quitte l'école. Et ce n'est qu'à seize ans que le jeune adolescent, qui prend place, alors, parmi les travailleurs mis au bénéfice de l'assurance, subit de nouveau le contrôle des autorités. Cette période intermédiaire entre 14 et 16 ans est souvent une période critique pour le jeune homme; c'est le moment où son caractère s'affermit ou s'affaiblit, et où précisément on ne s'occupe pas assez de le guider et de lui venir en aide.

C'est un fait indéniable (ainsi que Basil Mathews l'a déclaré ailleurs) que la jeunesse ne trouve guère dans l'Eglise de quoi l'y retenir. 600 000 enfants environ atteignent chaque année l'âge de 14 ans en Grande-Bretagne, et sur ce nombre on évalue à 75 % ceux qui ne sont rattachés à aucune espèce d'organisation religieuse, éducative ou sociale, grâce auxquelles ils pourraient faire un bon usage de leurs loisirs. Un grand nombre de jeunes gens ont un emploi où l'on exige une durée de travail excessive et qui n'offre ni avenir ni chance d'avancement. Dans certains petits emplois, des garçons de quinze à seize ans travaillent de 70 à 80 h. par semaine et lorsqu'ils atteignent l'âge de 16 ans, leur patron les congédie pour prendre des ouvriers plus jeunes et par conséquent meilleur marché.

La Conférence recommande la création d'une Ecole de continuation obligatoire (un externat) pour tous les jeunes gens jusqu'à dix-huit ans, et qui n'aurait pas moins de 8 h. de classe par semaine; elle estime également indispensable une surveillance plus stricte des jeunes gens travaillant dans l'industrie.

Les problèmes sexuels relatifs à la jeunesse ont aussi été étudiés et l'on a eu le sentiment très net qu'il fallait profiter de la franchise beaucoup plus grande qui règne à notre époque entre jeunes gens, pour les éveiller au sentiment de leur responsabilité envers eux-mêmes et envers la société et si cela doit conduire à de nouvelles méthodes dans l'enseignement de la morale, il n'y a pas lieu d'en craindre le résultat. Une plus grande franchise ne peut qu'engendrer une plus grande compréhension et une plus grande confiance et nous croyons que les principes de notre foi chrétienne peuvent être présentés aux jeunes de différentes manières selon les différences d'âges et de conditions.

A aucune autre époque, il n'a été plus nécessaire de formuler nettement le conception chrétienne de la vie de famille; mais ce n'est pas par une simple assertion qu'on atteindra la jeunesse; on doit faire appel à la raison, à l'expérience et à la conscience sociale.

En dernier lieu, la Conférence nationale a insisté sur le fait que le travail *pour* la jeunesse ne suffit pas, les conditions du temps présent exigent surtout le travail *parmi* la jeunesse et *avec* elle.

La base du travail social doit être le contact personnel, la sympathie et la compréhension mutuelles. Le Duc de York a lancé un vibrant appel pour que le nombre de ces travailleurs soit accru et pour que leur formation soit rendue possible.

Le rapport complet de la Conférence est publié sous la forme d'un livre très attrayant et qui s'adresse tant aux parents qu'aux éducateurs, aux employeurs, aux ministres et aux politiciens. Il est publié par MM. Ernest Benn Ltd. Londres; prix 1 sh. 6. p.

* * *

Abstract from: Müller-Otfried, The Evangelical Women's Movement in Germany, see page 174.

Unlike the situation in other countries, the Evangelical Women's Movement in Germany has developed independently of the civic women's organisations. The German Evangelical Women's Association was founded in 1899 on the initiative of leaders of the Home Mission of the Evangelical Church of Germany. It comprises sixteen state and provincial organisations with a total membership of 223 000.

One of its main efforts has been the campaign against immorality based on the principle of equal moral laws for both sexes. This work has received a certain degree of official sanction by the passing of a law on venereal diseases for the whole of the Reich. In addition to case work, the German Evangelical Women's Association has taken a definite stand on questions related to state registration and tolerated houses. This has resulted in an unqualified rejection of all forms of state registration for reasons of hygiene, and the moral and physical protection of youth, but most of all out of consideration for the dignity of womanhood. The above-mentioned law came into effect, largely owing to the untiring efforts of men and women organised in the Abolitionist Federation and in the German Evangelical Women's Association, on October 1, 1927. The time has been too short to allow of a final judgment as to its effects, especially in view of the fact that the Acts passed in the various German states for the carrying out of the law are not homogeneous in character.

The state of the registration question in other countries shows a victory of the abolitionist forces in England, Holland and to some extent in the Northern countries, and continued resistance to abolition in Belgium and France. A

proposal made to the Commission of the League of Nations at its meeting in March, 1927, to the effect that tolerated houses be supressed in all countries was opposed by France, Spain, Portugal and Japan.

The campaign for uniform moral laws for men and women is only one of the tasks which the German Evangelical Women's Association has set itself. Its main object is to work generally for the moral and religious regeneration of the people and to co-operate in the rebuilding of the economic, social and national life of Germany. The ultimate success of this vast programme will largely depend on the amount of good will and intelligent service which the Evangelical Women's Movement is able to enlist to this end.

Résumé de: Müller-Otfried, Evangelische Frauenbewegung, s. Seite 174.

L'Association allemande des Femmes évangéliques d'Allemagne a été fondée en 1899 sur l'initiative des chefs de la Mission Intérieure de l'Eglise évangélique d'Allemagne. Cette Association comprend seize organisations provinciales et compte un chiffre total de 223 000 membres.

L'un de ses principaux buts a été la lutte contre l'immoralité basée sur le principe d'une morale égale pour les deux sexes. Le vote d'une loi sur les maladies vénériennes est venu donner un appui à l'œuvre entreprise. L'Association a pris position dans la question de la réglementation et des maisons de tolérance et n'a pas hésité à condamner toute forme de réglementation officielle au nom de l'hygiène, au nom de la jeunesse qu'il importe de protéger physiquement et moralement et par dessus tout, au nom de la femme dont la dignité doit être sauvegardée. La loi dont nous venons de parler est due en grande partie aux efforts inlassables d'hommes et de femmes membres de la Fédération abolitionniste et de l'Association allemande des Femmes évangéliques; mise en vigueur le premier octobre 1927, elle est encore trop récente pour qu'on puisse porter un jugement décisif sur ses effets, d'autant plus que les réglements des Etats relatifs à l'exécution de la loi ne sont pas uniformes.

L'état de la question de la réglementation dans d'autres pays dénote la victoire des forces abolitionnistes en Angleterre, en Hollande et dans une partie des pays scandinaves. La proposition d'abolir les maisons de tolérance dans tous les pays fut soumise à la Commission de la Société des Nations en mars 1927; elle fut rejetée par la France, l'Espagne, le Portugal et le Japon.

La lutte pour l'égalité de la morale pour l'homme et la femme n'est que l'un des aspects de la tâche que s'est assignée l'Association allemande des Femmes évangéliques. Son objet principal est de travailler, d'une façon générale à la régénération religieuse et morale du peuple et de collaborer à la restauration de la vie économique, sociale et nationale de l'Allemagne. Le succès définitif de ce vaste programme dépendra surtout du concours de bonnes volontés et de services intelligents sur lequel l'Association allemande de Femmes évangéliques pourra compter.

* * *

Abstract from: Thélin, Some Aspects of the Social and Humanitarian Activities of International Organisations, see page 184.

The author points out the social problems on which the international organisations of official standing are concentrating their efforts at the present moment.

As to the activities of the International Labour Organisation, they include: (1) the ratification of conventions: (2) the development in regard to the 8 hours day Convention resulting from the attitude of the British Government; (3) the international regulation of hours of work, which will be discussed this year especially as regards the merchant marine and its employees; (4) the protection of intellectual workers; (5) native labour, in particular the suppression of forced labour.

The social activities of the League of Nations bear on the following objects: (1) developments in the campaign against the white slave traffic; (2) the protection of music-hall artists while touring in foreign countries; (3) the influence of the cinema on youth; (4) restoration to their homes and assistance of minors; (5) the problem of children exposed to moral and social dangers; (6) assistance to refugees.

The author points out succinctly the moral and spiritual implications of these various questions, and the claims and needs of human personality to which they respond. Finally, he insists on the neccessity of providing for these social reforms a solid moral basis, and draws the attention of church leaders and the religious world in general to the responsibilities of the governments in respect to their international obligations, and the consequences of indifference in this respect.

Zusammenfassung zu: Thélin, Einige Seiten der internationalen sozialen und humanitären Arbeit, s. Seite 184.

Unter den sozialen Fragen, mit denen sich heute die internationalen Organisationen hauptsächlich befassen, erwähnt der Verfasser für das Internationale Arbeitsamt folgende:

1. Die Ratifikation der Verträge. 2. Die achtstündige Arbeitszeit und die neue Lage, wie sie durch die Stellungnahme der britischen Regierung geschaffen wurde. 3. Die internationale Regelung der Arbeitszeit, die in diesem Jahre für die Handelsmarine und die Angestellten zur Behandlung kommt. 4. Der Schutz der intellektuellen Arbeiter. 5. Die Lage der Eingeborenenarbeit und besonders die Unterdrückung der Zwangsarbeit.

Die wichtigsten sozialen Fragen für den Völkerbund sind: 1. Der Kampf gegen den Frauen- und Mädchenhandel. 2. Der Schutz der Artisten der musikalischen Theater während ihrer Reisen im Ausland. 3. Der Einfluß des Kinos auf die Jugend. 4. Die Heimschaffung und Unterstützung der Minderjährigen. 5. Das Problem der moralisch und sozial gefährdeten Jugend. 6. Hilfe für Flüchtlinge.

Der Verfasser zeigt die moralische Wirkung dieser Fragen auf die menschliche Persönlichkeit und die tiefern geistigen Bedürfnisse, aus denen jene Fragen hervorgingen. Er betont einerseits die Notwendigkeit, den sozialen Fragen eine solide moralische Basis zu geben, und zeigt anderseits der religiösen Welt die Verantwortlichkeit der Staaten hinsichtlich internationaler Verpflichtungen und die Probleme, die aus einer passiven oder negativen Stellungnahme entstehen.

XV.

Contributors: Mitarbeiter: Collaborateurs:

Dr Manfred Björkquist, Principal of the Sigtuna Foundation, Sweden.
M. G. Fauconnier, Industriel de Lyon.
D. Adolf Keller, Generalsekretär des Sozialwissenschaftlichen Instituts, Genève.
Ruth Kenyon, J. P., St. Leonard-on-Sea, England.
Rev. Canon A. L. Lilley. M. A., Canons House, Hereford, England.
F. S. Livie-Noble, Secretary of the Continuation Committee of the National Conference on the Welfare of Youth, 70 Warwick Street, London SW. 1.
Paula Müller-Otfried, M. d. R., Hannover, Wedekind-Straße 26.
James Myers, Industrial Secretary, Commission on the Church and Social Service of the Federal Council of Churches, New York.
D. O. Schöttler, Generalsuperintendent, Magdeburg.
Jean Teyssaire, Avocat à la Cour de Paris, 5 Rue Valentin Haijy, Paris XV^e.
Georges Thélin, Génève. Bureau International de Travail.
Basil A. Yeaxlee, B. A. Ph. D., Editor of the New Chronicle of Christian Education, 57 u. 59 Ludgate Hill, London EC. 4.
Dr. Otto Zwiedineck von Südenhorst, Professor an der Universität, Direktor des Staatswissenschaftlichen Seminars, München.

Erich Seeberg:

Luthers Theologie. Motive und Ideen

I. Die Gottesanschauung. 1929. 6*, 218 S. gr. 8°. 14, Lwd. 16.50 RM.

Was der Vortrag auf dem Eisenacher Theologentag nur skizzierte, wird hier in vollem Umfang vorgelegt. Das Buch ist die Arbeit eines Kirchengeschichtlers. Sie sucht deshalb Luthers Gottesanschauung aus ihrer Umwelt zu verstehen und geht den einzelnen Entwicklungsstufen sorgfältig nach, aber gerade dadurch kommt sie zu mancherlei neuen und wertvollen Ergebnissen. Die Darstellung ist flüssig und gut lesbar nicht zuletzt durch Verlegung des wissenschaftlichen Apparats in die Anmerkungen.

W. Scheller:

Die Absolutheit des Christentums

Ihr Sinn u. ihre Berechtigung. 1929. IX, 221 S. gr. 8°. 9,50, Leinen 12 RM.

Die Arbeit will nicht beweisen, sondern grundsätzlich untersuchen, ob und inwiefern bewiesen werden kann. Sie läßt die verschiedenen Einstellungsmöglichkeiten zur Absolutheitsfrage zu ihrem Recht kommen, stellt ihre Vorzüge heraus, beleuchtet ihre Grenzen. Ihre Eigenart liegt darin, daß die spezifisch religiöse Blickrichtung voll zur Geltung gebracht wird. Eine Lösung sucht sie auf dem Wege einer verstehenden Betrachtungsweise, die eine willkürliche oder dogmatisch-tendenziöse Beantwortung nach Möglichkeit ausschließt.

Deutsche Theologie: Band 1

Bericht über den ersten deutschen Theologentag zu Eisenach. (Herbst 1927.) Hrsg. von Prof. D. A. Titius. 1928. VII, 230 Seiten. gr. 8°. 6 RM.

„... Wer den Bericht liest, erkennt vor allem, welch ungeheurer Fortschritt sich an unserer theologischen Gesamtlage vollzogen hat. Der Krieg hat den Streit zwischen der „liberalen" und der „positiven" Theologie zu den Akten gelegt oder doch in eine sachliche Auseinandersetzung zwischen Gleichberechtigten, Wesensverwandten umgewandelt. Er hat überdies Fragen in den Vordergrund geschoben, denen gegenüber mit den alten Schlagwörtern nichts mehr anzufangen ist. Von diesem erfreulichen Wandel legte zum erstenmal der vorjährige Theologentag Zeugnis ab.... Die Vertreter der verschiedenen Richtungen stellten sich einander offen, rückhaltlos, und nur auf das eine bedacht, die Erkenntnis der Wahrheit zu fördern. Das hat den vorjährigen Theologentag zu einem Markstein und Wegweiser für unsere deutsche Theologie und Kirche gemacht.... Der Bericht ist trotz des Jahres, das inzwischen verflossen ist, nicht veraltet; er behält seinen vollen Wert und wird auch durch die Verhandlungen des bevorstehenden zweiten Theologentages, die ganz anderen Fragen gelten, nicht überholt werden." (D. Kübel in dem Frankfurter Blatt „Die Gemeinde" 1928, 40.)

„Every British theologian who wishes to be abreast of contemporary German theology should carefully study this volume." (The Expository Times 1928.)

Soeben ist erschienen:

Deutsche Theologie: Band 2

Der Erlösungsgedanke

Bericht über den 2. deutschen Theologentag in Frankfurt a. M. (Herbst 1928). Herausgegeben von D. E. Pfennigsdorf. 1929. 6*, 146 Seiten. 6 RM.

Nicht mit Unrecht wurde der Bericht über den ersten Theologentag von verschiedenen Rezensenten als ein Querschnitt durch die deutsche Theologie der Gegenwart bezeichnet, als ein einzigartig geeignetes Orientierungsmittel. Das Letztere gilt in gleicher Weise von dem neuen Bericht, der den ersten trefflich ergänzt und gewissermaßen einen Längsschnitt bietet, indem an dem Begriff der Erlösung die erstaunliche Fülle fruchtbarer Gesichtspunkte aufgezeigt wird, mit denen die neuere Theologie um diese entscheidende Frage ringt.

Verlag von Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen

Schluß der Subskription am 31. Mai

mit Erscheinen des Schlußteiles von

Eduard Geismar

Sören Kierkegaard

Seine Lebensentwicklung und seine Wirksamkeit als Schriftsteller

6 Teile zu je etwa 120 S. gr. 8°. Subskriptionspreis geheftet je 3.50 RM. Teil 6 erscheint Anfang Juni. Mit dem Schluß der Subskription Ende Mai werden die Preise wesentlich erhöht.

„Geismar zeichnet den großen Einsamen mit der sachlichen Liebe des nicht konstruierend, sondern nachlebend eindringenden Gelehrten. Seine K.-Biographie wird die Bedeutung wohl noch übertreffen, die Nötzels Werk für die Kenntnis Dostojewskis hat."

(Pastoralblätter Nov. 28.)

„Zum rechten Verständnis Kierkegaards ein unentbehrliches Werk."

(Korr. Bl. d. ev.-luth. Geistl. in Bayern 28, 5.)

„Jeder Versuch, das Leben und Wirken des großen Dänen so anschaulich und klar als nur möglich darzustellen, ist äußerst begrüßenswert. Alles aber, was bisher in dieser Beziehung geboten worden ist, scheint überroffen zu werden von dem angezeigten Werk ... Das Einzigartige dieser Arbeit sehen wir darin, daß sie versucht, das Werk Kierkegaards von dem einzig möglichen Standpunkt evangelisch-nordischer Frömmigkeit (Geismar ist selbst Däne) auch in seinen ästhetischen und philosophischen Teilen zu würdigen. Man kann die beiden ersten Hefte nicht aus der Hand legen, ohne sich der kommenden zu freuen."

(Christentum und Wirklichkeit 1928, 7/8.)

„Geismar bekennt sich von selbst, daß er sich zur Erkenntnis der Einseitigkeit Kierkegaards allmählich durchgerungen habe. Mit umso größerem Verständnis bringt er zur Geltung, was Kierkegaard Unvergängliches an sich hat. Wir erwarten mit Spannung die nächsten Bände."

(Hochkirche 1928, 3.)

Verlag von Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Kürzlich ist erschienen:

D. Gerhard Füllkrug

Die Innere Mission

(Arbeitshefte für den evang. Religionsunterricht, Heft 23.) 56 S. gr. 8°. 1928. 90 Pfg.

Dies für Unterrichtszwecke zusammengestellte Heft hat eine weit darüber hinausgehende Bedeutung. Aus den Programmschriften, Aufrufen u. besonders aus Schilderungen der gegenwärtigen Arbeit sind kurze, treffliche charakterisierende Ausschnitte zu einem anschaulichen Bild verwoben. Dadurch bietet das sehr preiswerte Heft jedem gebildeten Leser eine gute und zuverlässige Übersicht über die vielen und weit verzweigten Arbeitsgebiete der Inneren Mission.

Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen

Der Streit um die Verhütungsmittel von ***

Die Aufgabe und die Kraft der Kirche. (Predigt z. Eröffnung d. Bezirkssynode d. Dekanats München I.) Von Pfarrer F. Langenfaß. Kleine Erinnerungen eines Alten. Von Th. H. Was hat Luthers Katechismus uns und unserer Zeit zu sagen? Von Pfarrer O. Kietzig. Die Hausbesuche des Großstadtpfarrers. Von Pfarrer Lic. Müller. Kirchliche Rundschau von Prälat D. Dr. J. Schoell. Zum Problem der Osterpredigt. Ein Rückblick von Lic. Peisger. Katechismus und Konfirmandenunterricht von Pastor K. Gutzke. Predigten, Andachten, Kasualreden. Von Prof. D. O. Faber, Tübingen. Dies ist der reiche Inhalt der April-Mai-Doppelnummer der Monatschrift f. Pastoraltheologie. Sie ist ein Organ von anerkannter Gediegenheit u. Höhenlage, das in klarer Erkenntnis der Bedürfnisse der Gegenwart in Verbindung von kirchlicher Theologie und Praxis dienen und für alle Gebiete pfarramtlichen Wirkens anregend, vertiefend und fördernd wirken will. Einzelheft 1 RM., Doppelheft 1,50 RM., älteres Probeheft gern kostenfrei. Wer die Zeitschrift wirklich kennen lernen will, dem sei Probebezug für ein Halbjahr empfohlen. (4,50, postfrei 4,90 RM.)

Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen

Prof. D. Friedrich Niebergall

Christliche Jugend- und Volkserziehung

Eine Religionspädagogik auf religionspsychologischer Grundlage

1924. IV, 152 S. gr. 8°. Fein kart. 5 RM.

„Es ist fast unglaublich, was hier im engen Rahmen alles zur Behandlung kommt. Dabei ist nirgends nur ein Gerippe gegeben, sondern überall den Dingen auf den letzten Grund gegangen." (Die Wartburg 1925).

„Für uns Pfarrer bringt Niebergall ganz besonders viel Anregendes für Predigt, Liturgie, Unterricht und Seelsorge. So ist das Buch in der Tat eine kurze Zusammenfassung der prakt.-theolog. Gedanken N.'s. Und wem seine umfangreiche Prakt. Theologie nicht erreichbar ist, dem ist dies wirklich inhaltsreiche Buch, das auch auf neueste Fragen und Stimmungen eingeht, sehr zum gründlichen Studium zu empfehlen. Vielleicht schaut man seine Pfarramtsarbeit mit anderen Augen an und dankt es dem Buch, daß es stark anregen und fördern kann." (Monatschrift für Pastoralth. 1924, 11/12.)

Verlag von Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen

25 Jahre

Evangelisch-Sozial

Vierteljahrsschrift für die sozial-kirchliche Arbeit

... Gehört mit zu den wertvollsten periodischen Schriften" ...

Diese Vierteljahrsschrift gehört ganz zweifellos mit zu den wertvollsten periodischen Schriften praktisch-theologischen Charakters. In jeder Hinsicht inhaltlich äußerst reich und anregend, kann sie nur jedem, auch dem Nichttheologen, der sich für die sozialen Probleme interessiert, wärmstens empfohlen werden. .... Gerade in unseren Tagen, da allenthalben die soziale Frage im Brennpunkt steht bei den Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterschaft und Kirche, da immer stärker es sich zeigt, daß hier für die evangelische Kirche die Schicksalsfrage liegt, sollte diese Zeitschrift weitestgehende Beachtung finden. Der Preis ist so niedrig bemessen, daß sie im Hause jedes Pfarrers zu finden sein müßte. Mindestens sollte sie jedoch in jeder Pfarrbibliothek vorhanden sein.

Der Reichsbote 10. 5. 1928.

... Fülle wertvollsten Materials" ...

Die Zeitschrift bietet eine Fülle wertvollsten Materials und verdient in dieser Zeit des wieder erwachenden sozialen Interesses regste Beachtung bei Geistlichen und Nichtgeistlichen.

Monatsschrift für Pastoraltheologie 1925 Nr. 1/2.

... reicher Inhalt ... gehört in jedes Pfarrhaus ...

Jetzt liegt wieder ein stattliches Vierteljahrsheft mit reichem Inhalt vor. ... Besonders empfehlen möchte ich die Nachrichten, welche der Herausgeber über die Frage der Arbeitszeit und in dem Abschnitt „Aus Welt und Zeit" zusammenstellt. Jeder Pfarrer will und soll heute sozial sein. ... Ist dem aber so, dann gehört ein Mitteilungsblatt wie „Evangelisch-Sozial" in jedes Pfarrhaus.

Christliche Welt 1926 Nr. 22/23.

Ev.-Sozial ist die wissenschaftlich wertvollste deutsche Zeitschrift ihres engeres Arbeitsgebietes, inhaltreich, lebendig, allem wertvollen Neuen aufgeschlossen. Für alle, die in sozialer Arbeit stehen und der Überzeugung sind, daß bei der Beurteilung der sozialen Fragen neben den wirtschaftlichen auch die ethischen und religiösen Gesichtspunkte von entscheidender Bedeutung sind, bedeutet die Zeitschrift ein **unentbehrliches** und willkommenes **Orientierungsmittel.**

Evangelisch-Sozial wird herausgegeben von Pfr. D. Joh. Herz in Leipzig. Als Mitherausgeber zeichnen: Studienrat D. Walter Classen in Hamburg, Univ.-Professor Dr. Gerhard Keßler in Leipzig, Frau Dr. Lydia Klante in Greiz, Sozialpfarrer Wilhelm Menn in Düsseldorf, Reichsgerichtspräsident a. D. D. Dr. Walter Simons in Berlin, Verbandssekretär August Springer in Ludwigsburg und Univ.-Professor Dr. Waldemar Zimmermann in Hamburg.

Probeheft kostenfrei. Bezugspreis jährlich postfrei 5 RM.

Verlag von Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen

Oskar Pfister:

Analytische Seelsorge

Einführung in die praktische Psychoanalyse für Pfarrer und Laien

Mit vier Abbildungen im Text. 1927. 146 S. Geh. 5.– RM., Halbleinen 6.50 RM.

„Eine ausgezeichnete Einführung in die Praxis der Psychoanalyse ... Es ist die Aufgabe des rechten Seelsorgers, zu zeigen, wie man die sittlichen Forderungen erfüllen kann. Dazu gehört mehr als der Hinweis auf die rettende und frei machende Kraft Christi; dazu gehört eine eingehende Beschäftigung mit der Psychoanalyse als einer Methode der Seelsorge, für die das vorliegende Buch eine anregend geschriebene u. leicht verständl. Einführung ist."
(Evangelischer Jugenddienst 1928.

W. Buntzel:

Die Psychoanalyse

und ihre seelsorgerliche Verwendung

1926. IV, 83 S. Steif geheftet 3.– RM.

„Die Psychoanalyse, d. h. die Lehre vom Seelenleben und seinen Verschlingungen, hat sich ungeheuer weit ausgebreitet, und nach manchen Übertreibungen ist jetzt eine feste Grundlage des Wissens geschaffen. Jeder, der mit Seelsorge zu tun hat, kann gar nicht anders, als davon Kenntnis nehmen. Das vorliegende Buch will nun diese zumeist höchst unvollkommene Kenntnis gründlich vermitteln, und darin liegt sein ganz besonderer Wert. Es ist mehr wissenschaftlich gehalten, aber doch für jeden Gebildeten verständlich. Nicht nur Geistliche, sondern auch Vereinsarbeiter und Eltern finden hier sehr wertvolle Aufschlüsse."
(Barmer Sonntagsbl., 69. Jg., 21.)

Ernst Conrad:

Psychologische Jugendpflege

Grundzüge, Wertgesichtspunkte, Beispiele

Mit besonderer Berücksichtigung der Zusammenarbeit zwischen Erzieher und Arzt

1926. VI, 182 S. gr. 8°. 7.50 RM., Ganzleinen 10.– RM.

„Conrad gibt in diesem Buch den Niederschlag seiner Erfahrungen in einer tiefen Gründlichkeit, Ausführlichkeit und Einläßlichkeit, so daß jeder, der sich mit dem Gegenstand zu beschäftigen hat oder sich in ihn einarbeiten will, geradezu für jede Lage einen Hinweis, eine Anleitung, auch einen Rat, wie man es gegebenenfalls nicht machen soll, finden wird ..." (Ärztl. Rundschau 1926, 22.)

„Die Gesinnung der wissenschaftlich geschulten Liebe zum heranwachsenden Geschlecht ist in jedem Satz des Conrad'schen Buches lebendig, und sie ist es vor allem, die in ihrer warmen Herzlichkeit, ihrer schlichten Sachlichkeit, ihrer vornehm bescheidenen Zurückhaltung die Lektüre zu einem tief wohltuenden Erlebnis macht". (Südwestd. Schulbl. 1926, 8/9.)

„Die Arbeit Conrads sei warm empfohlen, als ein Versuch, psychologische Erziehungswissenschaft u. Leben stärker miteinander in Beziehung zu bringen." (Dorfkirche 1926, 11.)

Verlag von Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Auf Vorposten im Kampf für soziale

und internationale Verständigung

DIE EICHE

VIERTELJAHRSSCHRIFT
FÜR SOZIALE UND INTERNATIONALE
ARBEITSGEMEINSCHAFT

BEGRÜNDET UND HERAUSGEGEBEN VON
F. SIEGMUND-SCHULTZE
17. JAHRGANG 1929

+

Die „Eiche" bringt regelmäßig: Äußerungen zu allen wichtigen Ereignissen auf dem Gebiete der ökumenischen Arbeit,

Aufsätze über die Pflicht der Kirchen in Bezug auf Frieden und Versöhnung der Völker,

Äußerungen über die wichtigsten Ereignisse auf kirchlichem und sozialem Gebiet innerhalb des Weltprotestantismus,

Eine ausführliche Chronik auf allen diesen Gebieten.

Die „Eiche" bietet vierteljährlich ein Heft mit etwa 120 Seiten Umfang zu einem Jahres-Bezugspreis von RM. 10.—, Einzelheft RM. 3.—.

Die „Eiche" erscheint ab Januar 1929 mit ihrem 17. Jahrgang im

LEOPOLD KLOTZ VERLAG GOTHA

Studien zur systematischen Theologie, hrsg. von A. Titius u. G. Wobbermin, Heft 1:

Heinz Erich Eisenhuth:

Die Entwicklung des Problems der Glaubensgewißheit bei Karl Heim

1928. 84 Seiten. 4,80 RM. Subskribenten auf die ganze Reihe erhalten einen um 20 v. H. ermäßigten Vorzugspreis vom 2. Heft an.

„. . . so bekommt der Leser . . . hier ein eindrucksvolles Bild davon, welch ein gewaltiges Ringen mit tiefsten Fragen hier vorliegt." (Kirchl. Anz. f. Württemberg.)

In Kürze erscheint Heft 2:

Georg Hoffmann:

Das Problem der letzten Dinge in der neueren evangelischen Theologie

1929. IV, 120 Seiten. Etwa 6.50 RM.

Die Schrift ist ein Beitrag zu der neuerdings lebhaften Diskussion auf dem Gebiete der Eschatologie und sucht vermittelnd in den Streit der Meinungen einzugreifen. Die Endgeschichte wird weder mit Barth oder Althaus abgelehnt noch in der üblichen Weise einfach verteidigt. Gegenüber jeder einseitigen Stellungnahme wird die Forderung einer doppelseitigen, sowohl endzeitlichen als überzeitlichen Betrachtung der letzten Dinge aufgestellt und in systematischer Begründung aus dem Wesen der Grundbeziehung von Gott und Mensch, Gott und Welt abgeleitet. Von hier aus ergeben sich wichtige Einsichten für die Ausgestaltung einer *Eschatologie als zielweisenden Blickrichtung* der gesamten dogmatischen Arbeit. Da die Ausführungen des Verfassers sich auf einer sorgfältigen Übersicht über die vorhandenen eschatologischen Lehrtypen aufbauen, ist die Schrift zugleich ein geeignetes Hilfsmittel für rasche Orientierung auf diesem Gebiete.

bona fide 1735

Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen

Ein Missionsbuch eigentümlichster Prägung

BRUNO GUTMANN

Freies Menschentum aus ewigen Bindungen

108 Seiten. Mit acht Bildern auf Kunstdruckpapier und einem Umschlagbild. Kartoniert M. 4,-, in Ganzleinen gebunden M. 6.-

„Missionar Gutmann seit Jahrzehnten innig vertraut mit dem Volkstum der Dschagga, führt einen eindrucksvollen Kampf für die Seele Afrikas, für die natur- und für die gottgegebenen Gliederungen der Stämme. Sein Todfeind ist die alles Echte auflösende Zivilisation. Es geht ihm bei diesem Kampf nicht nur um Afrika, sondern auch um Europa, nicht nur um die Missionskirche, sondern gerade auch um unsere einheimische Kirche. Es finden sich machtvolle Stellen in dem Buch." Mut und Kraft.

„. . . Aus der hingebenden tiefgrabenden Beobachtung eines afrikanischen Naturvolkes und seiner angestammten Lebensordnungen und der Tiefe echt lutherisch verstandener biblischer Gedanken erwächst durch die Vergleichung mit unserer europäischen, rationalisierten Zivilisation geradezu der Aufriß einer neuen Lebensordnung . . . . . Man muß es selber lesen, welch' überraschendes Licht auf die großen uns heute bewegenden Fragen der Freiheit, der Verantwortung, des Mammonismus, der Führer- und Frauenfrage u. a. fällt . . . ." Ev. Gemeindeblatt Nürnberg.

Im Bärenreiter-Verlag zu Kassel